



Die Ministerin

MHKBG Nordrhein-Westfalen • 40190 Düsseldorf

Präsidenten des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Herrn André Kuper MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf



Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung des Gesetzes zur Stärkung des Kreistags und zur Änderung kommunalrechtlicher, haushaltsrechtlicher und steuerrechtlicher Vorschriften
Zuleitung nach Maßgabe der Parlamentsinformationsvereinbarung

9. Mai 2018

Anlagen: Gesetzentwurf (60-fach)

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

gemäß Abschnitt I. Ziffer 1. der „Vereinbarung zwischen Landtag und Landesregierung über die Unterrichtung des Landtags durch die Landesregierung“ übersende ich den Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung des Gesetzes zur Stärkung des Kreistags und zur Änderung kommunalrechtlicher, haushaltsrechtlicher und steuerrechtlicher Vorschriften.

Entsprechend der bestehenden Absprachen sind 60 Kopien beigelegt.

Mit freundlichen Grüßen

Ina Scharrenbach

Jürgensplatz 1
40219 Düsseldorf

Telefon +49 211 8618-4300
Telefax +49 211 8618-4550
ina.scharrenbach@mhkbg.nrw.de

Öffentliche Verkehrsmittel:
Rheinbahn Linien 706, 708
und 709 bis Haltestelle
Landtag/Kniebrücke

Gesetzentwurf

der Landesregierung

Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes zur Stärkung des Kreistags und zur Änderung kommunalrechtlicher, haushaltsrechtlicher und steuerrechtlicher Vorschriften

A Problem

Allgemeines Kommunalverfassungsrecht

Das Gesetz zur Stärkung des Kreistags vom 15. Dezember 2016 (GV. NRW. S. 1150) sieht ab dem Beginn der nächsten Kommunalwahlperiode eine weitgehende Angleichung der Vorschriften der Kreisordnung an die Regelungen der Gemeindeordnung vor. Im Einzelnen wird mit dem Gesetz die Option zur Wahl von Beigeordneten bei den Kreisen eingeführt, das Organ des Kreisausschusses zugunsten der Pflicht zur Bildung eines Hauptausschusses nach dem Vorbild der Gemeindeordnung abgeschafft und ein Rückholrecht des Kreistags bei Geschäften der laufenden Verwaltung eingeführt. Eine tragfähige und überzeugende Begründung für diese tiefgreifenden Einschnitte in die bewährte innere Verfassung der Kreise ist weder in dem zugrundeliegenden Gesetzgebungsverfahren noch nachfolgend erkennbar geworden. Der vorliegende Gesetzentwurf korrigiert dieses Vorhaben und hält an der bestehenden und bewährten Systematik der Kreisordnung fest.

Das direktdemokratische Instrument des Bürgerbegehrens und Bürgerentscheids hat sich seit seiner Einführung 1994 (GV. NRW. S. 270) als sinnvolle Ergänzung der repräsentativen Vertretung der Bürgerschaft in den Räten und Kreistagen erwiesen. Schwächen zeigen die Regelungen, wenn im Vorfeld einer für die Initiatoren eines Bürgerbegehrens regelmäßig zeitaufwändigen Sammlung der notwendigen Unterstützungsvorschriften unklar ist, ob das Bürgerbegehren ungeachtet des zu erreichenden Unterschriftenquorums rechtlich zulässig ist. In diesem Punkt gilt es, die Position der Vertreter eines Bürgerbegehrens durch eine sinnvolle Weiterentwicklung der Vorschriften zu stärken. Darüber hinaus fehlen in den Regelungen über den Einwohnerantrag (§ 25 GO NRW, § 22 KrO NRW), das Bürgerbegehren (§ 26 GO NRW, § 23 KrO NRW) und die Abwahl des Hauptverwaltungsbeamten (§ 66 GO NRW, § 45 KrO NRW) Vorschriften zur Festsetzung der maßgeblichen Bezugsgröße für die notwendig zu erreichenden Unterschriftenquoten.

Ferner hat sich gezeigt, dass das Organisationsmodell des Integrationsrats, das seit 2014 (Gesetz zur Weiterentwicklung der politischen Partizipation in den Gemeinden und zur Änderung kommunalverfassungsrechtlicher Vorschriften vom 19. Dezember 2013, GV. NRW. S. 878) das alleinige Partizipationsgremium der Migrantinnen und Migranten bildet, nicht in allen Gemeinden eine zufriedenstellende Beteiligung am kommunalpolitischen Diskurs sicherstellt. Deshalb soll den Gemeinden ab der nächsten Kommunalwahlperiode die Möglichkeit eingeräumt werden, entweder einen Integrationsrat oder einen Integrationsausschuss zu bilden. Die Gemeinden sollen in die Lage versetzt werden, die politische Partizipation der Migrantinnen und Migranten möglichst effektiv und an die örtlichen Gegebenheiten angepasst zu gestalten.

Weiter sind die Regelungen über die Wahl von Beigeordneten in den jeweiligen kommunalverfassungsrechtlichen Vorschriften an die Terminologie des Dienstrechtsmodernisierungsgesetzes vom 14. Juni 2016 (GV. NRW. S. 310, ber. 642) anzupassen sowie die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Gemeindeprüfungsanstalt Satzungen im Internet bekanntmachen kann.

Weiter werden die mit dem Gesetz zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung vom 15. November 2016 (GV. NRW. S. 966) ab dem Beginn der nächsten allgemeinen Kommunalwahlperiode vorgesehenen Änderungen der Mindestfraktionsstärken in § 56 GO NRW und § 40 KrO NRW aufgehoben. An den derzeit geltenden bewährten Regelungen wird festgehalten. Die Höhe der Zuwendungen, die eine Gruppe für Ihre Geschäftsführung aus Haushaltsmitteln erhält, orientiert sich weiter an der in dem genannten Gesetz getroffenen Regelung. Die Mindestfraktionsstärke bei den Landschaftsverbänden und beim Regionalverband Ruhr wird auf jeweils 3 Mitglieder festgelegt.

Kommunales Haushaltsrecht

Mit dem Umlagegenehmigungsgesetz vom 18. September 2012 (GV. NRW. S. 427) wurde in die Kreisordnung, die Landschaftsverbandsordnung und das Gesetz über den Regionalverband Ruhr ein Anhörungsverfahren der Aufsichtsbehörde zur Genehmigung der Umlagesätze der Kreis-, Landschafts- bzw. Verbandsumlage eingeführt. So haben die umlagepflichtigen Körperschaften die Gelegenheit zur Stellungnahme im Genehmigungsverfahren der Aufsichtsbehörde erhalten und können hier Aspekte zur Genehmigung des Umlagesatzes einbringen, die im Benehmensherstellungsverfahren noch nicht vorgetragen wurden. Es hat sich aber gezeigt, dass die Kommunen hiervon kaum Gebrauch machen und das Anhörungsverfahren der Aufsichtsbehörde zu einer deutlichen Verzögerung in der Entscheidung über den Umlagesatz führt.

Gesetz über den Landesverband Lippe

Für die Haushaltsführung, Rechnungslegung und Rechnungsprüfung des Landesverbandes Lippe ist derzeit das für das Land Nordrhein-Westfalen geltende Haushaltsrecht sinngemäß anzuwenden. Dies wird nur noch bis zum Ende des Jahres 2018 beibehalten, da das für die kameralistische Haushaltsbewirtschaftung erforderliche IT-Verfahren (HKR-TV) abgeschaltet wird. Der Landeshaushalt wird derzeit auf

das doppelte Bewirtschaftungs- und Buchungssystem EPOS.NRW umgestellt. Die derzeitige Haushaltsführung des Landesverbandes Lippe wird daher mit der des Landes nicht mehr kompatibel sein.

Erhebung der Realsteuern

Schließlich besteht Bedarf, die Zuständigkeit zur Bekanntgabe der Gewerbesteuer-messbescheide an die Rechtslage in anderen Bundesländern anzupassen.

B Lösung

Allgemeines Kommunalverfassungsrecht

- Vollständige Aufhebung des Gesetzes zur Stärkung des Kreistags vom 15. Dezember 2016 (GV. NRW. S. 1150)
- Einführung einer optionalen Vorprüfung der Zulässigkeit eines Bürgerbegehrens
- Festsetzung der maßgeblichen Bezugsgröße für notwendig zu erreichenden Unterschriftenquoten
- Einführung einer Option zur Bildung eines Integrationsausschusses oder eines Integrationsrates
- Anpassung der Regelungen zur Wahl von Beigeordneten an die Terminologie des Dienstrechtsmodernisierungsgesetzes

Darüber hinaus werden zwischenzeitlich erkannte redaktionelle Unstimmigkeiten korrigiert.

Kommunales Haushaltsrecht

Das Anhörungsverfahren zur Genehmigung der Umlagesätze der Kreis-, Landschafts- bzw. Verbandsumlage wird abgeschafft.

Gesetz über den Landesverband Lippe

Die notwendige Veränderung erfolgt durch Umstellung der Haushaltsführung des Landesverbandes Lippe auf das Haushaltsrecht der nordrhein-westfälischen Kommunen in der Gemeindeordnung NRW (Neues Kommunales Finanzmanagement - NKF).

Erhebung der Realsteuern

Die Finanzämter erhalten die alleinige Zuständigkeit für die Bekanntgabe der Gewerbesteuerermessbescheide.

C Alternativen

Verzicht auf die gebotene Fortentwicklung der kommunalverfassungsrechtlichen und haushaltsrechtlichen Vorschriften. Beim Landesverband Lippe müsste die wesentlich aufwändigere Umstellung auf EPOS.NRW erfolgen.

D Kosten

Allgemeines Kommunalverfassungsrecht

Zusätzliche Kosten entstehen nicht. Vielmehr führt die Aufhebung des Gesetzes zur Stärkung des Kreistags vom 15. Dezember 2016 (GV. NRW. S. 1150) dazu, dass den Kreisen beziehungsweise den umlagepflichtigen kreisangehörigen Gemeinden keine mit der Einführung von Beigeordneten verbundenen höheren Personalkosten entstehen.

Kommunales Haushaltsrecht

Keine

Gesetz über den Landesverband Lippe

Die Gesetzesänderungen lösen für den Landeshaushalt Kosten für die Abgeltung des Umstellungsaufwandes in 2018 aus. Ab 2019 wird der Landeshaushalt durch eine jährliche pauschale Abgeltung des Aufwands belastet, der dem Landesverband Lippe dadurch entsteht, dass seine Kassenaufgaben nach Umstellung auf das NKF nicht mehr vom Landesamt für Finanzen abgewickelt werden können. Für das Haushaltsjahr 2018 beträgt der Aufwand einmalig 150.000,00 Euro und für die Haushaltsjahre ab 2019 jährlich 150.000,00 Euro

Erhebung der Realsteuern

Keine

E Zuständigkeit

Fachlich zuständig ist das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen; beteiligt sind das Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration, das Ministerium der Finanzen, das Ministerium des Innern und das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales.

Für das Gesetz über die Zuständigkeit für die Festsetzung und Erhebung der Realsteuern und die Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Zuständigkeit für die Festsetzung und Erhebung der Realsteuern ist das Ministerium der Finanzen zuständig.

F Auswirkungen auf die kommunale Selbstverwaltung und die Finanzlage der Gemeinden und Gemeindeverbände

Die kommunale Selbstverwaltung wird durch das Festhalten an der bewährten inneren Verfassung der Kreise sowie die Weiterentwicklung der Regelungen über das Bürgerbegehren, die politische Partizipation der Migrantinnen und Migranten in den Gemeinden sowie haushaltsrechtlicher Vorschriften gestärkt.

Bei der Abschaffung des Anhörungsverfahrens handelt es sich um eine Verfahrenserleichterung bei der Genehmigung des Umlagesatzes der Umlageverbände. Auf die Finanzlage der Gemeinden und Gemeindeverbände hat die Änderung keine Auswirkung. Die Zuständigkeitsänderungen in der Gemeindehaushaltsverordnung haben keine Auswirkungen auf die kommunale Selbstverwaltung und die Finanzlage der Gemeinden und Gemeindeverbände. Die Änderung in der Gemeindehaushaltsverordnung bezüglich des Vergaberechts ermöglicht den Kommunen mehr Spielraum bei der Wahl der Art des Vergabeverfahrens. Negative Auswirkungen auf die Finanzlage sind nicht ersichtlich.

Die vorgesehene Umstellung auf das NKF verbessert für die Entscheidungsträger des Landesverbandes Lippe die Steuerungsmöglichkeiten. Die erforderliche Anpassung löst einen Umstellungsaufwand aus, der durch eine einmalige pauschale Zahlung abgegolten wird. Der laufende Aufwand für die Kassen- und Buchungsgeschäfte wird mit einer jährlichen pauschalen Zahlung abgegolten.

G Finanzielle Auswirkungen auf Unternehmen und private Haushalte

Die Gesetzesänderungen haben keine finanziellen Auswirkungen auf private Haushalte und Unternehmen.

H Geschlechterdifferenzierte Betrachtung der Auswirkungen des Gesetzes

Die beabsichtigten Gesetzesänderungen haben keine Auswirkungen auf die Gleichstellung von Frauen und Männern. Die Wirkungen treten unabhängig vom Geschlecht der Betroffenen ein.

I Befristung

Das Gesetz unterliegt als Mantelgesetz keiner eigenen Befristung.

G e g e n ü b e r s t e l l u n g

| Gesetzentwurf der Landesregierung | Auszug aus den geltenden Gesetzesbestimmungen |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p>Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes zur Stärkung des Kreistags und zur Änderung kommunalrechtlicher, haushaltsrechtlicher und steuerrechtlicher Vorschriften</p> <p>Vom X. Monat 2018</p> <p>Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:</p> | |
| <p style="text-align: center;">Artikel 1</p> <p>Änderung der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen</p> <p>Die Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), die zuletzt durch Artikel 15 des Gesetzes vom 23. Januar 2018 (GV. NRW. S. 90) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:</p> | <p>Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW)</p> |
| | <p style="text-align: center;">§ 25 Einwohnerantrag</p> |
| | <p>(1) Einwohner, die seit mindestens drei Monaten in der Gemeinde wohnen und das 14. Lebensjahr vollendet haben, können beantragen, daß der Rat über eine bestimmte Angelegenheit, für die er gesetzlich zuständig ist, berät und entscheidet.</p> <p>(2) Der Antrag muß schriftlich eingereicht werden. Er muß ein bestimmtes Begehren und eine Begründung enthalten. Er muß bis zu drei Personen benennen, die berechtigt sind, die Unterzeichnenden zu vertreten. Die Verwaltung ist in den Grenzen ihrer Verwaltungskraft ihren Einwohnern bei der Einleitung eines Einwohnerantrages behilflich.</p> |

G e g e n ü b e r s t e l l u n g

| | |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p>1. Dem § 25 Absatz 3 wird folgender Satz angefügt:</p> <p>„§ 4 Absatz 7 gilt entsprechend.“</p> | <p>(3) Der Einwohnerantrag muß unterzeichnet sein,</p> <ol style="list-style-type: none">1. in kreisangehörigen Gemeinden von mindestens 5 vom Hundert der Einwohner, höchstens jedoch von 4 000 Einwohnern,2. in kreisfreien Städten von mindestens 4 vom Hundert der Einwohner, höchstens jedoch 8 000 Einwohnern. |
| | <p>(4) Jede Liste mit Unterzeichnungen muß den vollen Wortlaut des Antrags enthalten. Eintragungen, welche die Person des Unterzeichners nach Namen, Vornamen, Geburtsdatum und Anschrift nicht zweifelsfrei erkennen lassen, sind ungültig. Die Angaben werden von der Gemeinde geprüft.</p> <p>(5) Der Antrag ist nur zulässig, wenn nicht in derselben Angelegenheit innerhalb der letzten zwölf Monate bereits ein Antrag gestellt wurde.</p> <p>(6) Die Voraussetzungen der Absätze 1 bis 5 müssen im Zeitpunkt des Eingangs des Antrags bei der Gemeinde erfüllt sein.</p> <p>(7) Der Rat stellt unverzüglich fest, ob der Einwohnerantrag zulässig ist. Er hat unverzüglich darüber zu beraten und zu entscheiden, spätestens innerhalb von vier Monaten nach seinem Eingang. Den Vertretern des Einwohnerantrags soll Gelegenheit gegeben werden, den Antrag in der Ratssitzung zu erläutern.</p> <p>(8) In kreisfreien Städten kann ein Einwohnerantrag an eine Bezirksvertretung</p> |

Gegenüberstellung

| | |
|----------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| | <p>gerichtet werden, wenn es sich um eine Angelegenheit handelt, für welche die Bezirksvertretung zuständig ist. Die Absätze 1 bis 7 gelten entsprechend mit der Maßgabe, daß</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. antrags- und unterzeichnungsberechtigt ist, wer im Stadtbezirk wohnt und 2. die Berechnung der erforderlichen Unterzeichnungen sich nach der Zahl der im Stadtbezirk wohnenden Einwohner richtet. <p>(9) Das für Inneres zuständige Ministerium kann durch Rechtsverordnung das Nähere über die Durchführung des Einwohnerantrags regeln.</p> |
| 2. § 26 wird wie folgt geändert: | |
| | <p>§ 26 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid</p> |
| | <p>(1) Die Bürger können beantragen (Bürgerbegehren), daß sie an Stelle des Rates über eine Angelegenheit der Gemeinde selbst entscheiden (Bürgerentscheid). Der Rat kann mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Mitglieder beschließen, daß über eine Angelegenheit der Gemeinde ein Bürgerentscheid stattfindet (Ratsbürgerentscheid). Absatz 2 Satz 1 sowie die Absätze 5, 7, 8 und 10 gelten entsprechend.</p> |
| | <p>(2) Das Bürgerbegehren muss schriftlich eingereicht werden und die zur Entscheidung zu bringende Frage sowie eine Begründung enthalten. Es muss bis zu drei Bürger benennen, die berechtigt sind, die Unterzeichnenden zu vertreten (Vertretungsberechtigte). Bürger, die beabsichti-</p> |

Gegenüberstellung

| | |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p>a) Dem Absatz 2 werden folgende Sätze angefügt:</p> <p>„Wenn die Vertretungsberechtigten nach Satz 2 mit der schriftlichen Mitteilung des Bürgerbegehrens nach Satz 3 zugleich beantragen zu entscheiden, ob das Bürgerbegehren mit Ausnahme der Voraussetzungen des Absatzes 4 zulässig ist, hat der Rat hierüber unverzüglich zu entscheiden. Absatz 6 Satz 3 gilt entsprechend. Gleichzeitig mit der Entscheidung ist den Vertretungsberechtigten die Kostenschätzung der Verwaltung mitzuteilen.“</p> | <p>gen, ein Bürgerbegehren durchzuführen, teilen dies der Verwaltung schriftlich mit. Die Verwaltung ist in den Grenzen ihrer Verwaltungskraft ihren Bürgern bei der Einleitung eines Bürgerbegehrens behilflich. Sie teilt den Vertretungsberechtigten schriftlich eine Einschätzung der mit der Durchführung der verlangten Maßnahme verbundenen Kosten (Kostenschätzung) mit. Die Kostenschätzung der Verwaltung ist bei der Sammlung der Unterschriften nach Absatz 4 anzugeben.</p> |
| <p>b) In Absatz 3 Satz 3 werden nach der Angabe „Satz 5“ die Wörter „beziehungsweise bis zur Bekanntgabe der Entscheidung nach Absatz 2 Satz 7“ eingefügt.</p> | <p>(3) Richtet sich ein Bürgerbegehren gegen einen Beschluß des Rates, muß es innerhalb von sechs Wochen nach der Bekanntmachung des Beschlusses eingereicht sein. Gegen einen Beschluß, der nicht der Bekanntmachung bedarf, beträgt die Frist drei Monate nach dem Sitzungstag. Nach der schriftlichen Mitteilung nach Absatz 2 Satz 3 ist der Ablauf der Fristen aus Satz 1 und Satz 2 bis zur Mitteilung der Verwaltung nach Absatz 2 Satz 5 gehemmt.</p> |
| | <p>(4) Ein Bürgerbegehren muss in Gemeinden</p> <ul style="list-style-type: none"> - bis 10.000 Einwohner von 10 % - bis 20.000 Einwohner von 9 % - bis 30.000 Einwohner |

Gegenüberstellung

| | |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p>c) Nach Absatz 4 Satz 1 werden folgende Sätze eingefügt:</p> <p>„Maßgeblich ist die bei der letzten allgemeinen Kommunalwahl festgestellte Zahl der Wahlberechtigten. Für die Zahl der Einwohner gilt § 4 Absatz 7 entsprechend.“</p> | <p>von 8 %</p> <p>- bis 50.000 Einwohner von 7 %</p> <p>- bis 100.000 Einwohner von 6 %</p> <p>- bis 200.000 Einwohner von 5 %</p> <p>- bis 500.000 Einwohner von 4 %</p> <p>- über 500.000 Einwohner von 3 %</p> <p>der Bürger unterzeichnet sein.</p> <p>Die Angaben werden von der Gemeinde geprüft. Im übrigen gilt § 25 Abs. 4 entsprechend</p> |
| | <p>(5) Ein Bürgerbegehren ist unzulässig über</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die innere Organisation der Gemeindeverwaltung, 2. die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Rates, der Bezirksvertretungen und der Ausschüsse sowie der Bediensteten der Gemeinde, 3. die Haushaltssatzung, die Eröffnungsbilanz, den Jahresabschluss und den Gesamtabschluss der Gemeinde (einschließlich der Wirtschaftspläne und des Jahresabschlusses der Eigenbetriebe) sowie die kommunalen Abgaben und die privatrechtl- |

Gegenüberstellung

| | |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| | <p>chen Entgelte,</p> <p>4. Angelegenheiten, die im Rahmen eines Planfeststellungsverfahrens oder eines förmlichen Verwaltungsverfahrens mit Öffentlichkeitsbeteiligung oder eines abfallrechtlichen, immissionschutzrechtlichen, wasserrechtlichen oder vergleichbaren Zulassungsverfahrens zu entscheiden sind,</p> <p>5. die Aufstellung, Änderung, Ergänzung und Aufhebung von Bauleitplänen mit Ausnahme der Entscheidung über die Einleitung des Bauleitplanverfahrens.</p> <p>Ein Bürgerbegehren darf nur Angelegenheiten zum Gegenstand haben, über die innerhalb der letzten zwei Jahre nicht bereits ein Bürgerentscheid durchgeführt worden ist.</p> |
| <p>d) Absatz 6 wird wie folgt geändert:</p> <p>aa) Nach Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:</p> <p>„Liegt bereits eine Entscheidung nach Absatz 2 Satz 7 vor, so entscheidet der Rat lediglich darüber, ob die Voraussetzungen des Absatzes 4 vorliegen.“</p> <p>bb) In dem neuen Satz 7 werden nach den Wörtern „des Bürgerbegehrens“ die Wörter „nach Satz 1 beziehungsweise Satz 2“ eingefügt.</p> | <p>(6) Der Rat stellt unverzüglich fest, ob das Bürgerbegehren zulässig ist. Gegen die ablehnende Entscheidung des Rates können nur die Vertreter des Bürgerbegehrens nach Absatz 2 Satz 2 einen Rechtsbehelf einlegen. Entspricht der Rat dem zulässigen Bürgerbegehren nicht, so ist innerhalb von drei Monaten ein Bürgerentscheid durchzuführen. Entspricht der Rat dem Bürgerbegehren, so unterbleibt der Bürgerentscheid. Den Vertretern des Bürgerbegehrens soll Gelegenheit gegeben werden, den Antrag in der Sitzung des Rates zu erläutern. Ist die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens festgestellt, darf bis zur Feststellung des Ergebnisses des Bürgerentscheids eine</p> |

Gegenüberstellung

| | |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| | <p>dem Begehren entgegenstehende Entscheidung der Gemeindeorgane nicht mehr getroffen oder mit dem Vollzug einer derartigen Entscheidung nicht mehr begonnen werden, es sei denn, zu diesem Zeitpunkt haben rechtliche Verpflichtungen der Gemeinde hierzu bestanden (Sperrwirkung des zulässigen Bürgerbegehrens).</p> |
| <p>e) Nach Absatz 7 Satz 2 wird folgender Satz eingefügt:</p> <p>„§ 4 Absatz 7 gilt entsprechend.“</p> | <p>(7) Bei einem Bürgerentscheid kann über die gestellte Frage nur mit Ja oder Nein abgestimmt werden. Die Frage ist in dem Sinne entschieden, in dem sie von der Mehrheit der gültigen Stimmen beantwortet wurde, sofern diese Mehrheit in Gemeinden mit</p> <p style="padding-left: 40px;">bis zu 50.000 Einwohnern mindestens 20 Prozent,</p> <p style="padding-left: 40px;">über 50.000 bis zu 100.000 Einwohnern mindestens 15 Prozent,</p> <p style="padding-left: 40px;">mehr als 100.000 Einwohnern mindestens 10 Prozent</p> <p>der Bürger beträgt.</p> <p>Bei Stimmengleichheit gilt die Frage als mit Nein beantwortet. Sollen an einem Tag mehrere Bürgerentscheide stattfinden, hat der Rat eine Stichfrage für den Fall zu beschließen, dass die gleichzeitig zur Abstimmung gestellten Fragen in einer miteinander nicht zu vereinbarenden Weise beantwortet werden (Stichentscheid). Es gilt dann diejenige Entscheidung, für die sich im Stichentscheid die Mehrheit der gültigen Stimmen ausspricht. Bei Stimmengleichheit im Stichentscheid gilt der Bürgerentscheid, dessen Frage mit der höchsten Stimmenzahl mehrheitlich beantwortet worden ist.</p> <p>(8) Der Bürgerentscheid hat die Wirkung</p> |
| | |

Gegenüberstellung

| | |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| | <p>eines Ratsbeschlusses. Vor Ablauf von zwei Jahren kann er nur auf Initiative des Rates durch einen neuen Bürgerentscheid abgeändert werden.</p> <p>(9) In kreisfreien Städten können Bürgerbegehren und Bürgerentscheid in einem Stadtbezirk durchgeführt werden, wenn es sich um eine Angelegenheit handelt, für welche die Bezirksvertretung zuständig ist. Die Absätze 1 bis 8 gelten entsprechend mit der Maßgabe, daß</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. das Bürgerbegehren von im Stadtbezirk wohnenden Bürgern unterzeichnet sein muss, 2. bei einem Bürgerentscheid nur die im Stadtbezirk wohnenden Bürger stimmberechtigt sind, 3. die Bezirksvertretung mit Ausnahme der Entscheidung nach Absatz 6 Satz 1 an die Stelle des Rates tritt. <p>(10) Das für Inneres zuständige Ministerium kann durch Rechtsverordnung das Nähere über die Durchführung des Bürgerbegehrens und des Bürgerentscheids regeln. Dabei sind die § 32 Abs. 6, § 34a und § 41 der Kommunalwahlordnung zu berücksichtigen</p> |
| 3. § 27 wird wie folgt gefasst: | |
| „§ 27 Integration | „§ 27 Integration |
| <p>(1) In einer Gemeinde, in der mindestens 5 000 ausländische Einwohner ihre Hauptwohnung haben, ist ein Integrationsausschuss oder Integrationsrat zu bilden. In einer Gemeinde, in der mindestens 2 000 ausländische Einwohner ihre Hauptwohnung haben, ist ein Integ-</p> | <p>(1) In einer Gemeinde, in der mindestens 5 000 ausländische Einwohner ihre Hauptwohnung haben, ist ein Integrationsrat zu bilden.</p> <p>In einer Gemeinde, in der mindestens 2 000 ausländische Einwohner ihre Hauptwohnung haben, ist ein Integrationsrat zu</p> |

Gegenüberstellung

rationsausschuss oder ein Integrationsrat zu bilden, wenn mindestens 200 Wahlberechtigte gemäß Absatz 5 Satz 1 es beantragen. In anderen Gemeinden kann ein Integrationsausschuss oder ein Integrationsrat gebildet werden. Die Gemeinde hat spätestens vier Monate vor der Wahl nach Absatz 4 Satz 3 durch Beschluss des Rates zu regeln, ob ein Integrationsausschuss oder ein Integrationsrat zu bilden ist.

(2) Der Integrationsausschuss besteht aus den vom Rat bestellten Mitgliedern und den Mitgliedern, die nach den Regeln des Absatzes 4 Satz 1 gewählt werden. Die Zahl der nach Absatz 4 Satz 1 gewählten Mitglieder des Integrationsausschusses darf die Zahl der Ratsmitglieder nicht erreichen. Sollen dem Integrationsausschuss auch vom Rat bestellte sachkundige Bürger gemäß § 58 Absatz 3 angehören, so muss die Zahl der vom Rat bestellten Ratsmitglieder die Zahl aller anderen stimmberechtigten Mitglieder übertreffen. Zur Bildung des Integrationsausschusses bestellt der Rat nach Maßgabe des § 50 Absatz 3 die Ratsmitglieder. Die nach Absatz 4 Satz 1 gewählten Mitglieder treten hinzu. Der Integrationsausschuss ist nur beschlussfähig, wenn die Zahl der nach § 50 Absatz 3 bestellten anwesenden Ratsmitglieder die Zahl der anwesenden anderen stimmberechtigten Mitglieder übersteigt. Soweit gesetzlich nichts anderes geregelt ist, sind auf den Integrationsausschuss § 57 Absatz 4 und § 58 entsprechend anzuwenden. Der Rat kann gemäß § 41 Absatz 2 Satz 1 die Entscheidung über bestimmte Angelegenheiten auf den Integrationsausschuss übertragen. Im Integrationsausschuss haben Ratsmitglieder und die nach Absatz 4 Satz 1 gewählten Mitglieder gleiche Rechte. Bei Entscheidungen, die in Bezug auf eine vom Rat nach § 41 Absatz 2 Satz 1 auf den Integrationsausschuss übertragene

bilden, wenn mindestens 200 Wahlberechtigte gemäß Absatz 3 Satz 1 es beantragen.

In anderen Gemeinden kann ein Integrationsrat gebildet werden.

Der Integrationsrat wird gebildet, indem die Mitglieder nach Absatz 2 Satz 1 gewählt werden und die vom Rat nach Absatz 2 Satz 4 bestellten Ratsmitglieder hinzutreten. Die Zahl der nach Absatz 2 Satz 1 zu wählenden Mitglieder muss die Zahl der nach Absatz 2 Satz 4 zu bestellenden Ratsmitglieder übersteigen.

(2) In allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl werden für die Dauer der Wahlperiode des Rates die Mitglieder nach Listen oder als Einzelbewerber gewählt. Für die Mitglieder nach Listen und die Einzelbewerber können Stellvertreter gewählt werden.

Die Wahl der Mitglieder findet am Tag der Kommunalwahl statt; in den Fällen des Absatz 1 Satz 2 und 3 ist auch eine spätere Wahl zulässig.

Für den Integrationsrat bestellt der Rat aus seiner Mitte die weiteren Mitglieder. Die Bestellung von Stellvertretern ist zulässig.

Nach Ablauf der Wahlperiode üben die bisherigen Mitglieder und Ratsmitglieder im Integrationsrat ihre Tätigkeit bis zum Zusammentritt eines neugewählten Integrationsrates weiter aus, es sei denn, der Rat hat nach Absatz 1 Satz 3 beschlossen, künftig keinen Integrationsrat zu bilden.

(3) Wahlberechtigt ist, wer

1. nicht Deutscher im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes ist,
2. eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt,
3. die deutsche Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung erhalten hat oder
4. die deutsche Staatsangehörigkeit nach § 4 Absatz 3 des Staatsangehörigkeitsgesetzes in der im Bundesgesetzblatt Teil

Gegenüberstellung

| | |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p>Angelegenheit ergehen, haben die nach Absatz 4 Satz 1 gewählten Mitglieder kein Stimmrecht.</p> <p>(3) Der Integrationsrat wird gebildet, indem die Mitglieder nach Absatz 4 Satz 1 gewählt werden und die vom Rat nach Absatz 4 Satz 5 bestellten Ratsmitglieder hinzutreten. Die Zahl der nach Absatz 4 Satz 1 zu wählenden Mitglieder muss die Zahl der nach Absatz 4 Satz 5 zu bestellenden Ratsmitglieder übersteigen. Rat und Integrationsrat sollen sich über die Themen und Aufgaben der Integration in der Gemeinde abstimmen.</p> <p>(4) In allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl werden für die Dauer der Wahlperiode des Rates die Mitglieder des Integrationsausschusses oder des Integrationsrates nach Listen oder als Einzelbewerber gewählt. Für die Mitglieder nach Listen und die Einzelbewerber können Stellvertreter gewählt werden. Die Wahl der Mitglieder findet am Tag der Kommunalwahl statt. In den Fällen des Absatzes 1 Sätze 2 und 3 ist auch eine spätere Wahl zulässig. Für den Integrationsrat bestellt der Rat aus seiner Mitte die weiteren Mitglieder. Die Bestellung von Stellvertretern ist zulässig.</p> <p>(5) Wahlberechtigt ist, wer</p> <ol style="list-style-type: none">1. nicht Deutscher im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes ist;2. eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt oder besessen hat oder3. als Kind mindestens eines Elternteils mit nicht deutscher Staatsangehörigkeit geboren worden ist. <p>Darüber hinaus muss die Person am Wahltag</p> <ol style="list-style-type: none">1. 16 Jahre alt sein,2. sich seit mindestens einem Jahr | <p>III, Gliederungsnummer 102-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 28. August 2013 (BGBl. I S. 3458), erworben hat.</p> <p>Darüber hinaus muss die Person am Wahltag</p> <ol style="list-style-type: none">1. 16 Jahre alt sein,2. sich seit mindestens einem Jahr im Bundesgebiet rechtmäßig aufhalten und3. mindestens seit dem sechzehnten Tag vor der Wahl in der Gemeinde ihre Hauptwohnung haben. <p>Wahlberechtigte Personen nach Satz 1 Nummern 3 und 4 müssen sich bis zum zwölften Tag vor der Wahl in das Wählerverzeichnis eintragen lassen.</p> <p>(4) Nicht wahlberechtigt sind Ausländer</p> <ol style="list-style-type: none">1. auf die das Aufenthaltsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Februar 2008 (BGBl. I S. 162), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 17. Juni 2013 (BGBl. I S. 1555), nach seinem § 1 Absatz 2 Nummer 2 oder 3 keine Anwendung findet oder2. die Asylbewerber sind. <p>(5) Wählbar sind mit Vollendung des 18. Lebensjahres alle wahlberechtigten Personen nach Absatz 3 Satz 1 sowie alle Bürger.</p> <p>Darüber hinaus muss die Person am Wahltag</p> <ol style="list-style-type: none">1. sich seit mindestens einem Jahr im Bundesgebiet rechtmäßig aufhalten und2. seit mindestens drei Monaten in der Gemeinde ihre Hauptwohnung haben. <p>(6) Bei der Feststellung der Zahl der ausländischen Einwohner nach Absatz 1 lässt die Gemeinde die in Absatz 4 bezeichneten Ausländer sowie die Personen, die neben einer ausländischen auch die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, außer Betracht.</p> <p>(7) Für die Rechtsstellung der nach Ab-</p> |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|

Gegenüberstellung

| | |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p>im Bundesgebiet rechtmäßig aufhalten und</p> <p>3. mindestens seit dem 16. Tag vor der Wahl in der Gemeinde ihre Hauptwohnung haben.</p> <p>Wahlberechtigte Personen nach Satz 1, die ausschließlich die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, müssen sich bis zum zwölften Tag vor der Wahl in das Wählerverzeichnis eintragen lassen. Sie haben den Nachweis über die Wahlberechtigung zu führen.</p> <p>(6) Nicht wahlberechtigt sind Ausländer</p> <p>1. auf die das Aufenthaltsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Februar 2008 (BGBl. I S. 162) in der jeweils geltenden Fassung nach seinem § 1 Absatz 2 Nummer 2 oder 3 keine Anwendung findet oder</p> <p>2. die Asylbewerber sind.</p> <p>(7) Wählbar sind mit Vollendung des 18. Lebensjahres alle wahlberechtigten Personen nach Absatz 5 Satz 1 sowie alle Bürger. Darüber hinaus muss die Person am Wahltag</p> <p>1. sich seit mindestens einem Jahr im Bundesgebiet rechtmäßig aufhalten und</p> <p>2. seit mindestens drei Monaten in der Gemeinde ihre Hauptwohnung haben.</p> <p>(8) Bei der Feststellung der Zahl der ausländischen Einwohner nach Absatz 1 lässt die Gemeinde die in Absatz 6 bezeichneten Ausländer sowie die Personen, die neben einer ausländischen auch die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, außer Betracht.</p> <p>(9) Für die Rechtsstellung der nach Absatz 4 Satz 1 gewählten Mitglieder gelten die §§ 30, 31, 32 Absatz 2, §§ 33, 43 Absatz 1, § 44 und § 45 mit Ausnahme des Absatzes 5 Nummer 1 entsprechend. Der Integrationsausschuss wählt aus seiner</p> | <p>satz 2 Satz 1 gewählten Mitglieder gelten die §§ 30, 31, 32 Absatz 2, 33, 43 Absatz 1, 44 und 45 mit Ausnahme des Absatzes 5 Nummer 1 entsprechend.</p> <p>Der Integrationsrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen oder mehrere Stellvertreter.</p> <p>Der Integrationsrat regelt seine inneren Angelegenheiten durch eine Geschäftsordnung.</p> <p>(8) Rat und Integrationsrat sollen sich über die Themen und Aufgaben der Integration in der Gemeinde abstimmen. Der Integrationsrat kann sich darüber hinaus mit allen Angelegenheiten der Gemeinde befassen. Auf Antrag des Integrationsrates ist eine Anregung oder Stellungnahme des Integrationsrates dem Rat, einer Bezirksvertretung oder einem Ausschuss vorzulegen. Der Vorsitzende des Integrationsrates oder ein anderes vom Integrationsrat benanntes Mitglied ist berechtigt, bei der Beratung dieser Angelegenheit an der Sitzung teilzunehmen; auf sein Verlangen ist ihm dazu das Wort zu erteilen.</p> <p>(9) Der Integrationsrat soll zu Fragen, die ihm vom Rat, einem Ausschuss, einer Bezirksvertretung oder vom Bürgermeister vorgelegt werden, Stellung nehmen.</p> <p>(10) Dem Integrationsrat sind die zur Erledigung seiner Aufgaben erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen. Der Rat kann nach Anhörung des Integrationsrates den Rahmen festlegen, innerhalb dessen der Integrationsrat über ihm vom Rat zugewiesene Haushaltsmittel entscheiden kann.</p> <p>(11) Für die Wahl zum Integrationsrat nach Absatz 2 Satz 1 gelten die §§ 2, 5 Absatz 1, §§ 9 bis 13, 24 bis 27, 30, 34 bis 46, 47 Satz 1 und § 48 des Kommunalwahlgesetzes entsprechend; § 29 Kommunalwahlgesetz gilt entsprechend,</p> |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|

Gegenüberstellung

Mitte ein Ratsmitglied zu seinem Vorsitzenden sowie ein Ratsmitglied oder mehrere Ratsmitglieder zu Stellvertretern. Der Integrationsrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen oder mehrere Stellvertreter. Der Integrationsausschuss oder Integrationsrat regelt seine inneren Angelegenheiten durch eine Geschäftsordnung.

(10) Der Integrationsausschuss oder Integrationsrat kann sich mit allen Angelegenheiten der Gemeinde befassen. Auf Antrag des Integrationsausschusses oder Integrationsrates ist eine Anregung oder Stellungnahme des Integrationsausschusses oder Integrationsrates dem Rat, einer Bezirksvertretung oder einem Ausschuss vorzulegen. Der Vorsitzende des Integrationsausschusses oder Integrationsrates oder ein anderes vom Integrationsausschuss oder Integrationsrat benanntes Mitglied ist berechtigt, bei der Beratung dieser Angelegenheit an der Sitzung teilzunehmen. Auf sein Verlangen ist ihm dazu das Wort zu erteilen.

(11) Der Integrationsausschuss oder Integrationsrat soll zu Fragen, die ihm vom Rat, einem Ausschuss, einer Bezirksvertretung oder vom Bürgermeister vorgelegt werden, Stellung nehmen.

(12) Dem Integrationsausschuss oder Integrationsrat sind die zur Erledigung seiner Aufgaben erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen. Der Rat kann nach Anhörung des Integrationsausschusses oder Integrationsrates den Rahmen festlegen, innerhalb dessen der Integrationsausschuss oder Integrationsrat über ihm vom Rat zugewiesene Haushaltsmittel entscheiden kann.

(13) Für die Wahl zum Integrationsausschuss oder Integrationsrat nach Absatz 4 Satz 1 gelten die §§ 2, 5 Absatz 1, §§ 9 bis 13, 24 bis 27, 30, 34 bis 46, 47 Satz 1

soweit die Gemeinden keine abweichenden Regelungen treffen. Das für Inneres zuständige Ministerium kann durch Rechtsverordnung das Nähere über die Wahlvorschläge sowie weitere Einzelheiten über die Vorbereitung und Durchführung der Wahl sowie über die Wahlprüfung regeln.

Gegenüberstellung

| | |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p>und § 48 des Kommunalwahlgesetzes entsprechend. § 29 Kommunalwahlgesetz gilt entsprechend, soweit die Gemeinden keine abweichenden Regelungen treffen. Das für Kommunales zuständige Ministerium kann durch Rechtsverordnung das Nähere über die Wahlvorschläge sowie weitere Einzelheiten über die Vorbereitung und Durchführung der Wahl sowie über die Wahlprüfung regeln.“</p> | |
| | <p>§ 45 Entschädigung der Ratsmitglieder</p> |
| | <p>(1) Ein Ratsmitglied, ein Mitglied einer Bezirksvertretung oder ein Mitglied eines Ausschusses hat Anspruch auf Ersatz des Verdienstausfalles, der ihm durch die Mandatsausübung entsteht, soweit sie während der Arbeitszeit erforderlich ist. Entgangener Verdienst aus Nebentätigkeiten und Verdienst, der außerhalb der Arbeitszeit hätte erzielt werden können, bleibt außer Betracht.</p> <p>(2) Als Ersatz des Verdienstausfalls wird mindestens ein in einer Rechtsverordnung nach Absatz 7 festzulegender Regelstundensatz gezahlt, es sei denn, daß ersichtlich keine finanziellen Nachteile entstanden sind. In der Hauptsatzung kann ein höherer Regelstundensatz festgelegt werden. Darüber hinaus wird in folgenden Fällen eine höhere Entschädigung gezahlt:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Abhängig Erwerbstätigen wird auf Antrag anstelle des Regelstundensatzes der tatsächlich entstandene und nachgewiesene Verdienstausfall ersetzt; 2. Selbständige erhalten auf Antrag anstelle des Regelstundensatzes eine |

Gegenüberstellung

| | |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| | <p>Verdienstausfallpau- schale je Stunde, die im Einzelfall auf der Grund- lage des glaubhaft ge- machten Einkommens nach billigem Ermessen festgesetzt wird.</p> <p>In der Rechtsverordnung nach Absatz 7 ist ein einheitlicher Höchstbetrag festzu- legen, der bei dem Ersatz des Verdienst- ausfalls je Stunde nicht überschritten werden darf.</p> |
| <p>4. § 45 Absatz 3 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) In Satz 1 werden nach der Angabe „Satz 1“ die Wörter „beziehungs- weise Absatz 2 Satz 2“ eingefügt.</p> <p>b) Satz 2 wird aufgehoben.</p> <p>c) Folgender Satz wird angefügt: „Absatz 2 Satz 4 gilt entsprechend.“</p> | <p>(3) Personen, die</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. einen Haushalt mit <ol style="list-style-type: none"> a) mindestens zwei Personen, von denen mindestens eine ein Kind unter 14 Jahren oder eine anerkannt pflegebedürftige Person nach § 14 SGB XI ist, oder b) mindestens drei Personen führen und 2. nicht oder weniger als 20 Stunden je Woche erwerbstätig sind, erhalten für die mandatsbedingte Abwe- senheit vom Haushalt den Regelstunden- satz nach Absatz 2 Satz 1. Absatz 2 Satz 3 gilt entsprechend. Statt des Regelstun- densatzes werden auf Antrag die not- wendigen Kosten für eine Vertretung im Haushalt ersetzt. |
| | <p>(4) Ist während der mandatsbedingten Abwesenheit vom Haushalt eine entgeltli- che Kinderbetreuung notwendig, werden die nachgewiesenen Kosten auf Antrag erstattet. Kinderbetreuungskosten werden nicht für Zeiträume erstattet, für die Ent- schädigung nach Absatz 2 oder 3 geleis- tet wird. Die Hauptsatzung kann die nä- heren Einzelheiten regeln.</p> <p>(5) Unabhängig von einem Anspruch auf Verdienstausfall besteht ein Anspruch auf angemessene Aufwandsentschädigung</p> |

Gegenüberstellung

| | |
|--|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| | <p>nach folgenden Maßgaben:</p> <ol style="list-style-type: none">1. Einem Ratsmitglied oder einem Mitglied einer Bezirksvertretung kann die Aufwandsentschädigung teilweise als Sitzungsgeld für Rats-, Bezirksvertretungs-, Ausschuss- und Fraktionssitzungen gezahlt werden.2. Ein Ausschussmitglied, das nicht Ratsmitglied ist (sachkundiger Bürger oder sachkundiger Einwohner), erhält ein Sitzungsgeld für die im Rahmen seiner Mandatsausübung erforderliche Teilnahme an Ausschuss- und Fraktionssitzungen.3. Ein stellvertretendes Ausschussmitglied, das nicht Ratsmitglied ist, erhält unabhängig vom Eintritt des Vertretungsfalles für die im Rahmen seiner Mandatsausübung erforderliche Teilnahme an Fraktionssitzungen ein Sitzungsgeld. <p>(6) Fraktionssitzungen sind auch Sitzungen von Teilen einer Fraktion (Fraktionsvorstand, Fraktionsarbeitskreise). Die Zahl der ersatzpflichtigen Fraktionssitzungen pro Jahr ist in der Hauptsatzung zu beschränken.</p> <p>(7) Das für Inneres zuständige Ministerium bestimmt durch Rechtsverordnung</p> <ol style="list-style-type: none">1. die Höhe des Regelstundensatzes und des Höchstbetrages nach Absatz 2,2. die Höhe der monatlichen Aufwandsentschädigung sowie die Höhe der Sitzungsgelder,3. die Fahrtkostenerstattung und den Ersatz von Auslagen neben |
|--|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|

Gegenüberstellung

| | |
|--|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| | <p>der Aufwandsentschädigung.</p> <p>Die Höhe der Aufwandsentschädigung und der Sitzungsgelder ist zu Beginn und mit Ablauf der Hälfte der Wahlperiode anzupassen. Grundlage dafür ist die Preisentwicklung ausgewählter Waren und Leistungen im Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte seit dem Zeitpunkt der vorangegangenen Anpassung der Höhe der Aufwandsentschädigung und der Sitzungsgelder. Die Höhe des Regelstundensatzes und des Höchstbetrages wird zu Beginn und zur Mitte jeder Wahlperiode im Hinblick auf ihre Angemessenheit überprüft.</p> |
| | <p style="text-align: center;">§ 66 Abwahl des Bürgermeisters</p> |
| | <p>(1) Der Bürgermeister kann von den Bürgern der Gemeinde vor Ablauf seiner Amtszeit abgewählt werden. Zur Einleitung des Abwahlverfahrens bedarf es</p> <p style="padding-left: 40px;">1. eines von mindestens der Hälfte der gesetzlichen Zahl der Ratsmitglieder gestellten Antrags und eines mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Ratsmitglieder zu fassenden Beschlusses. Zwischen dem Eingang des Antrags und dem Beschluss des Rates muss eine Frist von mindestens zwei Wochen liegen. Über den Antrag auf Einleitung des Abwahlverfahrens ist ohne Aussprache namentlich abzustimmen;</p> <p style="padding-left: 40px;">oder</p> <p style="padding-left: 40px;">2. eines in Gemeinden</p> <p style="padding-left: 80px;">a) mit bis zu 50.000 Einwohnern von mindestens</p> |

Gegenüberstellung

| | |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p>5. In § 66 Absatz 1 Satz 2 wird der Nummer 2 folgender Satz angefügt:</p> <p>„§ 26 Absatz 4 Sätze 2 und 3 gelten entsprechend.“</p> | <p>20 Prozent der wahlberechtigten Bürger der Gemeinde,</p> <p>b) mit über 50.000 bis zu 100.000 Einwohnern von mindestens 17,5 Prozent der wahlberechtigten Bürger der Gemeinde</p> <p>und</p> <p>c) mit mehr als 100.000 Einwohnern von mindestens 15 Prozent der wahlberechtigten Bürger der Gemeinde</p> <p>gestellten Antrags.</p> <p>Der Bürgermeister ist abgewählt, wenn sich für die Abwahl eine Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen der wahlberechtigten Bürger ergibt, sofern diese Mehrheit mindestens 25 Prozent der Wahlberechtigten beträgt. Für das weitere Verfahren gelten die Vorschriften des Kommunalwahlgesetzes entsprechend. Der Bürgermeister scheidet mit dem Ablauf des Tages, an dem der Wahlausschuss die Abwahl feststellt, aus seinem Amt. Die Aufsichtsbehörde kann für die Dauer des Abwahlverfahrens das Ruhen der Amtsgeschäfte des Bürgermeisters anordnen, wenn der Rat dies mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Ratsmitglieder beantragt.</p> |
| | <p>(2) Der Bürgermeister kann binnen einer Woche</p> <p>1. nach dem Beschluss gemäß</p> |

Gegenüberstellung

| | |
|--|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| | <p>Absatz 1 Satz 2 Nummer 1</p> <p>oder</p> <p>2. nach Feststellung der Zulässigkeit des Antrags nach Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 durch den Rat</p> <p>auf die Entscheidung der Bürger über seine Abwahl verzichten. Der Verzicht ist schriftlich gegenüber dem ehrenamtlichen Stellvertreter zu erklären. Mit dem Ablauf des Tages, an dem dieser Verzicht dem ehrenamtlichen Stellvertreter zugeht, gilt die Abwahl als erfolgt.</p> <p>(3) Der Antrag nach Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 ist schriftlich beim Rat einzureichen und muss das Begehren zweifelsfrei erkennen lassen. Er muss bis zu drei Bürger benennen, die berechtigt sind, die Unterzeichnenden zu vertreten. § 25 Absatz 4 gilt entsprechend. Die Unterzeichnenden müssen an dem von ihnen anzugebenden Tag ihrer Unterschrift wahlberechtigt sein. Die Unterschriften dürfen bei Eingang des Antrags nicht älter als vier Monate sein. Nach Antragseingang eingereichte Unterschriftenlisten werden nicht mehr berücksichtigt. Der Rat stellt unverzüglich fest, ob der Antrag zulässig ist. Gegen die ablehnende Entscheidung des Rates können nur die Vertreter des Antrags nach Satz 2 Klage erheben.</p> |
| | <p style="text-align: center;">§ 71 Wahl der Beigeordneten</p> |
| | <p>(1) Die Zahl der Beigeordneten wird durch die Hauptsatzung festgelegt. Die Beigeordneten sind kommunale Wahlbeamte. Sie werden vom Rat für die Dauer von acht Jahren gewählt.</p> <p>(2) Die Wahl oder Wiederwahl darf frühestens sechs Monate vor Freiwerden der Stelle erfolgen. Die Stellen der Bei-</p> |

Gegenüberstellung

| | |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| | <p>geordneten sind auszuschreiben, bei Wiederwahl kann hiervon abgesehen werden.</p> |
| <p>6. § 71 Absatz 3 Sätze 2 und 3 werden wie folgt gefasst:</p> <p>„In kreisfreien Städten und Großen kreisangehörigen Städten muss mindestens einer der Beigeordneten die Befähigung zum Richteramt oder zur Laufbahn des allgemeinen Verwaltungsdienstes im Land Nordrhein-Westfalen in der Laufbahngruppe 2, zweites Einstiegsamt, besitzen. In den übrigen Gemeinden muss mindestens einer der Beigeordneten mindestens die Befähigung für die Laufbahn des allgemeinen Verwaltungsdienstes im Land Nordrhein-Westfalen in der Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt, besitzen.“</p> | <p>(3) Die Beigeordneten müssen die für ihr Amt erforderlichen fachlichen Voraussetzungen erfüllen und eine ausreichende Erfahrung für dieses Amt nachweisen. In kreisfreien Städten und Großen kreisangehörigen Städten muß mindestens einer der Beigeordneten die Befähigung zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst besitzen. In den übrigen Gemeinden muss mindestens einer der Beigeordneten mindestens die Befähigung für die Laufbahn des gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienstes besitzen.</p> |
| | <p>(4) In kreisfreien Städten muß ein Beigeordneter als Stadtkämmerer bestellt werden.</p> <p>(5) Die Beigeordneten sind verpflichtet, eine erste und zweite Wiederwahl anzunehmen, wenn sie spätestens drei Monate vor Ablauf der Amtszeit wiedergewählt werden. Lehnt ein Beigeordneter die Weiterführung des Amtes ohne wichtigen Grund ab, so ist er mit Ablauf der Amtszeit zu entlassen. Ob ein wichtiger Grund vorliegt, entscheidet der Rat. Ein wichtiger Grund liegt vor, wenn die Anstellungsbedingungen gegenüber denen der davor liegenden Amtszeit verschlechtert werden.</p> <p>(6) Die Beigeordneten werden vom Bürgermeister vereidigt.</p> <p>(7) Der Rat kann Beigeordnete abberufen. Der Antrag kann nur von der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder</p> |

G e g e n ü b e r s t e l l u n g

| | |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| | <p>gestellt werden. Zwischen dem Eingang des Antrags und der Sitzung des Rates muß eine Frist von mindestens sechs Wochen liegen. Über den Antrag ist ohne Aussprache abzustimmen. Der Beschluß über die Abberufung bedarf einer Mehrheit von zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Mitglieder. Ein Nachfolger ist innerhalb einer Frist von sechs Monaten zu wählen.</p> |
| <p style="text-align: center;">Artikel 2</p> <p>Aufhebung des Gesetzes zur Stärkung des Kreistags</p> <p>Das Gesetz zur Stärkung des Kreistags vom 15. Dezember 2016 (GV. NRW. S. 1150) wird aufgehoben.</p> | <p style="text-align: center;">Gesetz zur Stärkung des Kreistags Vom 15. Dezember 2016</p> <p style="text-align: center;">Artikel 1 Änderung der Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen</p> <p>Die Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 646), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 15. November 2016 (GV. NRW. S. 966) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:</p> <p>1. Das Inhaltsverzeichnis wird wie folgt geändert:</p> <p>a) Nach der Angabe zu § 41 werden folgende Angaben eingefügt: „§ 41a Hauptausschuss § 41b Dringliche Entscheidungen“</p> <p>b) Die Angabe zu § 42 wird wie folgt gefasst: „Aufgaben und Stellung des Landrats“</p> <p>c) Die Angaben zu den §§ 49 bis 52 werden wie folgt gefasst: „6. Teil: Verwaltungsvorstand und Kreisbedienstete</p> <p>§ 49 Verwaltungsvorstand</p> |

Gegenüberstellung

| | |
|--|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| | <p>§ 50 Wahl der Beigeordneten § 51 Geschäftsverteilung und Dienstaufsicht § 52 Bedienstete des Kreises“</p> <p>d) Die Angabe zu § 62 wird wie folgt gefasst: „§ 62 (weggefallen)“</p> <p>2. In § 3 Absatz 3 Satz 1 werden die Wörter „des Kreisausschusses,“ gestrichen. 3. In § 8 werden die Wörter „, dem Kreisausschuss“ gestrichen. 4. In § 21 Absatz 1 Satz 2 werden die Wörter „des Kreisausschusses,“ gestrichen. 5. In § 23 Absatz 5 Satz 1 Nummer 2 werden die Wörter „der Mitglieder des Kreisausschusses und“ gestrichen. 6. In § 25 Absatz 2 Satz 4 werden die Wörter „49 Abs. 1 Satz 3 und 4“ durch die Wörter „51 Absatz 4 Satz 2 und 3“ ersetzt.</p> <p>7. § 26 wird wie folgt geändert: a) Absatz 1 wird wie folgt geändert: aa) Satz 1 wird durch die folgenden Sätze ersetzt: „Der Kreistag ist für alle Angelegenheiten der Kreisverwaltung zuständig, soweit dieses Gesetz oder andere Gesetze nichts anderes bestimmen. Der Kreistag ist insbesondere nicht zuständig, soweit der Landrat Aufgaben als untere staatliche Verwaltungsbehörde, als Kreispolizeibehörde sowie als Teil des Schulamts wahrnimmt.“ bb) Der neue Satz 3 wird wie folgt geändert: aaa) In dem Textteil vor Buchstabe a werden die Wörter „Er ist ausschließlich zuständig für“ durch die Wörter „Die Entscheidung über folgende Angelegenheiten kann der Kreistag nicht übertragen:“ ersetzt. bbb) Buchstabe b wird wie folgt gefasst: „b) die Wahl der Mitglieder der Ausschüsse und ihrer Vertreter,“</p> |
|--|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|

Gegenüberstellung

| | |
|--|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| | <p>ccc) Buchstabe c wird wie folgt gefasst: „c) die Wahl der Beigeordneten,“</p> <p>cc) Der neue Satz 4 wird wie folgt gefasst: „Im Übrigen kann der Kreistag die Entscheidungen über bestimmte Angelegenheiten auf Ausschüsse oder den Landrat übertragen.“</p> <p>dd) Folgende Sätze werden angefügt: „Er kann ferner Ausschüsse ermächtigen, in Angelegenheiten ihres Aufgabenbereichs die Entscheidung dem Landrat zu übertragen. Geschäfte der laufenden Verwaltung gelten im Namen des Kreistages als auf den Landrat übertragen, soweit nicht der Kreistag sich oder einem Ausschuss für einen bestimmten Kreis von Geschäften oder für einen Einzelfall die Entscheidung vorbehält.“</p> <p>b) Absatz 2 Satz 1 wird wie folgt gefasst: „Der Kreistag überwacht die Durchführung seiner Beschlüsse sowie den Ablauf der Verwaltungsangelegenheiten.“</p> <p>c) In Absatz 5 Satz 4 werden die Wörter „und des Kreisausschusses“ gestrichen.</p> <p>d) In Absatz 7 Satz 2 werden die Wörter „oder des Kreisausschusses“ gestrichen.</p> <p>8. § 28 Absatz 2 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) Satz 1 wird wie folgt geändert:</p> <p>aa) In Nummer 2 werden die Wörter „, bei Kreisauschußmitgliedern der Kreisauschuß“ gestrichen.</p> <p>bb) In Nummer 3 werden die Wörter „Kreistags- und Kreisauschußmitgliedern“ durch das Wort „Kreistagsmitgliedern“ ersetzt.</p> <p>cc) In Nummer 4 werden die Wörter „, bei Kreisauschußmitgliedern der Kreisauschuß“ gestrichen.</p> <p>dd) In Nummer 5 werden die Wörter „, vom Kreisauschuß“ gestrichen.</p> <p>b) In Satz 2 werden die Wörter „, Mitglieder des Kreis Ausschusses“ gestrichen.</p> |
|--|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|

Gegenüberstellung

| | |
|--|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| | <p>9. § 30 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) In Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „, ein Kreistagsmitglied im Kreisausschuss“ gestrichen.</p> <p>b) Absatz 5 Nummer 1 und 2 wird jeweils das Wort: „Kreisausschuss-“ gestrichen.</p> <p>10. § 39 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) In Absatz 3 werden nach dem Wort „Kreistags“ die Wörter „oder eines Ausschusses, dem eine Angelegenheit zur Entscheidung übertragen ist,“ eingefügt.</p> <p>b) Absatz 4 wird wie folgt gefasst: „(4) Verletzt der Beschluss eines Ausschusses, dem eine Angelegenheit zur Entscheidung übertragen ist, das geltende Recht, so findet Absatz 2 Satz 1 bis 3 entsprechende Anwendung. Verbleibt der Ausschuss bei seinem Beschluss, so hat der Kreistag über die Angelegenheit zu beschließen.“</p> <p>11. § 41 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst: „(1) Der Kreistag kann Ausschüsse bilden. In jedem Kreis muss ein Hauptausschuss und ein Rechnungsprüfungsausschuss gebildet werden.“</p> <p>b) In Absatz 3 Satz 5 wird die Angabe „§ 30 Abs. 4 Nr. 3“ durch die Angabe „§ 30 Absatz 5 Nummer 3“ ersetzt.</p> <p>12. Nach § 41 werden folgende § 41a und § 41b eingefügt:</p> <p style="text-align: center;">„§ 41a Hauptausschuss</p> <p>(1) Der Hauptausschuss hat die Arbeiten aller Ausschüsse aufeinander abzustimmen.</p> <p>(2) Im Rahmen der vom Kreistag festgelegten allgemeinen Richtlinien entscheidet der Hauptausschuss über die Planung der Verwaltungsaufgaben von besonderer Bedeutung. Zu diesem Zweck</p> |
|--|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|

Gegenüberstellung

hat der Landrat den Hauptausschuss regelmäßig und frühzeitig über solche Planungsvorhaben zu unterrichten.

(3) Dem Hauptausschuss können nur Kreistagsmitglieder angehören. Den Vorsitz im Hauptausschuss führt der Landrat. Er hat Stimmrecht im Hauptausschuss. Der Hauptausschuss wählt aus seiner Mitte einen oder mehrere Vertreter des Vorsitzenden.

§ 41b

Dringliche Entscheidungen

(1) Der Hauptausschuss entscheidet in Angelegenheiten, die der Beschlussfassung des Kreistags unterliegen, falls eine Einberufung des Kreistags nicht rechtzeitig möglich ist. Ist auch die Einberufung des Hauptausschusses nicht rechtzeitig möglich und kann die Entscheidung nicht aufgeschoben werden, weil sonst erhebliche Nachteile oder Gefahren entstehen können, kann der Landrat, im Falle seiner Verhinderung der allgemeine Vertreter, mit einem Kreistagsmitglied entscheiden. Diese Entscheidungen sind dem Kreistag in der nächsten Sitzung zur Genehmigung vorzulegen. Er kann die Dringlichkeitsentscheidung aufheben, soweit nicht schon Rechte anderer durch die Ausführung des Beschlusses entstanden sind.

(2) Ist die Einberufung eines Ausschusses, dem eine Angelegenheit zur Entscheidung übertragen ist, nicht rechtzeitig möglich, kann der Landrat, im Falle seiner Verhinderung der allgemeine Vertreter, mit dem Ausschussvorsitzenden oder einem anderen dem Ausschuss angehörenden Kreistagsmitglied entscheiden. Die Entscheidung ist dem Ausschuss in der nächsten Sitzung zur Genehmigung vorzulegen. Absatz 1 Satz 4 gilt entsprechend.“

13. § 42 wird wie folgt gefasst:

Gegenüberstellung

| | |
|--|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| | <p style="text-align: center;">„§ 42</p> <p>Aufgaben und Stellung des Landrats</p> <p>(1) Der Landrat ist kommunaler Wahlbeamter. Der Landrat ist verantwortlich für die Leitung und Beaufsichtigung des Geschäftsgangs der gesamten Verwaltung. Er leitet und verteilt die Geschäfte. Dabei kann er sich bestimmte Aufgaben vorbehalten und die Bearbeitung einzelner Angelegenheiten selbst übernehmen.</p> <p>(2) Der Landrat bereitet die Beschlüsse des Kreistags und der Ausschüsse vor. Er führt diese Beschlüsse und Entscheidungen nach § 41b Absatz 1 Satz 2 und Absatz 2 Satz 1 sowie Weisungen, die im Rahmen des § 2 Absatz 2 Satz 3 und des § 64 ergehen, unter der Kontrolle des Kreistags und in Verantwortung ihm gegenüber durch. Der Landrat entscheidet ferner in Angelegenheiten, die ihm vom Kreistag oder von den Ausschüssen zur Entscheidung übertragen sind.</p> <p>(3) Dem Landrat obliegt die Erledigung aller Aufgaben, die ihm aufgrund gesetzlicher Vorschriften übertragen sind.</p> <p>(4) Der Landrat hat den Kreistag über alle wichtigen Angelegenheiten der Kreisverwaltung zu unterrichten.</p> <p>(5) Unbeschadet der dem Kreistag und seinen Ausschüssen zustehenden Entscheidungsbefugnisse ist der Landrat der gesetzliche Vertreter des Kreises in Rechts- und Verwaltungsgeschäften. § 26 Absatz 5 und 6, §§ 43, 52 Absatz 3 bleiben unberührt.“</p> <p>14. § 44 wird wie folgt geändert:</p> <ul style="list-style-type: none">a) Absatz 3 Satz 1 wird aufgehoben.b) Absatz 4 wird aufgehoben.c) Die Absätze 5 und 6 werden die Absätze 4 und 5. <p>15. § 47 wird wie folgt gefasst:</p> |
|--|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|

Gegenüberstellung

| | |
|--|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| | <p style="text-align: center;">„§ 47</p> <p>Bestellung des allgemeinen Vertreters</p> <p>(1) Der Kreistag bestellt einen Beigeordneten zum allgemeinen Vertreter des Landrats. Die übrigen Beigeordneten sind zur allgemeinen Vertretung des Landrats nur berufen, wenn der zur allgemeinen Vertretung bestellte Beigeordnete verhindert ist. Die Reihenfolge bestimmt der Kreistag. Ist ein Beigeordneter nicht vorhanden, so bestellt der Kreistag den allgemeinen Vertreter. Die Bestellung bedarf der Bestätigung der Bezirksregierung.</p> <p>(2) Die Beigeordneten vertreten den Landrat in ihrem Arbeitsgebiet.</p> <p>(3) Der Landrat kann andere Bedienstete mit der auftragsweisen Erledigung bestimmter Angelegenheiten betrauen. Er kann die Befugnis auf Beigeordnete für deren Arbeitsgebiet übertragen.</p> <p>(4) Die Kreise sollen einen Beigeordneten oder einen Beamten des Kreises zum Kämmerer bestellen.“</p> <p>16. § 48 wird wie folgt gefasst:</p> <p style="text-align: center;">„§ 48</p> <p style="text-align: center;">Teilnahme an Sitzungen</p> <p>(1) Der Landrat und die Beigeordneten nehmen an den Sitzungen des Kreistags teil. Der Landrat ist berechtigt und auf Verlangen eines Fünftels der Kreistagsmitglieder oder einer Fraktion verpflichtet, zu einem Punkt der Tagesordnung vor dem Kreistag Stellung zu nehmen. Auch Beigeordnete sind hierzu verpflichtet, falls es der Kreistag oder der Landrat verlangt.</p> <p>(2) Der Landrat und die Beigeordneten sind berechtigt und auf Verlangen eines Ausschusses in Angelegenheiten ihres Geschäftsbereichs verpflichtet, an dessen Sitzungen teilzunehmen. Absatz 1 Satz 2</p> |
|--|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|

Gegenüberstellung

| | |
|--|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| | <p>gilt entsprechend.“</p> <p>17. § 49 wird aufgehoben.</p> <p>18. Der 6. Teil wird wie folgt gefasst:</p> <p style="text-align: center;">„6. Teil Verwaltungsvorstand und Kreisbedienstete</p> <p style="text-align: center;">§ 49 Verwaltungsvorstand</p> <p>(1) Sind Beigeordnete bestellt, bilden sie zusammen mit dem Landrat und Kämmerer den Verwaltungsvorstand. Der Landrat führt den Vorsitz.</p> <p>(2) Der Verwaltungsvorstand wirkt insbesondere mit bei</p> <ol style="list-style-type: none">1. den Grundsätzen der Organisation und der Verwaltungsführung,2. der Planung von Verwaltungsaufgaben mit besonderer Bedeutung,3. der Aufstellung des Haushaltsplans, unbeschadet der Rechte des Kämmerers,4. den Grundsätzen der Personalführung und Personalverwaltung und5. der Konzeption der Kosten- und Leistungsrechnung. <p>(3) Der Landrat ist verpflichtet, zur Erhaltung der Einheitlichkeit der Verwaltungsführung regelmäßig den Verwaltungsvorstand zur gemeinsamen Beratung einzuberufen. Die Mitglieder des Verwaltungsvorstandes sind verpflichtet, sich im Interesse der Einheitlichkeit der Verwaltungsführung gegenseitig zu unterrichten und zu beraten.</p> <p>(4) Bei Meinungsverschiedenheiten entscheidet der Landrat. Die Beigeordneten sind berechtigt, ihre abweichenden Meinungen in Angelegenheiten ihres Geschäftsbereichs dem Hauptausschuss vorzutragen. Dieses haben sie dem Landrat vorab mitzuteilen.</p> |
|--|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|

Gegenüberstellung

§ 50

Wahl der Beigeordneten

(1) Die Zahl der Beigeordneten wird durch die Hauptsatzung festgelegt. Die Beigeordneten sind kommunale Wahlbeamte. Sie werden vom Kreistag für die Dauer von acht Jahren gewählt.

(2) Die Wahl oder Wiederwahl darf frühestens sechs Monate vor Freiwerden der Stelle erfolgen. Die Stellen der Beigeordneten sind auszuschreiben, bei Wiederwahl kann hiervon abgesehen werden.

(3) Die Beigeordneten müssen die für ihr Amt erforderlichen fachlichen Voraussetzungen erfüllen und eine ausreichende Erfahrung für dieses Amt nachweisen. Mindestens einer der Beigeordneten muss die Befähigung zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst besitzen.

(4) Die Beigeordneten dürfen untereinander nicht Angehörige sein.

(5) Die Beigeordneten sind verpflichtet, eine erste und zweite Wiederwahl anzunehmen, wenn sie spätestens drei Monate vor Ablauf der Amtszeit wiedergewählt werden. Lehnt ein Beigeordneter die Weiterführung des Amtes ohne wichtigen Grund ab, so ist er mit Ablauf der Amtszeit zu entlassen. Ob ein wichtiger Grund vorliegt, entscheidet der Kreistag. Ein wichtiger Grund liegt vor, wenn die Anstellungsbedingungen gegenüber denen der davor liegenden Amtszeit verschlechtert werden.

(6) Die Beigeordneten werden vom Landrat vereidigt.

(7) Der Kreistag kann Beigeordnete abberufen. Der Antrag kann nur von der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder

Gegenüberstellung

| | |
|--|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| | <p>gestellt werden. Zwischen dem Eingang des Antrags und der Sitzung des Kreistags muss eine Frist von mindestens sechs Wochen liegen. Über den Antrag ist ohne Aussprache abzustimmen. Der Beschluss über die Abberufung bedarf einer Mehrheit von zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Mitglieder. Ein Nachfolger ist innerhalb einer Frist von sechs Monaten zu wählen.</p> <p style="text-align: center;">§ 51 Geschäftsverteilung und Dienstaufsicht</p> <p>(1) Der Kreistag kann die Geschäftskreise der Beigeordneten im Einvernehmen mit dem Landrat festlegen. Kommt ein Einvernehmen nicht zu Stande, kann der Kreistag den Geschäftskreis der Beigeordneten mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Kreistagsmitglieder festlegen. Bei Entscheidungen des Kreistags nach Satz 1 und 2 stimmt der Landrat nicht mit. Erfolgt keine Entscheidung nach Satz 1 oder 2 gilt § 42 Absatz 1 Satz 3 und 4.</p> <p>(2) Ausgenommen von Absatz 1 bleiben die dem Landrat vorbehaltenen Aufgaben als Kreispolizeibehörde, als Teil des Schulamts sowie als untere staatliche Verwaltungsbehörde, soweit er in dieser Funktion die allgemeine Aufsicht über die kreisangehörigen Gemeinden führt. Andere dem Landrat als untere staatliche Verwaltungsbehörde vorbehaltene Aufgaben können den Geschäftskreisen der Beigeordneten zugewiesen werden. Das Weisungsrecht des Landrats bleibt insoweit uneingeschränkt.</p> <p>(3) Der Landrat ist Dienstvorgesetzter der Bediensteten des Kreises.</p> <p>(4) Der Landrat trifft die dienstrechtlichen und arbeitsrechtlichen Entscheidungen, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist. Die Hauptsatzung kann be-</p> |
|--|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|

Gegenüberstellung

stimmen, dass für Bedienstete in Führungsfunktionen Entscheidungen, die das beamtenrechtliche Grundverhältnis oder das Arbeitsverhältnis eines Bediensteten zum Kreis verändern, durch den Kreistag oder den Hauptausschuss im Einvernehmen mit dem Landrat zu treffen sind, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist. Kommt ein Einvernehmen nicht zu Stande, kann der Kreistag die Entscheidung mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Kreistagsmitglieder treffen. Bei Entscheidungen des Kreistages nach Satz 2 und 3 stimmt der Landrat nicht mit. Erfolgt keine Entscheidung nach Satz 2 oder 3, gilt Satz 1. Bedienstete in Führungsfunktionen sind Leiter von Organisationseinheiten, die dem Landrat oder einem anderen Wahlbeamten oder diesem in der Führungsfunktion vergleichbaren Bediensteten unmittelbar unterstehen, mit Ausnahme von Bediensteten mit Aufgaben eines persönlichen Referenten oder Pressereferenten.

§ 52

Bedienstete des Kreises

(1) Die Bediensteten des Kreises müssen die für ihren Arbeitsbereich erforderlichen fachlichen Voraussetzungen erfüllen, insbesondere die Ablegung der vorgeschriebenen Prüfungen nachweisen.

(2) Der Stellenplan ist einzuhalten. Abweichungen sind nur zulässig, soweit sie aufgrund des Besoldungs- oder Tarifrechts zwingend erforderlich sind.

(3) Die nach geltendem Recht auszustellenden Urkunden für Beamte sowie Arbeitsverträge und sonstige schriftliche Erklärungen zur Regelung der Rechtsverhältnisse von Bediensteten bedürfen der Unterzeichnung durch den Landrat oder seinen allgemeinen Vertreter. Der Landrat kann die Unterschriftsbefugnis durch Dienstanweisung übertragen.“

Gegenüberstellung

19. In § 58 Absatz 1 werden die Wörter „und vom Kreisausschuß“ gestrichen.

20. In § 59 Absatz 1 werden die Sätze 2 bis 4 aufgehoben.

21. In § 61 Absatz 1 Satz 3 werden die Wörter „mit Zustimmung des Kreisausschusses“ gestrichen.

22. § 62 wird aufgehoben.

23. In § 64 werden die Wörter „§ 42 Buchstaben d und f“ durch die Wörter „§ 42 Absatz 2 Satz 2 und Absatz 3“ ersetzt.

Artikel 2 Änderung des Städteregion Aachen Gesetzes

In § 3 Absatz 2 des Städteregion Aachen Gesetzes vom 26. Februar 2008 (**GV. NRW. S. 162**), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 1. Oktober 2015 (**GV. NRW. S. 698**) geändert worden ist, werden die Wörter „, der Kreisausschuss führt die Bezeichnung „Städteregionsausschuss““ gestrichen.

Artikel 3 Änderung des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit

Das Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 1979 (GV. NRW. S. 621), das zuletzt durch Gesetz vom 3. Februar 2015 (**GV. NRW. S. 204**) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 10 Absatz 1 Satz 3 wird wie folgt gefasst:

„§ 59 Absatz 2 der Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen gilt entsprechend.“

2. § 13 wird wie folgt geändert:

a) Dem Absatz 2 wird folgender Satz angefügt:

„Im Übrigen gilt § 11 entsprechend.“

Gegenüberstellung

- b) Absatz 3 wird aufgehoben.
c) Absatz 4 wird Absatz 3.

Artikel 4 Änderung der Eingruppierungsverordnung

§ 3 der Eingruppierungsverordnung vom 9. Februar 1979 (GV. NRW. S. 97), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 20. Oktober 2015 (GV. NRW. S. 729) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:

„§ 3

1) Das Amt der Landrätin oder des Landrats ist in Besoldungsgruppe B 7 einzugruppieren.

(2) Die Ämter der übrigen Wahlbeamtinnen und Wahlbeamten auf Zeit der Kreise sind wie folgt einzugruppieren:

1. zur allgemeinen Vertreterin oder zum allgemeinen Vertreter der Landrätin oder des Landrats bestellte Beigeordnete sowie Kreisdirectorinnen und Kreisdirectoren in Besoldungsgruppe B 4/B 5 und
2. sonstige Beigeordnete in Besoldungsgruppe B 3/B 4.

Die Kreise dürfen die Höchstbesoldungsgruppe für das Amt nur in Anspruch nehmen, wenn die Wahlbeamtin oder der Wahlbeamte in dasselbe Amt wiederberufen ist, in dem sie oder er eine ganze Amtszeit abgeleistet hat. Das Amt der zur allgemeinen Vertreterin beziehungsweise des zum allgemeinen Vertreters der Landrätin oder des Landrats bestellten Beigeordneten und das Amt der Kreisdirectorin beziehungsweise des Kreisdirectors gelten als dasselbe Amt.“

Artikel 5 Übergangsregelung

Gegenüberstellung

| | |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| | <p>Die Rechtstellung der Kreisdirektoren, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes im Amt sind, bleibt für die Dauer ihrer laufenden Amtszeit unberührt. Sie nehmen die Rechte und Pflichten eines nach diesem Gesetz zum allgemeinen Vertreter des Landrats bestellten Beigeordneten wahr.</p> <p style="text-align: center;">Artikel 6 Inkrafttreten</p> <p>Dieses Gesetz tritt mit Beginn der Wahlperiode der im Jahr 2020 anlässlich der allgemeinen Kommunalwahlen gewählten kommunalen Vertretungen in Kraft. Die Landesregierung überprüft bis zum 31.12.2024 die Auswirkungen der Regelung in § 26 Absatz 1 Satz 5 und unterrichtet den Landtag.</p> <p>Düsseldorf, den 15. Dezember 2016</p> <p>Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen</p> <p>Die Ministerpräsidentin Hannelore Kraft Der Minister</p> <p>für Inneres und Kommunales Ralf Jäger</p> |
| <p style="text-align: center;">Artikel 3</p> <p style="text-align: center;">Änderung der Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen</p> <p>Die Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 646), die zuletzt durch Artikel 10 des Gesetzes vom 23. Januar 2018 (GV. NRW. S. 90) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:</p> | <p style="text-align: center;">Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (KrO NRW)</p> |

Gegenüberstellung

| | § 22 Einwohnerantrag |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| | <p>(1) Einwohner, die seit mindestens drei Monaten im Kreis wohnen und das 14. Lebensjahr vollendet haben, können beantragen, daß der Kreistag über eine bestimmte Angelegenheit, für die er gesetzlich zuständig ist, berät und entscheidet.</p> <p>(2) Der Antrag muß schriftlich eingereicht werden. Er muß ein bestimmtes Begehren und eine Begründung enthalten. Er muß bis zu drei Personen benennen, die berechtigt sind, die Unterzeichnenden zu vertreten. Die Verwaltung ist in den Grenzen ihrer Verwaltungskraft ihren Einwohnern bei der Einleitung eines Einwohnerantrages behilflich.</p> |
| <p>1. § 22 Absatz 3 wird wie folgt gefasst:</p> <p>„(3) Ein Einwohnerantrag muss von mindestens 4 Prozent der Einwohner unterzeichnet sein, höchstens jedoch von 8 000 Einwohnern. § 4 Absatz 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666) in der jeweils geltenden Fassung gilt entsprechend.“</p> | <p>(3) Ein Einwohnerantrag muß von mindestens 4 vom Hundert der Einwohner unterzeichnet sein, höchstens jedoch von 8 000, Einwohnern.</p> |
| | <p>(4) Jede Liste mit Unterzeichnungen muß den vollen Wortlaut des Antrags enthalten. Eintragungen, welche die Person des Unterzeichners nach Namen, Vornamen, Geburtsdatum und Anschrift nicht zweifelsfrei erkennen lassen, sind ungültig. Die Angaben werden vom Kreis geprüft.</p> <p>(5) Der Antrag ist nur zulässig, wenn nicht in derselben Angelegenheit innerhalb der letzten zwölf Monate bereits ein Antrag gestellt wurde.</p> <p>(6) Die Voraussetzungen der Absätze 1</p> |

Gegenüberstellung

| | |
|-----------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| | <p>bis 5 müssen im Zeitpunkt des Eingangs des Antrags beim Kreis erfüllt sein.</p> <p>(7) Der Kreistag stellt unverzüglich fest, ob der Einwohnerantrag zulässig ist. Er hat unverzüglich darüber zu beraten und zu entscheiden, spätestens innerhalb von vier Monaten nach seinem Eingang. Den Vertretern des Einwohnerantrags soll Gelegenheit gegeben werden, den Antrag in der Kreistagssitzung zu erläutern.</p> <p>(8) Das für Inneres zuständige Ministerium kann durch Rechtsverordnung das Nähere über die Durchführung des Einwohnerantrags regeln.</p> |
| <p>2. § 23 wird wie folgt geändert:</p> | |
| | <p>§ 23 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid</p> |
| | <p>(1) Die Bürger der kreisangehörigen Gemeinden können beantragen (Bürgerbegehren), daß sie anstelle des Kreistags über eine Angelegenheit des Kreises selbst entscheiden (Bürgerentscheid). Der Kreistag kann mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Mitglieder beschließen, dass über eine Angelegenheit des Kreises ein Bürgerentscheid stattfindet (Kreistagsbürgerentscheid). Absatz 2 Satz 1 sowie die Absätze 5, 7, 8 und 9 gelten entsprechend.</p> |
| | <p>(2) Das Bürgerbegehren muss schriftlich eingereicht werden und die zur Entscheidung zu bringende Frage sowie eine Begründung enthalten. Es muss bis zu drei Bürger der zum Kreis gehörenden Gemeinden benennen, die berechtigt sind, die Unterzeichnenden zu vertreten (Vertretungsberechtigte). Bürger, die beabsichtigen, ein Bürgerbegehren durchzuführen, teilen dies der Verwaltung schriftlich mit. Die Verwaltung ist in den Grenzen ihrer Verwaltungskraft ihren Bürgern</p> |

G e g e n ü b e r s t e l l u n g

| | |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p>a) Dem Absatz 2 werden folgende Sätze angefügt:</p> <p>„Wenn die Vertretungsberechtigten nach Satz 2 mit der schriftlichen Mitteilung des Bürgerbegehrens nach Satz 3 zugleich beantragen zu entscheiden, ob das Bürgerbegehren mit Ausnahme der Voraussetzungen des Absatzes 4 zulässig ist, hat der Kreistag hierüber unverzüglich zu entscheiden. Absatz 6 Satz 3 gilt entsprechend. Gleichzeitig mit der Entscheidung ist den Vertretungsberechtigten die Kostenschätzung der Verwaltung mitzuteilen.“</p> | <p>bei der Einleitung eines Bürgerbegehrens behilflich. Sie teilt den Vertretungsberechtigten schriftlich eine Einschätzung der mit der Durchführung der verlangten Maßnahme verbundenen Kosten (Kostenschätzung) mit. Die Kostenschätzung der Verwaltung ist bei der Sammlung der Unterschriften nach Absatz 4 anzugeben.</p> |
| <p>b) In Absatz 3 Satz 3 werden nach der Angabe „Satz 5“ die Wörter „beziehungsweise bis zur Bekanntgabe der Entscheidung nach Absatz 2 Satz 7“ eingefügt.</p> | <p>(3) Richtet sich ein Bürgerbegehren gegen einen Beschluß des Kreistags, muß es innerhalb von sechs Wochen nach der Bekanntmachung des Beschlusses eingereicht sein. Gegen den Beschluß, der nicht der Bekanntmachung bedarf, beträgt die Frist drei Monate nach dem Sitzungstag. Nach der schriftlichen Mitteilung nach Absatz 2 Satz 3 ist der Ablauf der Fristen aus Satz 1 und Satz 2 bis zur Mitteilung der Verwaltung nach Absatz 2 Satz 5 gehemmt.</p> |
| <p>c) In Absatz 4 werden nach Satz 1 fol-</p> | <p>(4) Ein Bürgerbegehren muss in einem Kreis</p> <p>bis 200 000 Ein- von 5 % wohner</p> <hr/> <p>mit mehr als 200 000 Einwohnern,</p> <hr/> <p>aber nicht mehr von 4 %, als als 500 000 Einwohnern</p> <hr/> <p>mit mehr als 500 von 3 % 000 Einwohnern</p> |

Gegenüberstellung

| | |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p>gende Sätze eingefügt:</p> <p>„Maßgeblich ist die bei der letzten allgemeinen Kommunalwahl festgestellte Zahl der Wahlberechtigten. Für die Zahl der Einwohner gilt § 4 Absatz 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der jeweils geltenden Fassung entsprechend.“</p> | <p>der Bürger der kreisangehörigen Gemeinden unterzeichnet sein. Die Angaben werden vom Kreis geprüft. Im übrigen gilt § 22 Abs. 4 entsprechend</p> |
| | <p>(5) Ein Bürgerbegehren ist unzulässig über</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die innere Organisation der Kreisverwaltung, 2. die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Kreistages, der Mitglieder des Kreisausschusses und der Mitglieder der Ausschüsse sowie der Bediensteten des Kreises, 3. die Haushaltssatzung, die Eröffnungsbilanz, den Jahresabschluss und den Gesamtabchluss des Kreises (einschließlich der Wirtschaftspläne und des Jahresabschlusses der Eigenbetriebe) sowie die kommunalen Abgaben und die privatrechtlichen Entgelte, 4. Angelegenheiten, die im Rahmen eines Planfeststellungsverfahrens oder eines förmlichen Verwaltungsverfahrens mit Öffentlichkeitsbeteiligung oder eines abfallrechtlichen, immissionsschutzrechtlichen, wasserrechtlichen oder vergleichbaren Zulassungsverfahrens zu entscheiden sind. <p>Ein Bürgerbegehren darf nur Angelegenheiten zum Gegenstand haben, über die innerhalb der letzten zwei Jahre nicht bereits ein Bürgerentscheid durchgeführt</p> |

G e g e n ü b e r s t e l l u n g

| | |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| | worden ist. |
| <p>d) Absatz 6 wird wie folgt geändert:</p> <p>aa) Nach Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:</p> <p style="padding-left: 40px;">„Liegt bereits eine Entscheidung nach Absatz 2 Satz 7 vor, so entscheidet der Kreistag lediglich darüber, ob die Voraussetzungen des Absatzes 4 vorliegen.“</p> <p>bb) In dem neuen Satz 7 werden nach den Wörtern „des Bürgerbegehrens“ die Wörter „nach Satz 1 beziehungsweise Satz 2“ eingefügt.</p> | <p>(6) Der Kreistag stellt unverzüglich fest, ob das Bürgerbegehren zulässig ist. Gegen die ablehnende Entscheidung des Kreistages können nur die Vertreter des Bürgerbegehrens nach Absatz 2 Satz 2 einen Rechtsbehelf einlegen. Entspricht der Kreistag dem zulässigen Bürgerbegehren nicht, so ist innerhalb von drei Monaten ein Bürgerentscheid durchzuführen. Entspricht der Kreistag dem Bürgerbegehren, so unterbleibt der Bürgerentscheid. Den Vertretern des Bürgerbegehrens soll Gelegenheit gegeben werden, den Antrag in der Sitzung des Kreistags zu erläutern. Ist die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens festgestellt, darf bis zur Feststellung des Ergebnisses des Bürgerentscheids eine dem Begehren entgegenstehende Entscheidung der Kreisorgane nicht mehr getroffen oder mit dem Vollzug einer derartigen Entscheidung nicht mehr begonnen werden, es sei denn, zu diesem Zeitpunkt haben rechtliche Verpflichtungen des Kreises hierzu bestanden (Sperrwirkung des zulässigen Bürgerbegehrens).</p> |
| | <p>(7) Bei einem Bürgerentscheid kann über die gestellte Frage nur mit Ja oder Nein abgestimmt werden. Die Frage ist in dem Sinne entschieden, in dem sie von der Mehrheit der gültigen Stimmen beantwortet wurde, sofern diese Mehrheit in Kreisen mit</p> <p style="padding-left: 100px;">bis zu 200.000 Einwohnern mindestens 20 Prozent,</p> <p style="padding-left: 100px;">über 200.000 bis zu 500.000 Einwohnern mindestens 15 Prozent,</p> <p style="padding-left: 100px;">mehr als 500.000 Einwoh-</p> |

Gegenüberstellung

| | |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p>e) Nach Absatz 7 Satz 2 wird folgender Satz eingefügt:</p> <p>„§ 4 Absatz 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen gilt entsprechend.“</p> | <p style="text-align: center;">nern mindestens 10 Prozent</p> <p>der Bürger beträgt.</p> <p>Bei Stimmengleichheit gilt die Frage als mit Nein beantwortet. Sollen an einem Tag mehrere Bürgerentscheide stattfinden, hat der Kreistag eine Stichfrage für den Fall zu beschließen, dass die gleichzeitig zur Abstimmung gestellten Fragen in einer miteinander nicht zu vereinbarenden Weise beantwortet werden (Stichentscheid). Es gilt dann diejenige Entscheidung, für die sich im Stichentscheid die Mehrheit der gültigen Stimmen ausspricht. Bei Stimmengleichheit im Stichentscheid gilt der Bürgerentscheid, dessen Frage mit der höchsten Stimmenzahl mehrheitlich beantwortet worden ist.</p> |
| | <p>(8) Der Bürgerentscheid hat die Wirkung eines Kreistagsbeschlusses. Vor Ablauf von zwei Jahren kann er nur auf Initiative des Kreistags durch einen neuen Bürgerentscheid abgeändert werden.</p> |
| | <p>(9) Das für Inneres zuständige Ministerium kann durch Rechtsverordnung das Nähere über die Durchführung des Bürgerbegehrens und des Bürgerentscheids regeln.</p> |
| | <p style="text-align: center;">§ 30 Entschädigung der Kreistagsmitglieder</p> |
| | <p>(1) Ein Kreistagsmitglied im Kreistag, ein Kreistagsmitglied im Kreisausschuss oder ein Mitglied in einem Ausschuss hat Anspruch auf Ersatz des Verdienstaufalles, der ihm durch die Mandatsausübung entsteht, soweit sie während der Arbeitszeit erforderlich ist. Entgangener Verdienst aus Nebentätigkeiten und Verdienst, der außerhalb der Arbeitszeit hätte erzielt</p> |

Gegenüberstellung

| | |
|-------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| | <p>werden können, bleibt außer Betracht.</p> <p>(2) Als Ersatz des Verdienstausfalls wird mindestens ein in einer Rechtsverordnung nach Absatz 7 festzulegender Regelstundensatz gezahlt, es sei denn, daß ersichtlich keine finanziellen Nachteile entstanden sind. In der Hauptsatzung kann ein höherer Regelstundensatz festgelegt werden. Darüber hinaus wird in folgenden Fällen eine höhere Entschädigung gezahlt:</p> <ol style="list-style-type: none">1. Abhängig Erwerbstätigen wird auf Antrag anstelle des Regelstundensatzes der tatsächlich entstandene und nachgewiesene Verdienstaufschlag ersetzt;2. Selbständige erhalten auf Antrag anstelle des Regelstundensatzes eine Verdienstaufschlagpauschale je Stunde, die im Einzelfall auf der Grundlage des glaubhaft gemachten Einkommens nach billigem Ermessen festgesetzt wird. <p>In der Rechtsverordnung nach Absatz 7 ist ein einheitlicher Höchstbetrag festzulegen, der bei dem Ersatz des Verdienstaufschlags je Stunde nicht überschritten werden darf.</p> |
| 3. § 30 Absatz 3 wird wie folgt geändert: | <p>(3) Personen, die</p> <ol style="list-style-type: none">1. einen Haushalt mita) mindestens zwei Personen, von denen mindestens eine ein Kind unter 14 Jahren oder eine anerkannt pflegebedürftige Person nach § 14 SGB XI ist, oderb) mindestens drei Personen führen und |

Gegenüberstellung

| | |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p>a) In Satz 1 werden nach der Angabe „Satz 1“ die Wörter „beziehungsweise Absatz 2 Satz 2“ eingefügt.</p> <p>b) Satz 2 wird aufgehoben.</p> <p>c) Folgender Satz wird angefügt: „Absatz 2 Satz 4 gilt entsprechend.“</p> | <p>2. nicht oder weniger als 20 Stunden je Woche erwerbstätig sind, erhalten für die mandatsbedingte Abwesenheit vom Haushalt den Regelstundensatz nach Absatz 2 Satz 1. Absatz 2 Satz 3 gilt entsprechend. Statt des Regelstundensatzes werden auf Antrag die notwendigen Kosten für eine Vertretung im Haushalt ersetzt.</p> |
| | <p>(4) Ist während der mandatsbedingten Abwesenheit vom Haushalt eine entgeltliche Kinderbetreuung notwendig, werden die nachgewiesenen Kosten auf Antrag erstattet. Kinderbetreuungskosten werden nicht für Zeiträume erstattet, für die Entschädigung nach Absatz 2 oder 3 geleistet wird. Die Hauptsatzung kann die näheren Einzelheiten regeln.</p> <p>(5) Unabhängig von einem Anspruch auf Verdienstausfall besteht ein Anspruch auf angemessene Aufwandsentschädigung nach folgenden Maßgaben:</p> <ol style="list-style-type: none">1. Einem Kreistagsmitglied kann die Aufwandsentschädigung teilweise als Sitzungsgeld für Kreistags-, Kreisausschuss-, Ausschuss- und Fraktionssitzungen gezahlt werden.2. Ein Ausschussmitglied, das nicht Kreistagsmitglied ist (sachkundiger Bürger), erhält ein Sitzungsgeld für die im Rahmen seiner Mandatsausübung erforderliche Teilnahme an Kreisausschuss-, Ausschuss- und Fraktionssitzungen.3. Ein stellvertretendes Ausschussmitglied, das nicht Kreistagsmitglied ist, erhält unabhängig vom Eintritt des Vertretungsfalles für die im Rahmen seiner Mandatsausübung erforderliche Teilnahme an Kreisausschuss-, Ausschuss- und Fraktionssitzungen. |

Gegenüberstellung

| | |
|--|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| | <p>derliche Teilnahme an Fraktionssitzungen ein Sitzungsgeld.</p> <p>(6) Fraktionssitzungen sind auch Sitzungen von Teilen einer Fraktion (Fraktionsvorstand, Fraktionsarbeitskreise). Die Zahl der ersatzpflichtigen Fraktionssitzungen pro Jahr ist in der Hauptsatzung zu beschränken.</p> <p>(7) Das für Inneres zuständige Ministerium bestimmt durch Rechtsverordnung</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Höhe des Regelstundensatzes und des Höchstbetrages nach Absatz 2, 2. die Höhe der monatlichen Aufwandsentschädigung sowie die Höhe der Sitzungsgelder, 3. die Fahrtkostenerstattung und den Ersatz von Auslagen neben der Aufwandsentschädigung. <p>Die Höhe der Aufwandsentschädigung und der Sitzungsgelder ist zu Beginn und mit Ablauf der Hälfte der Wahlperiode anzupassen. Grundlage dafür ist die Preisentwicklung ausgewählter Waren und Leistungen im Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte seit dem Zeitpunkt der vorangegangenen Anpassung der Höhe der Aufwandsentschädigung und der Sitzungsgelder. Die Höhe des Regelstundensatzes und des Höchstbetrages wird zu Beginn und zur Mitte der Wahlperiode im Hinblick auf ihre Angemessenheit überprüft.</p> |
| | <p>§ 45 Abwahl des Landrats</p> |
| | <p>(1) Der Landrat kann von den Bürgern der kreisangehörigen Gemeinden vor Ablauf seiner Amtszeit abgewählt werden. Zur Einleitung des Abwahlverfahrens be-</p> |

Gegenüberstellung

| | |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p>4. In § 45 Absatz 1 Satz 2 wird der Nummer 2 folgender Satz angefügt:</p> <p>„§ 23 Absatz 4 Satz 2 gilt entsprechend.“</p> | <p>darf es</p> <p>1. eines von mindestens der Hälfte der gesetzlichen Zahl der Kreistagsmitglieder gestellten Antrags und eines mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Kreistagsmitglieder zu fassenden Beschlusses. Zwischen dem Eingang des Antrags und dem Beschluss des Kreistags muss eine Frist von mindestens zwei Wochen liegen. Über den Antrag auf Einleitung des Abwahlverfahrens ist ohne Aussprache namentlich abzustimmen;</p> <p>oder</p> <p>2. eines von mindestens 15 Prozent der wahlberechtigten Bürger der kreisangehörigen Gemeinden gestellten Antrags.</p> <p>Der Landrat ist abgewählt, wenn sich für die Abwahl eine Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen der wahlberechtigten Bürger ergibt, sofern diese Mehrheit mindestens 25 Prozent der Wahlberechtigten beträgt. Für das weitere Verfahren gelten die Vorschriften des Kommunalwahlgesetzes entsprechend. Der Landrat scheidet mit dem Ablauf des Tages, an dem der Wahlausschuss die Abwahl feststellt, aus seinem Amt. Die Aufsichtsbehörde kann für die Dauer des Abwahlverfahrens das Ruhen der Amtsgeschäfte des Landrats anordnen, wenn zwei Drittel der gesetzlichen Zahl der Kreistagsmitglieder dies beantragen.</p> |
| | <p>(2) Der Landrat kann binnen einer Woche</p> <p>1. nach dem Beschluss gemäß Absatz 1 Satz 2 Nummer 1</p> |

Gegenüberstellung

| | |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| | <p>oder</p> <p>2. nach Feststellung der Zulässigkeit des Antrags nach Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 durch den Kreistag</p> <p>auf die Entscheidung der Bürger über seine Abwahl verzichten. Der Verzicht ist schriftlich gegenüber dem Stellvertreter zu erklären. Mit dem Ablauf des Tages, an dem dieser Verzicht dem Stellvertreter zugeht, gilt die Abwahl als erfolgt.</p> <p>(3) Der Antrag nach Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 ist schriftlich beim Kreistag einzureichen und muss das Begehren zweifelsfrei erkennen lassen. Er muss bis zu drei Bürger benennen, die berechtigt sind, die Unterzeichnenden zu vertreten. § 22 Absatz 4 gilt entsprechend. Die Unterzeichnenden müssen an dem von ihnen anzugebenden Tag ihrer Unterschrift wahlberechtigt sein. Die Unterschriften dürfen bei Eingang des Antrags nicht älter als vier Monate sein. Nach Antragseingang eingereichte Unterschriftenlisten werden nicht mehr berücksichtigt. Der Kreistag stellt unverzüglich fest, ob der Antrag zulässig ist. Gegen die ablehnende Entscheidung des Kreistages können nur die Vertreter des Antrags nach Satz 2 Klage erheben.</p> |
| | <p>§ 47 Bestellung des allgemeinen Vertreters</p> |
| <p>5. § 47 Absatz 1 Satz 3 wird wie folgt gefasst:</p> <p>„Der gewählte allgemeine Vertreter des Landrats führt die Amtsbezeichnung Kreisdirektor und muss über die Befähigung zum Richteramt oder zur Laufbahn des allgemeinen Verwaltungsdienstes im Land Nordrhein-Westfalen in der Laufbahngruppe 2, zweites Einstiegsamt, sowie über eine</p> | <p>(1) Der Kreistag bestellt widerruflich aus den leitenden hauptamtlichen Beamten des Kreises einen allgemeinen Vertreter des Landrats. Die Hauptsatzung kann bestimmen, daß der allgemeine Vertreter des Landrats durch den Kreistag für die Dauer von acht Jahren gewählt wird. Der gewählte allgemeine Vertreter des Landrats führt die Amtsbezeichnung Kreisdirektor und muß über die Befähigung zum</p> |

Gegenüberstellung

| | |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p>mehrfährige praktische Erfahrung in einer dem Amt angemessenen hauptamtlichen Verwaltungstätigkeit verfügen.“</p> | <p>Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst sowie über eine mehrjährige praktische Erfahrung in einer dem Amt angemessenen hauptamtlichen Verwaltungstätigkeit verfügen. Die Bestellung oder die Wahl bedürfen der Bestätigung der Bezirksregierung.</p> |
| | <p>(2) Die Bestimmungen des § 71 der Gemeindeordnung über die Stellenausschreibung und die Wiederwahl finden entsprechende Anwendung.</p> <p>(3) Der Kreistag kann den nach Absatz 1 Satz 2 gewählten Kreisdirektor abberufen. Der Antrag kann nur von der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder gestellt werden. Zwischen dem Eingang des Antrags und der Sitzung des Kreistags muß eine Frist von mindestens sechs Wochen liegen. Über den Antrag ist ohne Aussprache abzustimmen. Der Beschluß über die Abberufung bedarf einer Mehrheit von zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Mitglieder. Der Nachfolger ist innerhalb einer Frist von sechs Monaten zu wählen.</p> <p>(4) Die Kreise sollen einen Beamten des Kreises zum Kämmerer bestellen.</p> |
| <p>6. § 56 wird wie folgt geändert:</p> | <p style="text-align: center;">§ 56 Kreisumlage</p> |
| | <p>(1) Soweit die sonstigen Erträge eines Kreises die entstehenden Aufwendungen nicht decken, ist eine Umlage nach den hierfür geltenden Vorschriften von den kreisangehörigen Gemeinden zu erheben (Kreisumlage). Ist die Haushaltssatzung des Kreises bei Beginn des Haushaltsjahres noch nicht bekannt gemacht, so darf die Kreisumlage ausschließlich nach dem Umlagesatz des Vorjahres auf Grundlage der dafür festgesetzten Umlagegrundlagen erhoben werden.</p> |
| <p>a) Absatz 2 Satz 4 wird aufgehoben.</p> | <p>(2) Die Kreisumlage ist für jedes Haushaltsjahr neu festzusetzen. Die Festsetzung der Umlagesätze bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde. Die</p> |

Gegenüberstellung

| | |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| | <p>Genehmigung kann unter Bedingungen und mit Auflagen erteilt werden. Vor der Genehmigung gibt die Aufsichtsbehörde den kreisangehörigen Gemeinden Gelegenheit zur Stellungnahme.</p> |
| <p>b) In Absatz 3 Satz 4 werden nach den Wörtern „Erhöhung des“ die Wörter „für das Haushaltsjahr bereits festgesetzten“ eingefügt.</p> | <p>(3) Der Umlagesatz kann einmal im Laufe des Haushaltsjahres geändert werden. Die Änderung des Umlagesatzes wirkt auf den Beginn des Haushaltsjahres zurück. Eine Erhöhung des Umlagesatzes der Kreisumlage ist nur zulässig, wenn unter Berücksichtigung des Rücksichtnahmegebotes nach § 9 Satz 2 alle anderen Möglichkeiten, den Kreishaushalt auszugleichen, ausgeschöpft sind. Im Falle einer Erhöhung des Umlagesatzes muss der Beschluss vor dem 30. Juni des Haushaltsjahres gefasst sein.</p> |
| | <p>(4) Handelt es sich um Einrichtungen des Kreises, die ausschließlich, in besonders großem oder in besonders geringem Maße einzelnen Teilen des Kreises zustatten kommen, so muß der Kreistag eine ausschließliche Belastung oder eine nach dem Umfang näher zu bestimmende Mehr oder Minderbelastung dieser Kreisteile beschließen. Absätze 2 und 3 gelten entsprechend. Soweit es sich um Einrichtungen des Kreises handelt, die dem öffentlichen Personennahverkehr oder dem öffentlichen Schienenverkehr dienen, kann der Kreistag von einem Beschluß nach Satz 1 absehen; Absatz 1 bleibt unberührt. Differenzen zwischen Plan und Ergebnis können im übernächsten Jahr ausgeglichen werden.</p> <p>(5) Nimmt der Kreis die Aufgaben der Jugendhilfe wahr, so hat er bei der Kreisumlage für kreisangehörige Gemeinden ohne eigenes Jugendamt eine einheitliche ausschließliche Belastung in Höhe der ihm durch die Aufgabe des Jugendamtes verursachten Aufwendungen festzusetzen; dies gilt auch für die Aufwendungen, die dem Kreis durch Einrichtungen der Jugendhilfe für diese Gemeinden entstehen. Differenzen zwischen Plan und Er-</p> |

Gegenüberstellung

| | |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| | <p>gebnis können im übernächsten Jahr ausgeglichen werden.</p> <p>(6) Der Kreis kann den infolge der Mitgliedschaft in einem Zweckverband auf Grund Regionalisierungsgesetzes NW, in einem Verkehrsverbund oder in einer Verkehrsgemeinschaft von ihm aufzubringenden Umlagebetrag in entsprechender Anwendung des Absatzes 4 auf die kreisangehörigen Gemeinden umlegen.</p> |
| <p>Artikel 4</p> <p>Änderung der Landschaftsverbandsordnung für das Land Nordrhein-Westfalen</p> <p>Die Landschaftsverbandsordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 657), die zuletzt durch Artikel 13 des Gesetzes vom 23. Januar 2018 (GV. NRW. S. 90) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:</p> | <p>Landschaftsverbandsordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (LVerbO)</p> |
| | <p>§ 20</p> <p>Direktor des Landschaftsverbandes, Landesräte und sonstige Bedienstete</p> |
| | <p>(1) Dem Direktor des Landschaftsverbandes werden zur Mitwirkung bei der Erledigung der Dienstgeschäfte und zur Vertretung in bestimmten Geschäftsbereichen leitende Beamte (Landesräte) beigeordnet; ihre Zahl wird durch Satzung und Stellenplan festgelegt. Allgemeiner Vertreter des Direktors des Landschaftsverbandes ist der Erste Landesrat. Im Übrigen richtet sich die Vertretung und Geschäftsverteilung nach der vom Landschaftsausschuß zu erlassenden Geschäftsordnung.</p> |
| <p>1. § 20 Absatz 2 Satz 3 wird wie folgt gefasst:</p> <p>„Der Direktor des Landschaftsverband-</p> | <p>(2) Der Direktor des Landschaftsverbandes und die Landesräte werden für die Dauer von acht Jahren gewählt. Die Stellen sind öffentlich auszuschreiben. Der Direktor des Landschaftsverbandes oder</p> |

Gegenüberstellung

| | |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p>des oder einer der Landesräte muss die Befähigung zum Richteramt oder zur Laufbahn des allgemeinen Verwaltungsdienstes im Land Nordrhein-Westfalen in der Laufbahngruppe 2, zweites Einstiegsamt, besitzen.“</p> | <p>einer der Landesräte muß die Befähigung zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst besitzen. Die Bestimmungen des § 71 der Gemeindeordnung über die Wiederwahl sowie des § 72 der Gemeindeordnung finden entsprechende Anwendung.</p> |
| | <p>(3) Die Landschaftsversammlung kann den Direktor des Landschaftsverbandes und Landesräte abberufen. Der Antrag kann nur von der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder gestellt werden. Zwischen dem Eingang des Antrags und der Sitzung der Landschaftsversammlung muß eine Frist von mindestens sechs Wochen liegen. Über den Antrag ist ohne Aussprache abzustimmen. Der Beschluß über die Abberufung bedarf einer Mehrheit von zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Mitglieder. Der Nachfolger ist innerhalb einer Frist von sechs Monaten zu wählen.</p> <p>(4) Dienstvorgesetzter des Direktors des Landschaftsverbandes ist der Landschaftsausschuß, Dienstvorgesetzter aller übrigen Bediensteten des Landschaftsverbandes ist der Direktor des Landschaftsverbandes. Die Beamten des Landschaftsverbandes werden aufgrund eines Beschlusses des Landschaftsausschusses vom Direktor des Landschaftsverbandes ernannt, befördert und entlassen. Die arbeits- und tarifrechtlichen Entscheidungen für die Beschäftigten trifft der Direktor des Landschaftsverbandes. Die Satzung kann eine andere Regelung treffen. Der Stellenplan ist einzuhalten; Abweichungen sind nur zulässig, soweit sie aufgrund des Besoldungs- oder Tarifrechts zwingend erforderlich sind. Die Rechtsverhältnisse der Bediensteten des Landschaftsverbandes bestimmen sich im übrigen nach den Vorschriften des allgemeinen Beamten- und des Tarifrechts.</p> |
| | <p>§ 22 Landschaftsverbandsumlage</p> |

Gegenüberstellung

| | |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 2. § 22 wird wie folgt geändert: | |
| | (1) Die Landschaftsverbände erheben nach den hierfür geltenden Vorschriften von den kreisfreien Städten und Kreisen eine Umlage, soweit ihre sonstigen Erträge zur Deckung der Aufwendungen im Ergebnisplan nicht ausreichen (Landschaftsumlage). Ist die Haushaltssatzung des Landschaftsverbandes bei Beginn des Haushaltsjahres noch nicht bekannt gemacht, so darf die Landschaftsumlage ausschließlich nach dem Umlagesatz des Vorjahres auf Grundlage der dafür festgesetzten Umlagegrundlagen erhoben werden. |
| a) Absatz 2 Satz 4 wird aufgehoben. | (2) Die Landschaftsumlage ist für jedes Haushaltsjahr neu festzusetzen. Die Festsetzung des Umlagesatzes bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde. Die Genehmigung kann unter Bedingungen und mit Auflagen erteilt werden. Vor der Genehmigung gibt die Aufsichtsbehörde den Mitgliedskörperschaften Gelegenheit zur Stellungnahme. |
| b) In Absatz 3 Satz 4 werden nach den Wörtern „Erhöhung des“ die Wörter „für das Haushaltsjahr bereits festgesetzten“ eingefügt. | (3) Der Umlagesatz kann einmal im Laufe des Haushaltsjahres geändert werden. Die Änderung des Umlagesatzes wirkt auf den Beginn des Haushaltsjahres zurück. Eine Erhöhung des Umlagesatzes der Landschaftsumlage ist nur zulässig, wenn unter Berücksichtigung des Rücksichtnahmegebotes nach § 9 Satz 2 der Kreisordnung alle anderen Möglichkeiten, den Haushalt des Landschaftsverbandes auszugleichen, ausgeschöpft sind. Im Falle einer Erhöhung des Umlagesatzes muss der Beschluss vor dem 30. Juni des Haushaltsjahres gefasst sein. |
| | (4) § 55 der Kreisordnung findet entsprechende Anwendung. |
| <p style="text-align: center;">Artikel 5</p> <p style="text-align: center;">Änderung des Gesetzes über den Regionalverband Ruhr</p> <p>Das Gesetz über den Regionalverband Ruhr in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Februar 2004 (GV. NRW.</p> | <p style="text-align: center;">Gesetz über den Regionalverband Ruhr (RVRG)</p> |

G e g e n ü b e r s t e l l u n g

| | |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p>S. 96), das zuletzt durch Artikel 11 des Gesetzes vom 23. Januar 2018 (GV. NRW. S. 90) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:</p> | |
| | <p>§ 16 Regionaldirektorin; Regionaldirektor; Beigeordnete; dienstrechtliche Ent- scheidungen</p> |
| | <p>(1) Die Regionaldirektorin oder der Regionaldirektor sowie die Beigeordneten, deren Zahl durch Satzung festgelegt wird, werden für die Dauer von acht Jahren gewählt. Für ihre dienstrechtliche Stellung gelten die beamtenrechtlichen Vorschriften, soweit dieses Gesetz nichts anderes bestimmt. Die Stellen sind öffentlich auszuscheiden.</p> |
| <p>1. § 16 Absatz 2 Satz 1 wird wie folgt gefasst:</p> <p>„Die Regionaldirektorin oder der Regionaldirektor oder eine Beigeordnete oder ein Beigeordneter muss die Befähigung zum Richteramt oder zur Laufbahn des allgemeinen Verwaltungsdienstes im Land Nordrhein-Westfalen in der Laufbahngruppe 2, zweites Einstiegsamt, besitzen.“</p> | <p>(2) Die Regionaldirektorin oder der Regionaldirektor oder eine Beigeordnete oder ein Beigeordneter muss die Befähigung zum Richteramt oder zum höheren allgemeinen Verwaltungsdienst besitzen. Die Beigeordneten müssen die für ihr Amt erforderlichen fachlichen Voraussetzungen erfüllen und eine ausreichende Erfahrung für das Amt nachweisen. Die Bestimmung des § 71 Absatz 2 und 5 über die Wiederwahl der Beigeordneten sowie § 72 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen finden entsprechend Anwendung.</p> |
| | <p>(3) Die Verbandsversammlung bestellt eine Beigeordnete oder einen Beigeordneten zur allgemeinen Vertretung der Regionaldirektorin oder des Regionaldirektors. Die übrigen Beigeordneten sind zur allgemeinen Vertretung der Regionaldirektorin oder des Regionaldirektors nur berufen, wenn die oder der zur allgemeinen Vertretung bestellte Beigeordnete verhindert ist; die weitere Reihenfolge der Vertretung und die Geschäftsverteilung bestimmt der Verbandsausschuss. Die Beigeordneten vertreten die Regionaldirektorin oder den Regionaldirektor in ih-</p> |

Gegenüberstellung

| | |
|-----------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| | <p>rem Geschäftsbereich.</p> <p>(4) Die Verbandsversammlung kann die Regionaldirektorin oder den Regionaldirektor und die Beigeordneten abberufen. Der Antrag kann nur von der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der stimmberechtigten Mitglieder gestellt werden. Zwischen dem Eingang des Antrags und der Sitzung der Verbandsversammlung muss eine Frist von mindestens sechs Wochen liegen. Über den Antrag ist ohne Aussprache abzustimmen. Der Beschluss über die Abberufung bedarf einer Mehrheit von zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der stimmberechtigten Mitglieder. Die Nachfolgerin oder der Nachfolger sind nach erfolgter Ausschreibung der Stelle innerhalb einer Frist von sechs Monaten zu wählen.</p> <p>(5) Dienstvorgesetzter der Regionaldirektorin oder des Regionaldirektors ist der Verbandsausschuss. Dienstvorgesetzte oder Dienstvorgesetzter der übrigen Beamtinnen und Beamten und Beschäftigten ist die Regionaldirektorin oder der Regionaldirektor. Die Rechtsverhältnisse der Beamtinnen und Beamten und Beschäftigten des Verbandes bestimmen sich im Übrigen nach den Vorschriften des allgemeinen Beamten- und Tarifrechts.</p> |
| | <p>§ 19 Finanzierung der Verbandsaufgaben</p> |
| <p>2. § 19 wird wie folgt geändert:</p> | |
| | <p>(1) Der Verband erhebt nach den hierfür geltenden Vorschriften von den Mitglieds Körperschaften eine Umlage, soweit seine sonstigen Erträge zur Deckung der Aufwendungen im Ergebnisplan nicht ausreichen (Verbandsumlage). Er kann zur Finanzierung seiner Aufgaben Empfänger von zweckgebundenen Zuweisungen aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz sein. Ist die Haushaltssatzung des Regionalverbandes Ruhr bei Beginn des Haus-</p> |

Gegenüberstellung

| | |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| | <p>haushaltsjahres noch nicht bekannt gemacht, so darf die Verbandsumlage ausschließlich nach dem Umlagesatz des Vorjahres auf Grundlage der dafür festgesetzten Umlagegrundlagen erhoben werden.</p> |
| <p>a) Absatz 2 Satz 4 wird aufgehoben.</p> | <p>(2) Die Verbandsumlage ist für jedes Haushaltsjahr neu festzusetzen. Die Festsetzung des Umlagesatzes bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde. Die Genehmigung kann unter Bedingungen und mit Auflagen erteilt werden. Vor der Genehmigung gibt die Aufsichtsbehörde den Mitgliedskörperschaften Gelegenheit zur Stellungnahme.</p> |
| <p>b) Absatz 3 wird wie folgt geändert:</p> <p>aa) In Satz 3 werden die Wörter „die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 19. Dezember 2013 (GV. NRW. S. 878) geändert worden ist,“ durch die Wörter „in der jeweils geltenden Fassung“ ersetzt.</p> <p>bb) In Satz 4 werden nach den Wörtern „Erhöhung des“ die Wörter „für das Haushaltsjahr bereits festgesetzten“ eingefügt.</p> | <p>(3) Der Umlagesatz kann einmal im Laufe des Haushaltsjahres geändert werden. Die Änderung des Umlagesatzes wirkt auf den Beginn des Haushaltsjahres zurück. Eine Erhöhung des Umlagesatzes der Verbandsumlage ist nur zulässig, wenn unter Berücksichtigung des Rücksichtnahmegebotes nach § 9 Satz 2 der Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 646), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 19. Dezember 2013 (GV. NRW. S. 878) geändert worden ist, alle anderen Möglichkeiten, den Haushalt des Verbandes auszugleichen, ausgeschöpft sind. Im Falle einer Erhöhung des Umlagesatzes muss der Beschluss vor dem 30. Juni des Haushaltsjahres gefasst sein.</p> |
| | <p>(4) Mit Ausnahme der Finanzierung der Aufgaben nach § 4 Absatz 1 und 3 kann die Umlagepflicht durch die Verbandsordnung auf einen Höchstbetrag beschränkt, differenziert oder ausgeschlossen werden; dies gilt insbesondere für die Finanzierung der vom Verband übernommenen Aufgaben nach § 4 Abs. 2. Handelt es sich um Einrichtungen des Verbandes, die ausschließlich, in besonders großem oder in besonders geringem Maße einzelner Mitgliedskörperschaften zustatten kommen, so soll die Verbandversammlung eine ausschließliche Belastung oder eine nach dem Umfang nä-</p> |

Gegenüberstellung

| | |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| | <p>her zu bestimmende Mehr- oder Minderbelastung dieser Mitgliedskörperschaften beschließen. Absatz 2 gilt entsprechend.</p> <p>(5) Bei der Festsetzung der Verbandsumlage sind die finanzielle Leistungsfähigkeit der Mitgliedskörperschaften und ihre Beteiligung am Finanz- und Lastenausgleich zu berücksichtigen.</p> |
| <p style="text-align: center;">Artikel 6</p> <p style="text-align: center;">Änderung des Gesetzes über den Landesverband Lippe</p> <p>Das Gesetz über den Landesverband Lippe vom 5. November 1948 (GV. NRW. 1949 S. 269), das zuletzt durch Artikel 12 des Gesetzes vom 23. Januar 2018 (GV. NRW. S. 90) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:</p> | <p style="text-align: center;">Gesetz über den Landesverband Lippe</p> |
| <p>1. § 11 wird wie folgt gefasst:</p> | |
| <p style="text-align: center;">„§ 11</p> <p>(1) Für die Haushaltswirtschaft des Landesverbandes ist der 8. Teil der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666) in der jeweils geltenden Fassung mit Ausnahme der Vorschriften über die Auslegung der Haushaltssatzung und des Jahresabschlusses sowie der § 75 Absatz 2 Satz 3, Absatz 3 und 4, § 76 Absatz 1 entsprechend anzuwenden. Wenn bei Aufstellung der Haushaltssatzung der Haushalt nicht ausgeglichen ist, kann die Aufsichtsbehörde die Erstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes anordnen. § 76 Absatz 2 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen gilt entsprechend. Die Prüfung des Landesverbandes obliegt dem Landesrechnungshof. Der Landesrechnungshof kann sich auf Kosten des Landesverbandes zur Durchführung der Prüfung der Eröffnungsbilanz sowie der Jahresabschlüsse der Gemeindeprü-</p> | <p style="text-align: center;">§ 11</p> <p>Für die Haushaltsführung, Rechnungslegung und Rechnungsprüfung des Landesverbandes ist das für das Land Nordrhein-Westfalen geltende Haushaltsrecht sinngemäß anzuwenden.</p> |

Gegenüberstellung

| | |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p>fungsanstalt bedienen.</p> <p>(2) Für die wirtschaftliche Betätigung des Landesverbandes sind die Regelungen der Landeshaushaltsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. April 1999 (GV. NRW. S. 158) in der jeweils geltenden Fassung entsprechend anzuwenden.</p> <p>(3) Zum Ausgleich des Aufwands, der sich durch die Umstellung auf das kommunale Haushaltsrecht ergibt, erhält der Landesverband im Jahr 2018 eine einmalige pauschale Abgeltung in Höhe von 150 000 Euro.“</p> | |
| <p>2. § 15 wird wie folgt gefasst:</p> | |
| <p style="text-align: center;">„§ 15</p> <p>(1) Zur Durchführung der Kassen- und Buchungsaufgaben kann sich der Landesverband der Unterstützung Dritter bedienen. Hierfür erhält der Landesverband ab dem Jahr 2019 eine jährliche pauschale Abgeltung vom Land nach Maßgabe des jeweiligen Haushaltsplans.</p> <p>(2) Für bauliche Angelegenheiten kann der Verband den Bau- und Liegenschaftsbetrieb des Landes Nordrhein-Westfalen in Anspruch nehmen.“</p> | <p style="text-align: center;">§ 15</p> <p>Die Kassenführung erfolgt durch die Regierungshauptkasse in Detmold. Die Gefälle sind im Verwaltungszwangsverfahren beiteilbar.</p> <p>Für bauliche Angelegenheiten kann der Verband das Staatshochbauamt in Detmold in Anspruch nehmen.</p> |
| | § 16 |
| <p>3. In § 16 Satz 1 werden die Wörter „den Regierungspräsidenten in“ durch die Wörter „die Bezirksregierung“ ersetzt.</p> | <p>Die Aufsicht über den Verband führt der Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen, der seine Befugnisse auf den Regierungspräsidenten in Detmold ganz oder teilweise übertragen kann. Der Verband hat über Fragen grundsätzlicher Bedeutung der Aufsichtsbehörde zu berichten.</p> |
| | § 17 |
| <p>4. In § 17 Nummer 1 wird die Angabe „DM“ durch das Wort „Euro“ ersetzt.</p> | <p>Die Genehmigung des Innenministers im Einvernehmen mit dem jeweilig beteiligten Fachminister ist erforderlich bei</p> <p>1. Erwerb und Veräußerung von Grundstücken im Werte von über 10 000 DM,</p> |

Gegenüberstellung

| | |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| | <p>2. Aufnahme von Darlehen außerhalb eines laufenden Kassenkredits,</p> <p>3. Belastung von Grundeigentum,</p> <p>4. Übernahme einer fremden Verbindlichkeit.</p> |
| <p style="text-align: center;">Artikel 7</p> <p style="text-align: center;">Änderung des Gemeindeprüfungsanstaltsgesetzes</p> <p>Das Gemeindeprüfungsanstaltsgesetz vom 30. April 2002 (GV. NRW. S. 160), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 23. Januar 2018 (GV. NRW. S. 90) geändert wurde, wird wie folgt geändert:</p> | <p style="text-align: center;">Gesetzes über die Gemeindeprüfungsanstalt (Gemeindeprüfungsanstaltsgesetz –GPAG</p> |
| | <p>§ 12</p> <p>Aufsicht</p> |
| | <p>(1) Die Gemeindeprüfungsanstalt untersteht der Rechtsaufsicht des Innenministeriums. §§ 121 bis 125, 127 und 128 der Gemeindeordnung gelten entsprechend.</p> |
| <p>Dem § 12 Absatz 2 werden folgende Sätze angefügt:</p> <p>„Satzungen können auch durch Bereitstellung im Internet entsprechend der Bekanntmachungsverordnung vom 26. August 1999 (GV. NRW. S. 516) in der jeweils geltenden Fassung mit der Maßgabe bekannt gemacht werden, dass auf die erfolgte Bereitstellung und die Internetadresse nachrichtlich im Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen hinzuweisen ist. Sie treten, wenn kein anderer Zeitpunkt in der Satzung bestimmt ist, am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.“</p> | <p>(2) Satzungen sind dem Innenministerium anzuzeigen. Sie sind im Ministerialblatt des Landes Nordrhein-Westfalen zu veröffentlichen</p> |
| <p style="text-align: center;">Artikel 8</p> <p style="text-align: center;">Änderung des Alten- und Pflegegesetzes Nordrhein-Westfalen</p> | <p style="text-align: center;">Alten- und Pflegegesetz Nordrhein-Westfalen</p> |

Gegenüberstellung

| | |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p>In § 8 Absatz 3 Satz 1 Nummer 9 des Alten- und Pflegegesetzes Nordrhein-Westfalen vom 2. Oktober 2014 (GV. NRW. S. 625), das durch Gesetz vom 15. November 2016 (GV. NRW. S. 974) geändert worden ist, werden nach dem Wort „Integrationsräte“ die Wörter „oder Integrationsausschüsse“ eingefügt.</p> | |
| | <p>§ 8 Kommunale Konferenz Alter und Pflege</p> |
| | <p>(1) Zur Umsetzung der in diesem Gesetz und in den §§ 8 und 9 des Elften Buches Sozialgesetzbuch beschriebenen Aufgaben richten die Kreise und kreisfreien Städte örtliche Konferenzen ein. Diese tagen in der Regel zweimal jährlich.</p> <p>(2) Die Konferenzen wirken mit bei der Sicherung und Weiterentwicklung der örtlichen Angebote. Hierzu gehören insbesondere:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Mitwirkung an der kommunalen Pflegeplanung, 2. die Mitwirkung an der Schaffung von altengerechten Quartiersstrukturen insbesondere unter Einbeziehung neuer Wohn- und Pflegeformen, 3. die Beratung stadt- beziehungsweise kreisübergreifender Gestaltungsnotwendigkeiten im Zusammenwirken mit den angrenzenden Kommunen, 4. die Mitwirkung beim Aufbau integrierter Unterstützungs-, Entlastungs- und Vernetzungsstrukturen für pflegende Angehörige, 5. die Beteiligung der Gruppen nach § 3 Absatz 1 an Fragen der zukünftigen Sicherung der Pflege in den Kommunen, 6. die Unterstützung der örtlichen Aufgabenkoordination, insbesondere im Be- |

Gegenüberstellung

| | |
|--|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| | <p>reich der Beratung und des Fallmanagements und</p> <p>7. die Beratung von Investitionsvorhaben bei teil- und vollstationären Pflegeeinrichtungen und, soweit die Kommune nicht von der Möglichkeit des § 11 Absatz 7 Gebrauch macht, einer diesbezüglichen Bedarfseinschätzung.</p> |
| | <p>(3) Mitglieder der örtlichen Konferenzen sind insbesondere:</p> <ol style="list-style-type: none">1. die jeweils einrichtende Kommune,2. in Kreisen die kreisangehörigen Gemeinden, die es wünschen,3. die Ombudspersonen nach § 16 des Wohn- und Teilhabegesetzes vom 2. Oktober 2014 (GV. NRW. S. 625), sowie Vertreterinnen oder Vertreter4. der vor Ort tätigen ambulanten und stationären Wohn- und Pflegeeinrichtungen bzw. -dienste,5. der entsprechenden Interessenvertretungen zur Mitwirkung und Mitbestimmung in den Pflegeeinrichtungen (Beiräte, Vertretungsgremien, Vertrauenspersonen),6. der Trägerinnen und Träger der gesetzlichen und privaten Pflegeversicherung,7. des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung,8. der kommunalen Seniorenvertretung,9. der kommunalen Integrationsräte und10. der örtlichen Selbsthilfegruppen und Interessenvertretungen von pflegebedürft- |

Gegenüberstellung

| | |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| | <p>tigen Menschen, Menschen mit Behinderungen, chronisch kranken Menschen, Angehörigen und Alten-Wohngemeinschaften sowie</p> <p>11. der örtlichen Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege.</p> <p>Andere an der Versorgung beteiligte Institutionen oder Organisationen (zum Beispiel Vertretungen der Wohnungswirtschaft und der Verbände der Pflegeberufe und Gewerkschaften) können beteiligt werden.</p> |
| | <p>(4) Die Berichte der Behörden nach § 14 Absatz 11 des Wohn- und Teilhabegesetzes sind regelmäßig in die Beratungen einzubeziehen.</p> <p>(5) Über die Ergebnisse der Beratungen der kommunalen Konferenzen Alter und Pflege ist dem zuständigen Ministerium zum 31. Dezember eines jeden Jahres zu berichten. Den Trägerinnen und Trägern ist zu ihren Investitionsvorhaben das etwaige Ergebnis der Beratung mitzuteilen.</p> |
| <p style="text-align: center;">Artikel 9</p> <p>Änderung des Gesetzes über die Zuständigkeit für die Festsetzung und Erhebung der Realsteuern</p> <p>§ 2 des Gesetzes über die Zuständigkeit für die Festsetzung und Erhebung der Realsteuern vom 16. Dezember 1981 (GV. NRW. S. 732) wird wie folgt geändert:</p> | <p>Gesetz über die Zuständigkeit für die Festsetzung und Erhebung der Realsteuern vom 16. Dezember 1981 (GV. NRW. 1981 S. 732)</p> |
| | <p>§ 2</p> |
| <p>1. Absatz 1 wird aufgehoben.</p> | <p>(1) Die Bekanntgabe oder Zustellung der von den Finanzämtern erlassenen Gewerbesteuermeßbescheide wird den heberechtigten Gemeinden übertragen. Die Finanzämter bleiben berechtigt, Gewerbesteuermeßbescheide selbst bekanntzugeben oder zuzustellen.</p> |
| <p>2. Absatz 2 wird Absatz 1 und in Satz 1 werden die Wörter „; in diesem Falle</p> | <p>(2) Der Finanzminister und der Innenminister werden ermächtigt, durch</p> |

Gegenüberstellung

| | |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p>obliegt den heheberechtigten Gemeinden auch die Fertigung der Meßbescheide“ gestrichen.</p> | <p>Rechtsverordnung zur Erleichterung und Vereinfachung des automatisierten Besteuerungsverfahrens zu bestimmen, daß den Gemeinden die Daten der Gewerbesteuermeßbescheide ganz oder teilweise auf maschinell verwertbaren Datenträgern oder durch Datenübertragung übermittelt werden; in diesem Falle obliegt den heheberechtigten Gemeinden auch die Fertigung der Meßbescheide. An dem Verfahren nehmen die Gemeinden teil, die sich zur automatisierten Bearbeitung ihrer Aufgaben kommunaler Datenverarbeitungszentralen bedienen oder die sich dem Verfahren anschließen. In der Rechtsverordnung kann insbesondere das Nähere über Form, Inhalt, Verarbeitung und Sicherung der zu übermittelnden Daten sowie über die Art und Weise der Übermittlung geregelt werden.</p> |
| <p>3. Absatz 3 wird Absatz 2 und die Wörter „der Absätze 1 und 2“ werden durch die Wörter „des Absatzes 1“ ersetzt.</p> | <p>(3) Der Finanzminister und der Innenminister werden ermächtigt, durch Rechtsverordnung Regelungen nach Maßgabe der Absätze 1 und 2 auch für die Grundsteuer zu treffen.</p> |
| <p style="text-align: center;">Artikel 10</p> <p>Änderung der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Zuständigkeit für die Festsetzung und Erhebung der Realsteuern</p> <p>Die Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Zuständigkeit für die Festsetzung und Erhebung der Realsteuern vom 16. Oktober 1987 (GV. NRW. S. 401) wird wie folgt geändert:</p> | <p>Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Zuständigkeit für die Festsetzung und Erhebung der Realsteuern vom 16. Oktober 1987 (GV. NW. 1987 S. 401)</p> |
| | <p>§ 2</p> |
| <p>1. In § 2 werden die Wörter „die Gemeinde über die technischen Möglichkeiten für den Druck der Gewerbesteuermeßbescheide verfügt und“ gestrichen.</p> | <p>Voraussetzung für die Zulassung einer Gemeinde ist, daß die Gemeinde über die technischen Möglichkeiten für den Druck der Gewerbesteuermeßbescheide verfügt und ihrem Anschluß keine Hindernisse im Bereich der Finanzbehörden entgegenstehen.</p> |
| | <p>§ 3</p> |
| <p>2. In § 3 Satz 3 werden die Wörter „zum</p> | <p>Über die Zulassung zum Datenübermitt-</p> |

Gegenüberstellung

| | |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p>testweisen Ausdruck von Gewerbesteuermeßbescheiden“ gestrichen.</p> | <p>lungsverfahren entscheidet der Finanzminister. Anträge auf Zulassung sind formlos an das Rechenzentrum der Finanzverwaltung zu richten. Dieses stellt den Gemeinden die erforderlichen Datei- und Satzbeschreibungen sowie Testdaten zum testweisen Ausdruck von Gewerbesteuermeßbescheiden zur Verfügung. Die zum Datenübermittlungsverfahren zugelassenen Gemeinden werden vom Finanzminister im Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen bekanntgemacht.</p> |
| <p>3. § 4 wird aufgehoben.</p> | <p style="text-align: center;">§ 4</p> <p>Gemeinden, die sich dem Datenübermittlungsverfahren anschließen, haben sich gleichzeitig zu verpflichten, die übermittelten Daten innerhalb von zehn Arbeitstagen nach Eingang zu verarbeiten.</p> |
| <p>4. § 5 wird § 4.</p> | <p style="text-align: center;">§ 5</p> <p>Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.</p> |
| <p style="text-align: center;">Artikel 11</p> <p>Änderung des Gesetzes zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung</p> <p>Das Gesetz zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung vom 15. November 2016 (GV. NRW. S. 966) wird wie folgt geändert:</p> | <p style="text-align: center;">Gesetz zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung</p> <p style="text-align: center;">Vom 15. November 2016</p> |
| <p>1. Artikel 1 Nummer 6 wird wie folgt gefasst:</p> <p>‘6. § 56 Absatz 3 Satz 4 wird wie folgt gefasst:</p> <p>„Eine Gruppe erhält mindestens 90 Prozent einer proportionalen Ausstattung, die zwei Dritteln der Zuwendungen entspricht, die die kleinste Fraktion nach Absatz 1 Satz 2 erhält oder erhalten wür-</p> | <p>6. § 56 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) Absatz 1 Satz 2 wird durch folgende Sätze ersetzt:</p> <p>„Eine Ratsfraktion muss aus mindestens zwei Mitgliedern bestehen. In Räten mit mehr als 50 Ratsmitgliedern muss eine Ratsfraktion aus mindestens drei Mitgliedern, bei mehr als 74 Ratsmitgliedern aus mindestens vier Mitgliedern, bei mehr als 90 Ratsmitgliedern aus mindestens fünf</p> |

Gegenüberstellung

| | |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p>de.“</p> | <p>Mitgliedern und in einer Bezirksvertretung aus mindestens zwei Mitgliedern bestehen.“</p> <p>b) Absatz 3 Satz 4 wird durch folgende Sätze ersetzt:</p> <p>„Eine Gruppe erhält mindestens 90 Prozent einer proportionalen Ausstattung, die dem Verhältnis ihrer Mitgliederzahl zu der sich nach Absatz 1 Satz 2 und 3 ergebenden Mindestgröße einer Ratsfraktion entspricht. Maßstab für die Berechnung der proportionalen Ausstattung sind diejenigen Zuwendungen, welche die kleinste Ratsfraktion nach Absatz 1 Satz 2 und 3 erhält oder erhalten würde. Die Höhe der proportionalen Ausstattung ergibt sich rechnerisch, indem die Zahl der Gruppenmitglieder durch die Zahl der Mitglieder der kleinstmöglichen Fraktion dividiert wird.“</p> |
| <p>2. Artikel 2 Nummer 4 wird wie folgt gefasst:</p> <p>4. § 40 Absatz 3 Satz 4 wird wie folgt gefasst:</p> <p>„Eine Gruppe erhält mindestens 90 Prozent einer proportionalen Ausstattung, die zwei Dritteln der Zuwendungen entspricht, die die kleinste Fraktion nach Absatz 1 Satz 2 erhält oder erhalten würde.“</p> | <p>4. § 40 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) Absatz 1 Satz 2 wird durch folgende Sätze ersetzt:</p> <p>„Eine Fraktion besteht aus mindestens zwei Kreistagsmitgliedern. In Kreistagen mit mehr als 50 Kreistagsmitgliedern muss eine Kreistagsfraktion aus mindestens drei Mitgliedern und bei mehr als 74 Kreistagsmitgliedern aus mindestens vier Mitgliedern bestehen.“</p> <p>b) Absatz 3 Satz 4 wird durch folgende Sätze ersetzt:</p> <p>„Eine Gruppe erhält mindestens 90 Prozent einer proportionalen Ausstattung, die dem Verhältnis ihrer Mitgliederzahl zu der sich nach Absatz 1 Satz 2 und 3 ergebenden Mindestgröße einer Kreistagsfraktion entspricht. Maßstab für die Berechnung der proportionalen Ausstattung sind diejenigen Zuwendungen, welche die</p> |

Gegenüberstellung

| | |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| | <p>kleinste Kreistagsfraktion nach Absatz 1 Satz 2 und 3 erhält oder erhalten würde. Die Höhe der proportionalen Ausstattung ergibt sich rechnerisch, indem die Zahl der Gruppenmitglieder durch die Zahl der Mitglieder der kleinstmöglichen Fraktion dividiert wird."</p> |
| <p>3. Artikel 3 Nummer 8 wird wie folgt geändert:</p> <p>In § 16a Satz 2 wird das Wort „fünf“ durch das Wort „drei“ ersetzt.</p> | <p>8. § 16 a wird wie folgt gefasst:</p> <p style="text-align: center;">„§ 16a Fraktionen</p> <p>Fraktionen sind freiwillige Vereinigungen von Mitgliedern der Landschaftsversammlung, die sich auf der Grundlage grundsätzlicher politischer Übereinstimmung zu möglichst gleichgerichtetem Wirken zusammengeschlossen haben. Eine Fraktion besteht aus mindestens fünf Personen. Satz 1 gilt für Gruppen ohne Fraktionsstatus entsprechend. Eine Gruppe in der Landschaftsversammlung besteht aus mindestens zwei Personen. Im Übrigen gilt § 56 Absätze 2 bis 5 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der jeweils geltenden Fassung entsprechend."</p> |
| <p>4. Artikel 4 Nummer 1 wird wie folgt geändert:</p> <p>In § 11 Absatz 6 Satz 2 wird das Wort „fünf“ durch das Wort „drei“ ersetzt.</p> | <p>1. § 11 Absatz 6 wird wie folgt gefasst:</p> <p>„(6) Fraktionen sind freiwillige Vereinigungen von (stimmberechtigten) Mitgliedern der Verbandsversammlung, die sich auf der Grundlage grundsätzlicher politischer Übereinstimmung zu möglichst gleichgerichtetem Wirken zusammengeschlossen haben. Eine Fraktion besteht aus mindestens fünf Personen. Satz 1 gilt für Gruppen ohne Fraktionsstatus entsprechend. Eine Gruppe in der Verbandsversammlung besteht aus mindestens zwei Personen. Im Übrigen gilt § 56 Absatz 2 bis 5 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666) in der jeweils geltenden Fassung entsprechend."</p> |
| <p>Artikel 12</p> | |

Gegenüberstellung

| | |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--|
| <p>Inkrafttreten, Übergangsregelungen</p> <p>(1) Dieses Gesetz tritt vorbehaltlich des Satzes 2 am Tag nach der Verkündung in Kraft. Artikel 9 und 10 treten am 1. Januar 2019 in Kraft.</p> <p>(2) Artikel 3 Nummer 6, Artikel 4 Nummer 2 und Artikel 5 Nummer 2 sind erstmals auf das Haushaltsjahr 2019 anzuwenden. Artikel 6 Nummer 1 § 11 Absätze 1 und 2 sind erstmals auf das Haushaltsjahr 2019 anzuwenden.</p> <p>(3) Auf die in Gemeinden zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes bereits bestehenden Integrationsräte ist § 27 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der bis dahin geltenden Fassung bis zum Ende der laufenden Kommunalwahlperiode weiter anzuwenden. Die Bildung eines Integrationsausschusses ist in diesen Gemeinden bis zum Ende der laufenden Kommunalwahlperiode ausgeschlossen.</p> | |
| Düsseldorf, den X. Monat 2018 | |

Begründung

A Allgemeiner Teil

Allgemeines Kommunalverfassungsrecht

Der Gesetzentwurf entwickelt verschiedene Regelungen des kommunalen Verfassungsrechts fort, korrigiert Vorhaben aus der abgelaufenen Wahlperiode und greift zwischenzeitlich erkennbar gewordenen Klarstellungs- und redaktionellen Korrekturbedarf auf. Im Einzelnen werden kommunalverfassungsrechtliche Vorschriften in folgenden Punkten geändert:

Einen wesentlichen Kernpunkt des Gesetzentwurfs bildet die vollständige Aufhebung des Gesetzes zur Stärkung des Kreistags vom 15. Dezember 2016 (GV. NRW. S. 1150). Das Gesetz sieht ab dem Beginn der nächsten Kommunalwahlperiode mit der Option zur Wahl von Beigeordneten bei den Kreisen, der Abschaffung des Kreis Ausschusses, der verpflichtenden Bildung eines Hauptausschusses sowie der Einführung eines Rückholrechts des Kreistags bei Geschäften der laufenden Verwaltung eine Angleichung der inneren Verfassung der Kreise an die Systematik der Gemeindeordnung vor. Das Gesetz hat bereits im Gesetzgebungsverfahren sowohl von den kommunalen Spitzenverbänden als auch aus der Wissenschaft deutliche Kritik erfahren. U. a. wurde darauf verwiesen, dass die beabsichtigte Angleichung an die Regelungen der Gemeindeordnung nur unzureichend auf die von den Gemeinden verschiedene Stellung der Kreise im Verwaltungsgefüge des Landes eingehe und weder die finanziellen noch die personalwirtschaftlichen Folgewirkungen ausreichend berücksichtige. Mit der vollständigen Aufhebung dieses Gesetzes trägt der Gesetzentwurf dieser Kritik Rechnung.

Das Instrument des Bürgerbegehrens wird gestärkt und den Vertretungsberechtigten eines Bürgerbegehrens die Möglichkeit eingeräumt, bereits bei der schriftlichen Mitteilung des Bürgerbegehrens zu beantragen, eine Entscheidung über dessen Zulässigkeit – mit Ausnahme der Frage, ob die notwendige Anzahl an Unterstützungsunterschriften erreicht ist – herbeizuführen. Hilfreich ist eine solche Vorprüfung z. B., wenn im Vorfeld rechtliche Bedenken bestehen, ob das Bürgerbegehren auf einen zulässigen Gegenstand gerichtet ist. Weist der Rat in einem solchen Fall nach Einreichung der Unterstützungsunterschriften das Bürgerbegehren aus Rechtsgründen zurück, würde dies bei den Bürgerinnen und Bürgern, die sich ggf. mit großem persönlichen Zeitaufwand für die Sammlung der Unterschriften engagiert haben, auf Unverständnis stoßen. Mit dem neu eingeführten Instrument der Vorprüfung besteht künftig die Option, ggf. strittige Rechtsfragen vor dem Beginn der Unterschriftensammlung abschließend und rechtsverbindlich zu klären.

Gleichzeitig werden die Vorschriften über das Bürgerbegehren bzw. den Bürgerentscheid, über den Einwohnerantrag sowie über die Abwahl des Hauptverwaltungsbeamten um Regelungen zur Festsetzung der maßgeblichen Bezugsgröße für ein zu

erreichendes Unterschriftenquorum bzw. über maßgebliche Einwohnerzahlen ergänzt, ohne dass damit inhaltliche Änderungen verbunden sind.

Ein weiterer Kernpunkt des Gesetzentwurfs ist die Einführung eines Optionsmodells in dem neu gefassten § 27 GO NRW. In Zukunft haben die Kommunen die Möglichkeit, sich zwischen einem Integrationsausschuss oder einem Integrationsrat zu entscheiden. Dabei bleibt gemäß § 27 Abs. 1 Satz 1 GO NRW die grundsätzliche Verpflichtung für Gemeinden, in der mindestens 5.000 ausländische Einwohnerinnen und Einwohner ihre Hauptwohnung haben, oder in Gemeinden in denen mindestens 2.000 ausländische Einwohnerinnen und Einwohner ihre Hauptwohnung haben und mindestens 200 Wahlberechtigte es beantragt haben, bestehen, ein Integrationsgremium zu bilden. In allen anderen Gemeinden kann ein Integrationsausschuss oder ein Integrationsrat gebildet werden. In Zukunft wird es in dem Verhältnis Integrationsausschuss und Integrationsrat kein Regelmodell geben, so dass die Kommunen sich aktiv für eines der beiden Modelle entscheiden müssen. Hier sind die Kommunen frei, aufgrund der konkreten individuellen Situation vor Ort, ihre Entscheidung für das für sie passende Gremium zu treffen.

Die Kommunen haben die neu geschaffene Möglichkeit, sich ab der nächsten Legislaturperiode für einen Integrationsausschuss zu entscheiden. Der Integrationsausschuss ist ein Ratsausschuss, der einige Besonderheiten aufweist. So werden die Migrantinnenvertreterinnen und -vertreter, die dem Integrationsausschuss angehören, durch Direktwahl gewählt. Soweit § 27 GO NRW keine speziellen Regelungen enthält, gelten die Vorschriften für Ratsausschüsse auch für den Integrationsausschuss. Die Integrationsausschüsse sind wie reguläre Ratsausschüsse in die Ratsarbeit eingebunden mit einem ihnen zugewiesenen Aufgabenbereich.

Im Gegensatz zu den Integrationsausschüssen, die es vor der Gesetzesnovelle im Dezember 2013 gab, können die Räte den Integrationsausschüssen gemäß § 41 Absatz 2 Satz 1 GO NRW die Entscheidung über bestimmte Angelegenheiten übertragen. In diesen Fällen haben die direkt gewählten Migrantinnenvertreterinnen und -vertreter aus verfassungsrechtlichen Gründen kein Stimmrecht.

Die Regelung für die Integrationsräte gelten unverändert fort, so dass in den Gemeinden, in denen es auch künftig Integrationsräte geben wird, diese ihre Arbeit kontinuierlich fortsetzen können.

Durch die Neuregelung haben die Kommunen die Wahl zwischen zwei Modellen, die in Hinblick auf Zusammensetzung, Organisation und Kompetenzen klare Unterschiede aufweisen. Während im Integrationsrat die Migrantinnenvertreterinnen und -vertreter in der Mehrheit sind und der Vorsitz frei wählbar ist, stellen im Integrationsausschuss die Ratsmitglieder die Mehrheit und den Vorsitz. Die für die Integrationsräte angestrebte Einbindung in die Ratsarbeit ergibt sich bei den Integrationsausschüssen bereits aus ihrer Stellung als besonderer Ratsausschuss. Die Kommunen haben somit die Möglichkeit, vor Ort individuell zu entscheiden, welches Organisationsmodell für sie vorzugswürdig ist.

Ferner erfolgt eine Anpassung der Regelungen über die Wahl von Beigeordneten in den jeweiligen kommunalverfassungsrechtlichen Vorschriften an die Terminologie des Dienstrechtsmodernisierungsgesetzes sowie eine Klarstellung, dass mindestens ein Beigeordneter die Qualifikation für den allgemeinen Verwaltungsdienst in der Laufbahngruppe 2, zweites Einstiegsamt, besitzen muss.

Weiter werden die mit dem Gesetz zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung vom 15. November 2016 (GV. NRW. S. 966) ab dem Beginn der nächsten allgemeinen Kommunalwahlperiode vorgesehenen Änderungen der Mindestfraktionsstärken in § 56 GO NRW und § 40 KrO NRW aufgehoben. An den derzeit geltenden bewährten Regelungen wird festgehalten. Die Höhe der Zuwendungen, die eine Gruppe für ihre Geschäftsführung aus Haushaltsmitteln erhält, orientiert sich weiter an der in dem genannten Gesetz getroffenen Regelung. Die Mindestfraktionsstärke bei den Landschaftsverbänden und beim Regionalverband Ruhr wird auf jeweils 3 Mitglieder festgelegt.

Schließlich erfolgen redaktionelle Korrekturen und Klarstellungen an den Regelungen über die Entschädigung der Mitglieder kommunaler Vertretungen, ohne dass damit inhaltliche Änderungen verbunden sind. Der Gemeindeprüfungsanstalt wird die Möglichkeit eingeräumt, Satzungen im Internet bekannt zu machen.

Kommunales Haushaltsrecht

In die Kreisordnung, die Landschaftsverbandsordnung und das Gesetz über den Regionalverband Ruhr wurden mit dem Umlagegenehmigungsgesetz die Genehmigungspflicht für die Festsetzung der Umlagesätze der Kreis-, Landschafts- bzw. Verbandsumlage eingeführt. Mit dem Genehmigungsvorbehalt der Aufsichtsbehörde wurde zugleich ein Anhörungsverfahren der Aufsichtsbehörde zur Genehmigung der Umlagesätze der Kreis-, Landschafts- bzw. Verbandsumlage verbunden. Die Genehmigungspflicht der Umlagesätze der jeweiligen Umlage bleibt weiterhin bestehen. Verzichtet wird zukünftig jedoch auf das Anhörungsverfahren der Aufsichtsbehörde zur Genehmigung der Umlagesätze. Denn es hat sich gezeigt, dass in diesem Rahmen kaum vom Benehmensherstellungsverfahren nach § 55 KrO NRW abweichende Stellungnahmen – meist gar keine – erfolgen. Letztlich bewirkt die „zusätzliche“ Anhörung damit eine Verfahrensverzögerung. Diese läuft dem Gesetzeszweck entgegen, frühzeitig Klarheit über den Umlagesatz für die Haushaltsplanung der Umlageverpflichteten zu schaffen.

Neben der Abschaffung des Anhörungsverfahrens erfolgt eine Klarstellung bei der Frist zur Erhöhung eines Umlagesatzes der jeweiligen Umlage. Die Erhöhung des Umlagesatzes der Kreis-, Landschafts- oder Verbandsumlage darf nur bis zum 30.06. für eine für das Haushaltsjahr bereits festgesetzte Umlage erfolgen.

Gesetz über den Landesverband Lippe

Das Gesetz über den Landesverband Lippe (LVL) sieht für die Haushaltsführung, Rechnungslegung und Rechnungsprüfung des Landesverbandes bisher eine sinn-gemäße Anwendung der für das Land Nordrhein-Westfalen geltenden Haushaltsre-gelungen vor. Durch die Umstellung der Landesverwaltung auf EPOS.NRW wird eine Umstellung der Haushaltsführung des LVL notwendig. Es wurden deshalb sowohl die Umstellung der Haushaltsführung des LVL auf EPOS.NRW als auch auf das kom-munale Haushaltsrecht eingehend und unter Einbindung aller Beteiligten geprüft. Ei-ne Umstellung auf EPOS.NRW wurde letztlich verworfen, weil sie mit größerem Auf-wand und mehr praktischen Schwierigkeiten verbunden wäre, als die Umstellung auf das kommunale Haushaltsrecht. Zudem liefert das kommunale Haushaltsrecht zuver-lässig und in bereits erprobter Form die für eine wirtschaftliche Steuerung des LVL notwendigen Informationen.

Mit diesem Gesetz wird deshalb die Haushaltsführung des LVL an die der Kommu-nen in NRW angepasst. Hierdurch erhält der LVL ein bereits bei den Kommunen flä-chendeckend eingeführtes und in seiner Wirkungsweise erfolgreich erprobtes Haus-haltsrecht. Der sinngemäß anzuwendende 8. Teil der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen bietet dem LVL darüber hinaus die Möglichkeit, eine aus-sagekräftige und damit steuerungsrelevante Informationsbasis zu erlangen.

Erhebung der Realsteuern

Mit der Änderung des § 2 des Realsteuergesetzes wird die ausschließliche Bekannt-gabe der Gewerbesteuermessbescheide durch die Finanzämter begründet. Insoweit erfolgt eine Angleichung der Rechtslage in Nordrhein-Westfalen an die Rechtslage in anderen Bundesländern. Die Übertragung der Festsetzung und Erhebung der Real-steuern auf die heheberechtigten Gemeinden (§ 1) bleibt durch die Änderung unbe-rührt. Unberührt bleibt auch die Zuständigkeit der Finanzämter für die Ermittlung der Besteuerungsgrundlagen, die Festsetzung und ggf. Zerlegung der Steuermessbeträ-ge und die Verlustfeststellung (§§ 22, 184 ff. Abgabenordnung, § 35b Abs. 2 Satz 1 Gewerbesteuergesetz). Die ausschließliche Bekanntgabe der Gewerbesteuermess-bescheide durch die Finanzämter führt zu einer Entlastung der bislang für die Wahr-nehmung dieser Aufgabe regelmäßig zuständigen Gemeinden. Aus Sicht des Steu-erpflichtigen wird die Änderung zu mehr Transparenz führen. In Folge der vorge-nannten Änderung des sog. Realsteuergesetzes erfolgt eine redaktionelle Anpas-sung der hierzu ergangenen Verordnung. Zur Berücksichtigung der Vorbereitungs-zeit, die die Finanzverwaltung und die Gemeinden bis zur Anwendung der Neurege-lung benötigen, sollen die Änderungen am 1. Januar 2019 in Kraft treten.

B Besonderer Teil

Zu Artikel 1 (Änderung der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen)

Zu Nummer 1 (§ 25)

Durch den ergänzenden Verweis wird klargestellt, dass für die Feststellung der Einwohnerzahl – wie in § 4 Absatz 7 – die von der für Statistik zuständigen Landesbehörde veröffentlichte Zahl der jeweils auf den 30. Juni und 31. Dezember eines jeden Jahres fortgeschriebenen Bevölkerungszahl maßgeblich ist.

Zu Nummer 2 (§ 26)

Zu § 26 Abs. 2

Mit der Ergänzung in Absatz 2 wird den Vertretungsberechtigten eines Bürgerbegehrens nach Absatz 2 Satz 2 die Möglichkeit eingeräumt, bereits bei der schriftlichen Mitteilung des Bürgerbegehrens zu beantragen, eine Entscheidung über dessen Zulässigkeit – mit Ausnahme der Frage, ob die notwendige Anzahl an Unterstützungsunterschriften erreicht ist – herbeizuführen. Eine solche „Vorprüfung“ wird nicht verpflichtend eingeführt, sondern den Initiatoren als Option angeboten. Sie bietet sich insbesondere an, wenn etwa die Frage, ob es sich um einen zulässigen Gegenstand eines Bürgerbegehrens handelt oder die Fragestellung korrekt formuliert ist, trotz vorheriger Beratung durch die Kommune nicht mit hinreichender Sicherheit geklärt werden kann. In einem solchen Fall wäre die ggf. zeitaufwendige Sammlung von Unterstützungsunterschriften mit dem rechtlichen Risiko behaftet, dass der Rat nach Einreichung der Unterschriften das Bürgerbegehren unabhängig von deren Anzahl aus Rechtsgründen als unzulässig zurückweist. Dies würde ggf. bei den Bürgerinnen und Bürgern, die das Bürgerbegehren durch ihre Unterschrift unterstützt haben oder – mehr noch – sich für deren Sammlung engagiert haben, auf Unverständnis stoßen.

Machen die Vertretungsberechtigten eines Bürgerbegehrens von dieser Möglichkeit Gebrauch, vollzieht sich die Prüfung der rechtlichen Zulässigkeit des Bürgerbegehrens in zwei Schritten:

In einem ersten Schritt stellen die Vertretungsberechtigten gleichzeitig mit der schriftlichen Mitteilung des Bürgerbegehrens nach § 26 Abs. 2 Satz 3 GO NRW den Antrag nach § 26 Abs. 2 Satz 7 GO NRW (neu), über die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens mit Ausnahme der Voraussetzungen des Absatzes 4 (Erreichen des notwendigen Unterschriftenquorums) zu entscheiden. Der Rat hat sodann unverzüglich eine rechtlich bindende Entscheidung über diese Frage zu treffen. Eine negative Entscheidung des Rates stellt einen belastenden Verwaltungsakt dar. § 26 Abs. 2 Satz 8 GO NRW (neu) verweist insoweit auf § 26 Absatz 6 Satz 3 GO NRW (bisher § 26 Absatz 6 Satz 2 GO NRW) und stellt klar, dass die nach § 26 Absatz 2 Satz 2 GO NRW vertre-

tungsberechtigten Bürgerinnen und Bürger einen Rechtsbehelf gegen eine ablehnende Entscheidung des Rates einlegen können.

Gemäß § 26 Abs. 2 Satz 8 GO NRW (neu) ist die von der Verwaltung zu erstellende Kostenschätzung nach § 26 Abs. 2 Satz 5 GO NRW den Vertretern des Bürgerbegehrens gleichzeitig mit der Entscheidung über die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens mitzuteilen. Dabei handelt es sich ausschließlich um eine zeitliche Verbindung, damit ab diesem Zeitpunkt alle Voraussetzungen gegeben sind, um mit der Unterschriftensammlung beginnen zu können. Die Kostenschätzung ist kein Bestandteil der Entscheidung des Rates über die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens. Sie bleibt ein Realakt der Behörde und dient als solcher lediglich der Information der Bürgerinnen und Bürger (Rehn, Cronauge, von Lennep, Knirsch, Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen, Kommentar, Losebl., Stand November 2016, Anm. III. 3. zu § 26).

In einem zweiten Schritt der Zulässigkeitsprüfung hat der Rat sodann nach Einreichung der gesammelten Unterstützungsunterschriften durch die Vertretungsberechtigten nach § 26 Abs. 6 Satz 1 und 2 GO NRW nur noch darüber zu entscheiden, ob das notwendige Quorum nach § 26 Abs. 4 GO NRW erreicht worden ist.

Zu § 26 Abs. 3

Gemäß § 26 Abs. 3 Satz 1 und 2 GO NRW sind kassatorische Bürgerbegehren an bestimmte Fristen gebunden. Nach Satz 1 muss ein Bürgerbegehren, das sich gegen einen Ratsbeschluss richtet, innerhalb von sechs Wochen nach der Bekanntmachung des Beschlusses eingereicht werden. Nach Satz 2 verlängert sich diese Frist auf drei Monate, wenn der Ratsbeschluss keiner Bekanntmachung bedarf. Gemäß § 26 Abs. 3 Satz 3 GO NRW ist der Fristablauf bis zur Mitteilung der Kostenschätzung der Verwaltung gehemmt. Dies muss nunmehr folgerichtig auch bis zur Bekanntgabe der Entscheidung über die ggf. von den vertretungsberechtigten Initiatoren des Bürgerbegehrens beantragte Vorprüfung der Zulässigkeit des Bürgerbegehrens nach § 26 Abs. 2 Satz 7 GO NRW (neu) gelten.

Zu § 26 Abs. 4

Abhängig von der Größe der Gemeinde bzw. deren Einwohnerzahl muss ein Bürgerbegehren von einer bestimmten Mindestanzahl von Bürgerinnen und Bürgern unterzeichnet werden, um erfolgreich zu sein. Das geltende Recht legt indes weder für das zu erreichende Unterschriftenquorum noch für die Einwohnerzahl die maßgeblichen Bezugsgrößen fest. § 26 Abs. 4 GO NRW wird deshalb um entsprechende Regelungen ergänzt. Für das zu erreichende Quorum ist künftig auf die von den Gemeinden einfach und unbürokratisch zu ermittelnde Zahl der bei der letzten allgemeinen Kommunalwahl festgestellten Zahl der Wahlberechtigten abzustellen. Vergleichbare Regelungen existieren etwa in Hessen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz.

Für die Feststellung der Einwohnerzahl wird durch die Verweisung auf § 4 Absatz 7 GO NRW auf die amtliche Statistik verwiesen.

Zu § 26 Abs. 6

Für den Fall, dass die Vertretungsberechtigten eines Bürgerbegehrens eine Vorprüfung der Zulässigkeit des Bürgerbegehrens beantragt haben, stellt der neu in den Absatz 6 des § 26 GO NRW eingefügte Satz 2 klar, dass der Rat nach Einreichung der gesammelten Unterstützungsunterschriften im Rahmen seiner abschließenden Prüfung nur noch darüber zu entscheiden hat, ob das notwendige Quorum nach § 26 Abs. 4 GO NRW erreicht worden ist.

Der neue Satz 7 wird mit Blick auf den neu eingefügten Satz 2 in Absatz 6 des § 26 GO NRW redaktionell ergänzt. Die Sperrwirkung des Bürgerbegehrens tritt ein, wenn der Rat das Bürgerbegehren entweder nach Satz 1 des Absatzes 6 ohne vorherige Vorprüfung in einem Akt oder nach Satz 2 des Absatzes 6 nach einer bereits erfolgten Vorprüfung und sich anschließender Prüfung der Unterstützungsunterschriften abschließend für zulässig erklärt.

Zu § 26 Abs. 7

Ein Bürgerentscheid ist erfolgreich, wenn die Mehrheit der abgegebenen Stimmen das Begehren unterstützt und - abhängig von der Größe der Gemeinde bzw. deren Einwohnerzahl - ein bestimmtes Quorum erreicht wird. Zur Bemessung der maßgeblichen Einwohnerzahl wird - wie bereits für das Bürgerbegehren - durch die Verweisung auf § 4 Absatz 7 GO NRW auf die amtliche Statistik verwiesen. Eine Festlegung der maßgeblichen Bezugsgröße für das zu erreichende Quorum ist an dieser Stelle entbehrlich, da nach § 3 der Verordnung zur Durchführung eines Bürgerentscheids von der Gemeinde ein Abstimmungsverzeichnis zu erstellen ist und das zu erreichende Quorum folgerichtig an der danach festgestellten Anzahl abstimmungsberechtigter Bürgerinnen und Bürger zu bemessen ist.

Zu Nummer 3 (§ 27)

Zu § 27 Abs. 1

Sätze 1 - 3

In Absatz 1 Satz 1 bis 3 wird durch die Ergänzung „ein Integrationsausschuss oder“ klargestellt, dass die Gemeinden zukünftig entscheiden können, ob sie einen Integrationsausschuss oder Integrationsrat bilden. Unverändert geblieben ist die grundsätzliche Verpflichtung ein Integrationsgremium zu bilden, wenn in einer Gemeinde mindestens 5.000 ausländische Einwohnerinnen und Einwohner ihre Hauptwohnung haben oder wenn in einer Gemeinde mindestens 2.000 ausländische Einwohnerinnen

und Einwohner ihre Hauptwohnung haben und es mindestens 200 Wahlberechtigte beantragen.

Satz 4

Die Gemeinde muss spätestens vier Monate vor dem Tag der allgemeinen Kommunalwahl durch einen Ratsbeschluss die Entscheidung treffen, ob ein Integrationsausschuss oder ein Integrationsrat gebildet werden soll. Es ist zu empfehlen, die getroffene Entscheidung in der Hauptsatzung zu verankern. Durch die Frist wird gewährleistet, dass genügend Zeit für die Wahlvorbereitung und –organisation besteht. Für potentielle Kandidatinnen und Kandidaten muss Klarheit herrschen, für welches Gremium sie kandidieren.

Zu § 27 Abs. 2

Sätze 1 – 6

Die Sätze 1 - 6 regeln die Zusammensetzung und Bildung des Integrationsausschusses sowie dessen Beschlussfähigkeit. Die Ratsmitglieder müssen in der Mehrheit sein. Ein konkretes Zahlenverhältnis wird nicht vorgegeben. Sachkundige Bürger oder sachkundige Einwohner sind grundsätzlich zulässig. Das Gremium ist nur beschlussfähig, wenn die Anzahl der nach § 50 Absatz 3 GO NRW bestellten anwesenden Ratsmitglieder die Zahl der anwesenden anderen stimmberechtigten Mitglieder übersteigt. Insbesondere mit Blick auf die Beschlussfähigkeit ist zu empfehlen, das Verhältnis zwischen Ratsmitgliedern und direkt gewählten Mitgliedern so zu bestimmen, dass regelmäßig eine Beschlussfähigkeit sichergestellt sein dürfte. Dabei ist zu berücksichtigen, dass nicht auszuschließen ist, dass Ratsmitglieder - möglicherweise auch kurzfristig – an der Teilnahme von Ausschusssitzungen gehindert sein könnten.

Sätze 7 - 10

Der Integrationsausschuss ist ein Ratsausschuss, für den die Regeln für Ratsausschüsse Anwendung finden, soweit gesetzlich nichts anderes geregelt ist. Er ist insofern wie ein Ratsausschuss zu behandeln. Sein Aufgabenfeld ist in der Hauptsatzung oder in der Zuständigkeitsordnung festzulegen. Er ist wie ein Ratsausschuss in die Beratungsfolge des Rates aufzunehmen. Der Rat kann gemäß § 41 Absatz 2 Satz 1 Entscheidungen über bestimmte Angelegenheiten auf den Integrationsausschuss übertragen. Bei Beschlüssen, die diese Angelegenheiten betreffen, sind die direkt gewählten Migrantinnenvertreterinnen und -vertreter nicht stimmberechtigt. Dies gilt unabhängig davon, ob sie dem Rat angehören können oder nicht. Aufgrund der Direktwahl der Migrantinnenvertreterinnen und -vertreter auch durch Wählerinnen und Wähler, die keine deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, fehlt diesen Mitgliedern die verfassungsrechtlich notwendige demokratische Legitimation, die eine ununterbrochene Legitimationskette vom deutschen Volk, bzw. von diesem für die Kommunalwahl verfassungsrechtlich gleichgestellten Unionsbürgerinnen und -bürgern, verlangt. In den Fällen, in denen der Integrationsausschuss Beschlüsse fasst in Bezug auf ei-

ne Angelegenheit, die er gemäß § 41 Absatz 2 Satz 1 von Rat übertragen bekommen hat, haben die direkt gewählten Migrantenvorsteherinnen und -vorsteher daher ausnahmslos kein Stimmrecht.

Zu § 27 Abs. 3

Sätze 1 - 2

Der neugefasste Absatz 3 übernimmt in Satz 1 und 2 unverändert die Regelungen des bislang geltenden Absatz 1 zur Bildung und Zusammensetzung des Integrationsrates.

Satz 3

Nach Satz 3 sollen sich Rat und Integrationsrat über die Themen und Aufgaben der Integration abstimmen. Dieser Satz wurde bei der Reform 2013 in den bislang geltenden Absatz 8 eingefügt, um die Kooperation zwischen Rat und Integrationsrat sowie die Einbindung des Integrationsrates in die Geschäftsabläufe des Rates zu unterstützen. Der Integrationsausschuss als spezieller Ratsausschuss mit eigener Aufgabenzuweisung bedarf dieser Unterstützung nicht. Daher ist dieser Satz nun in dem neu gebildeten Absatz 3 verankert, in dem spezielle Regelungen für den Integrationsrat getroffen werden.

Zu § 27 Abs. 4

Absatz 4 regelt die Direktwahl der Mitglieder des Integrationsausschusses und des Integrationsrates am Tage der Kommunalwahl. Die bislang bestehende Übergangsvorschrift, nach der die Mitglieder des Integrationsrates nach Ablauf der Wahlperiode ihre Tätigkeit bis zum Zusammentritt eines neu gewählten Integrationsrates weiter ausüben, ist gestrichen. Aufgrund der Zusammenlegung der Kommunalwahl mit den Integrationsausschuss- oder Integrationsratswahlen bereits 2014 ist das Erfordernis für eine Übergangsregelung bis zum Zusammentritt des neu gewählten Gremiums entfallen, da längere Verzögerungen durch erst später stattfindende Wahlen ausgeschlossen sind.

Zu § 27 Abs. 5

Satz 1

Bei der letzten Änderung des § 27 Absatz 3 Satz 1 GO NRW wurde der Kreis der aktiv Wahlberechtigten erheblich erweitert. Durch die Formulierung in § 27 Absatz 3 Satz 1 Nummer 2 wurden z.B. auch diejenigen erfasst, die von einem deutschen und einem ausländischen Elternteil abstammen und neben der deutschen Staatsangehörigkeit eine ausländische Staatsangehörigkeit mit der Geburt erworben haben. Erfasst wurden auch diejenigen, die als Spätaussiedler durch Aushändigung einer Bescheinigung gemäß § 15 des Gesetzes über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (BVFG) die deutsche Staatsangehörigkeit erworben haben und ihre ausländische Staatsangehörigkeit für diesen Erwerb nicht aufgeben mussten.

Dabei wurde auf das deutsche Staatsangehörigkeitsrecht abgestellt. Es sind jedoch auch Fallgruppen möglich, die sich aus dem jeweiligen ausländischen Staatsangehörigkeitsrecht ergeben können und die dazu führen, dass keine aktive Wahlberechtigung vorliegt. Als Beispiel sind Personen mit einem deutschen und einem ausländischen Elternteil zu nennen, bei denen auf Grund des ausländischen Staatsangehörigkeitsrechts mit der Geburt die ausländische Staatsangehörigkeit nicht weitergegeben wurde (z.B. wegen fehlender Ableitung der Staatsangehörigkeit von der Mutter – z.B. Iran, Syrien, Irak).

Ein anderes Beispiel stellen diejenigen Spätaussiedler dar, die zwar wie oben erwähnt nach dem deutschen Staatsangehörigkeitsrecht ihre ausländische Staatsangehörigkeit behalten dürfen, deren ausländisches Staatsangehörigkeitsrecht jedoch einen Verlust der ausländischen Staatsangehörigkeit auf Grund des Erwerbs einer anderen Staatsangehörigkeit vorsieht (z.B. Kasachstan).

Mit der Änderung sollen nun alle denkbaren Konstellationen des ausländischen Staatsangehörigkeitsrechts abgedeckt werden. Die Nennung einzelner Tatbestände des Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit ist nicht mehr erforderlich. § 27 Absatz 3 Satz 1 Nummer 3 und 4 GO können entfallen. Der Personenkreis der aktiv Wahlberechtigten wird im Wege einer „Korrektur“ um diejenigen erweitert, die nur auf Grund des ausländischen Rechts nach der derzeit noch gültigen Rechtslage nicht wahlberechtigt sind.

Eine kleine, aber in der Praxis vermutlich nicht ins Gewicht fallende Personengruppe, welche nun erstmalig wahlberechtigt ist, stellen diejenigen dar, die eine ausländische Staatsangehörigkeit durch Abstammung erworben hatten und diese aufgegeben haben. Um diese Gruppe erweitert sich tatsächlich der Personenkreis der aktiv Wahlberechtigten.

Unter den neu gefassten Absatz 5 Satz 1 Nummer 2 fallen nun alle Deutschen, die zugleich eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzen und alle Deutschen, die eine ausländische Staatsangehörigkeit besessen haben, d.h. z.B. auch diejenigen, die die deutsche Staatsangehörigkeit erworben haben

- durch Einbürgerung oder
- durch Aushändigung einer Bescheinigung nach § 15 BVFG oder
- durch Geburt auf deutschem Boden (sog. ius-soli Erwerb) neben der ausländischen Staatsangehörigkeit eines Elternteils.

Unter Absatz 5 Satz 1 Nummer 3 fallen auch z.B.

- diejenigen, die mit deutscher Staatsangehörigkeit als Kind mindestens eines ausländischen Elternteils geboren wurden, aber nach dem ausländischen Recht die ausländische Staatsangehörigkeit nicht mit der Geburt erworben haben (z.B. wegen fehlender Ableitung der Staatsangehörigkeit von der Mutter – z.B. Iran, Syrien, Irak).

- diejenigen Deutschen, die von staatenlosen Eltern abstammen und eingebürgert wurden
- diejenigen Deutschen, die durch Geburt auf deutschem Boden die deutsche Staatsangehörigkeit erworben haben, aber keine ausländische Staatsangehörigkeit eines Elternteils erworben haben (z.B. Kinder chinesischer Eltern, da China die doppelte Staatsangehörigkeit ablehnt).

Durch Nummer 3 wird zwar der Personenkreis der Nummern 1 und 2 weitestgehend doppelt erfasst, dieses ist aber unschädlich. Für die Prüfung der Wahlberechtigung dürfte es einfacher sein, die Ziffern 1 und 2 beizubehalten

Satz 2

Absatz 5 Satz 2 entspricht unverändert dem bislang geltenden Absatz 3 Satz 2.

Satz 3

Absatz 5 Satz 3 entspricht dem alten Absatz 3 Satz 3 und hat den gleichen Regelungsgehalt, musste aber aufgrund der Neufassung des aktiven Wahlrechts angepasst werden. Ebenso wie nach dem bislang geltenden Recht, müssen sich alle Wahlberechtigten, die ausschließlich die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, in das Wählerverzeichnis eintragen lassen. Dies ist gerechtfertigt, weil Deutsche mit Zuwanderungsgeschichte von den Einwohnermeldeämtern nicht ohne zusätzlichen Aufwand sicher ermittelt werden können.

Satz 4

Der eingefügte Satz 4 war gleichlautend bis zu der Gesetzesänderung im Dezember 2013 Bestandteil der Norm und ist mit der Gesetzesänderung ersatzlos entfallen. Dem Beratungsverlauf ist nicht zu entnehmen, dass es sich 2013 um eine bewusste Entscheidung des Gesetzgebers handelte. Offenkundig ist von einem redaktionellen Versehen bei der Erstellung der Beschlussvorlage für die Plenarentscheidung auszugehen. Im Sinne einer praktischen Umsetzung vor Ort ist dieser Satz nun wieder eingefügt, was der tatsächlichen und rechtlichen Handhabung entspricht. Wer sich in das Wählerverzeichnis eintragen lassen will, unterliegt einer Mitwirkungspflicht und hat sein Wahlrecht unter Angabe nachprüfbarer Umstände geltend zu machen und vorhandene Nachweise beizubringen. Dies folgt bereits daraus, dass § 27 Absatz 3 Satz 3 GO NRW gerade die Fälle erfasst, in denen die Kommune die Wahlberechtigung nicht ohne Weiteres ermitteln kann. Die Mitwirkungspflicht ergibt sich ferner aus dem Rechtsgedanken des § 26 Verwaltungsverfahrensgesetz NRW. Gemäß § 26 Absatz 2 Satz 1 Verwaltungsverfahrensgesetz NRW sollen die Beteiligten bei der Ermittlung des Sachverhalts mitwirken. Auch bei antragsabhängigen Eintragungen in das Wählerverzeichnis bei der Kommunalwahl bestehen nach § 12 Absatz 7 und 8 Kommunalwahlordnung NRW erhöhte Nachweispflichten für die Antragstellerinnen und -steller. So setzt eine Eintragung in das Wählerverzeichnis aufgrund eines Einspruchs nach § 16 Kommunalwahlordnung NRW voraus, dass der Einspruchsführer

die erforderlichen Beweismittel beibringt, soweit die behaupteten Tatsachen nicht offenkundig sind.

Zu § 27 Abs. 6 – 8

Die Absätze 6 bis 8 entsprechen den Absätzen 4 bis 6 der bislang geltenden Fassung des § 27.

Zu § 27 Abs. 9

Satz 1

Satz 1 regelt die Rechtsstellung der direkt gewählten Mitglieder des Integrationsausschusses und des Integrationsrates.

Sätze 2 – 4

Der Integrationsrat wählt den Vorsitz aus der Mitte des Gremiums. Bei dem Integrationsausschuss als speziellem Ratsausschuss, dem auch Entscheidungskompetenzen übertragen werden können, ist dagegen aus der Mitte des Gremiums ein Ratsmitglied zur Vorsitzenden/ zum Vorsitzenden zu wählen. Das gleiche gilt für die Stellvertreterinnen und -vertreter.

Zu § 27 Abs. 10

Die in Absatz 10 geregelten Rechte gelten sowohl für den Integrationsausschuss als auch für den Integrationsrat und entsprechen der bislang geltenden Regelung für Integrationsräte. Der Integrationsausschuss kann sich also über die ihm nach der Zuständigkeitsordnung zugewiesenen Aufgaben hinaus auch mit allen Angelegenheiten der Gemeinde befassen. Dies ist geboten, um den Migrantinnenvertreterinnen und -vertreter so die Möglichkeit einer umfassenden politischen Teilhabe auf kommunaler Ebene zu eröffnen.

Zu § 27 Abs. 11 - 13

Die Absätze 11 – 13 entsprechen den bislang geltenden Absätzen 9 bis 11 und gelten unverändert fort mit der Ergänzung, dass sie sowohl für Integrationsausschüsse als auch für Integrationsräte Anwendung finden.

Zu Nummer 4 (§ 45)

Mit dem Gesetz zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung vom 15. November 2016 (GV. NRW. S. 966) ist in § 45 Absatz 2 einer neuer Satz 2 eingefügt worden, ohne dass diese Änderung in Absatz 3 redaktionell und inhaltlich nachvollzogen wurde. Der Verweis in Absatz 3 Satz 1 auf Absatz 2 Satz 1 wird deshalb um die Verweisung auf den neuen Satz 2 des Absatzes 2 ergänzt. Damit wird klargestellt, dass als Haushaltsentschädigung nicht nur der Mindestregelsatz nach Absatz 2 Satz 1, son-

dem ggf. auch ein von der Kommune selbst in der Hauptsatzung festgelegter höherer Regelsatz zu gewähren ist.

Nach redaktioneller Anpassung des Absatzes 3 wird mit der Verweisung auf Absatz 2 Satz 4 am Ende von Absatz 3 klargestellt, dass sich der Verweis auf den durch die Rechtsverordnung festzulegenden Höchstbetrag insbesondere auf den Fall bezieht, dass anstelle des Regelsatzes die Erstattung der tatsächlich notwendigen Kosten für eine Vertretung im Haushalt beantragt wird.

Zu Nummer 5 (§ 66)

Zur Einleitung eines Abwahlverfahrens durch die Bürgerschaft muss - abhängig von der Größe der Gemeinde bzw. deren Einwohnerzahl – ein bestimmtes Quorum erreicht werden. Durch die Verweisung auf die neu eingefügten Sätze 2 und 3 in § 26 Absatz 4 GO NRW wird – entsprechend der Regelung bei Bürgerbegehren - für die Bemessung der maßgeblichen Einwohnerzahl auf die amtliche Statistik sowie für die Bemessung des zu erreichenden Quorums auf die bei der letzten allgemeinen Kommunalwahl festgestellte Zahl der Wahlberechtigten abgestellt. Für die Durchführung des Abwahlverfahrens gelten nach § 66 Absatz 1 Satz 4 weiterhin die Regelungen des Kommunalwahlgesetzes.

Zu Nummer 6 (§ 71)

Die Vorschrift wird an die Terminologie des Dienstrechtsmodernisierungsgesetzes vom 14. Juni 2016 (GV. NRW. S. 309, ber. 642) angepasst. Ferner wird aus Anlass dieser redaktionellen Anpassung klargestellt, dass entsprechend der bisherigen Praxis der allgemeine Verwaltungsdienst in der Laufbahngruppe 2, zweites Einstiegsamt, gemeint ist. Mindestens ein Beigeordneter hat die für die Verwaltung einer kreisfreien Stadt oder Großen kreisangehörigen Stadt notwendige administrative und juristische Qualifikation aufweisen. Für die Kleinen und Mittleren Gemeinden war dies in Satz 3 der Regelung schon bisher – bezogen auf den früheren gehobenen Dienst – ausdrücklich so gefordert.

Zu Artikel 2 (Aufhebung des Gesetzes zur Stärkung des Kreistags vom 15. Dezember 2016)

Mit dem Gesetz zur Stärkung des Kreistags vom 15. Dezember 2016 (GV. NRW. S. 1150) sollen ab dem Beginn der nächsten Kommunalwahlperiode die wesentlichen Regelungen über die Zuständigkeiten und Kompetenzen der Organe des Kreises an die Systematik der Gemeindeordnung angeglichen und den Kreisen die Möglichkeit eingeräumt werden, Beigeordnete zu wählen. Im Einzelnen sieht das Gesetz Folgendes vor:

- Einführung der (eingeschränkten) Allzuständigkeit des Kreistags sowie eines Rückholrechts bei Geschäften der laufenden Verwaltung, die als auf die Landrätin bzw. den Landrat übertragen gelten;
- Abschaffung des Kreisausschusses;
- Verpflichtende Bildung eines Hauptausschusses;
- Option zur Wahl von Beigeordneten.

Bereits im Gesetzgebungsverfahren hat das Gesetz sowohl aus der kommunalen Praxis (Stellungnahme 16/4025 der kommunalen Spitzenverbände vom 8. August 2016) als auch aus dem Bereich der Wissenschaft (Stellungnahme 16/4419 Prof. Dr. J. Oebbecke vom 31. Oktober 2016) erhebliche Kritik erfahren.

Dies gilt zunächst für die vorgesehene Einführung von Beigeordneten auf der Kreisebene. Hinreichend konkrete Steuerungsdefizite, die strukturelle Änderungen der personellen Führungsebene der Kreise nahe legen, sind weder im damaligen Gesetzgebungsverfahren aufgezeigt worden noch gegenwärtig erkennbar. Vielmehr zeitigt die Einführung von Beigeordneten auf der Kreisebene bisher nicht ausreichend gewürdigte finanzielle Konsequenzen in Form zu erwartender Mehraufwendungen bei den Kreisen, die letztlich von den kreisangehörigen Gemeinden über die Kreisumlage zu finanzieren sind. Personalwirtschaftlich würden insbesondere kleinere kreisangehörige Gemeinden in Konkurrenz zu den Kreisen treten und verstärkt Führungspersonal an die Kreise verlieren.

Ebenso wenig sind für die vorgesehene Abschaffung der seit vielen Jahrzehnten existierende Kreisausschüsse und für die Änderungen an der bewährten Aufgabenverteilung zwischen den Landrätinnen und Landräten und dem Kreistag hinreichend überzeugende Gründe angeführt worden. Konkrete Defizite oder Mängel der Aufgabenwahrnehmung auf Kreisebene, die diese beabsichtigten tiefgreifenden Einschnitte in die innere Verfasstheit der Kreise geboten erscheinen lassen, sind nicht erkennbar. Vielmehr ist bereits im damaligen Gesetzgebungsverfahren auf unterschiedliche Zuständigkeiten hingewiesen worden, die bei den Kreisen mehr als bei den kreisangehörigen Gemeinden auch von staatlichen Aufgaben und Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung geprägt sind. Die gegenwärtige innere Kreisverfassung ist auf diese spezielle Stellung der Kreise im Verwaltungsgefüge des Landes und den damit verbundenen Aufgaben zugeschnitten und hat sich bewährt, ohne dass ein zwingender Angleichungsbedarf an die Gemeindeordnung erkennbar geworden ist.

Das Gesetz zur Stärkung des Kreistags vom 15. Dezember 2016 wird deshalb vollständig aufgehoben.

Zu Artikel 3 (Änderung der Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen)

Zu Nummer 1 (§ 22)

Durch den ergänzenden Verweis in Absatz 3 Satz 2 wird klargestellt, dass für die Feststellung der Einwohnerzahl die amtliche Statistik der zuständigen Landesbehörde maßgeblich ist. Gleichzeitig erfolgen redaktionelle Korrekturen.

Zu Nummer 2 (§ 23)

Mit der Änderung wird den Vertretungsberechtigten eines Bürgerbegehrens (§ 23 Absatz 2 Satz 2 KrO NRW) künftig die Möglichkeit eingeräumt, bereits bei der schriftlichen Mitteilung des Bürgerbegehrens zu beantragen, eine Entscheidung über dessen Zulässigkeit – mit Ausnahme der Frage, ob die notwendige Anzahl an Unterstützungsunterschriften erreicht ist – herbeizuführen. Ferner werden analog zu den entsprechenden Änderungen des § 26 GO NRW die maßgeblichen Bezugsgrößen für das zu erreichende Unterschriftenquorum sowie für die Einwohnerzahl festgelegt. Wegen der Einzelheiten wird auf die entsprechende Begründung zu Artikel 1 Nr. 2 zu § 26 GO NRW verwiesen.

Zu Nummer 3 (§ 30)

Mit dem Gesetz zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung vom 15. November 2016 (GV. NRW. S. 966) ist in § 30 Absatz 2 einer neuer Satz 2 eingefügt worden, ohne dass diese Änderung in Absatz 3 redaktionell und inhaltlich nachvollzogen wurde. Dies wird nunmehr nachgeholt. Wegen der Einzelheiten wird auf die gleichgelagerte Begründung zu Artikel 1 Nr. 4 zu § 45 GO NRW verwiesen.

Zu Nummer 4 (§ 45)

Zur Einleitung eines Abwahlverfahrens durch die Bürgerschaft muss ein Quorum in Höhe von 15 Prozent der wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger der kreisangehörigen Gemeinden erreicht werden. Durch die Verweisung auf den neu eingefügten Satz 2 in § 23 Absatz 4 KrO NRW wird – entsprechend der Regelung bei Bürgerbegehren - für die Bemessung des zu erreichenden Quorums auf die bei der letzten allgemeinen Kommunalwahl festgestellten Zahl der Wahlberechtigten abgestellt. Für die Durchführung des Abwahlverfahrens gelten nach § 45 Absatz 1 Satz 4 weiterhin die Regelungen des Kommunalwahlgesetzes.

Zu Nummer 5 (§ 47)

Die Vorschrift wird an die Terminologie des Dienstrechtsmodernisierungsgesetzes vom 14 Juni 2016 (GV. NRW. S. 310, ber. 642) angepasst. Ferner wird aus Anlass dieser redaktionellen Anpassung klargestellt, dass entsprechend der bisherigen Praxis der allgemeine Verwaltungsdienst in der Laufbahngruppe 2, zweites Einstiegsamt, gemeint ist (siehe oben Begründung zu Artikel 1 Nummer 6).

Zu Nummer 6 (§ 56)

Zu § 56 Abs. 2 Satz 4

Die mit dem Umlagegenehmigungsgesetz eingeführte Genehmigungspflicht für die Festsetzung der Umlagesätze der Kreisumlage hat sich bewährt und bleibt weiterhin bestehen.

Auf das Anhörungsverfahren der Aufsichtsbehörde zur Genehmigung des Kreisumlagesatzes wird zukünftig verzichtet. Zwar haben einzelne kreisangehörigen Gemeinden von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, im Anhörungsverfahren der Aufsichtsbehörde zur Genehmigung der Kreisumlage Aspekte einzubringen, die zum Zeitpunkt des Benehmensherstellungsverfahrens des Kreises noch nicht bekannt waren. Die Erfahrung hat aber gezeigt, dass überwiegend die Stellungnahme, die bereits Gegenstand des Benehmensherstellungsverfahrens gewesen ist, im Anhörungsverfahren von der kreisangehörigen Gemeinde abgegeben wurde.

Die Möglichkeit der kreisangehörigen Gemeinden, im Anhörungsverfahren der Aufsichtsbehörde noch einmal Stellung zu nehmen, wurde abgewogen mit der Verzögerung der Genehmigung der Kreisumlage durch das Anhörungsverfahren der Aufsichtsbehörde. Die Abschaffung des Anhörungsverfahrens erfolgt zugunsten der Beschleunigung der Entscheidung durch die Aufsichtsbehörde über die Genehmigung des Umlagesatzes.

Zu § 56 Abs. 3 Satz 4

Diese Ergänzung dient der Klarstellung, dass die Frist zur Erhöhung eines Umlagesatzes der Kreisumlage bis zum 30.06. für eine für das Haushaltsjahr bereits festgesetzte Umlage gilt.

Zu Artikel 4 (Änderung der Landschaftsverbandsordnung für das Land Nordrhein-Westfalen)

Zu Nummer 1 (§ 20)

Die Vorschrift wird an die Terminologie des Dienstrechtsmodernisierungsgesetzes vom 14 Juni 2016 (GV. NRW. S. 310, ber. 642) angepasst. Ferner wird aus Anlass dieser redaktionellen Anpassung klargestellt, dass entsprechend der bisherigen Praxis der allgemeine Verwaltungsdienst in der Laufbahngruppe 2, zweites Einstiegsamt, gemeint ist (siehe oben Begründung zu Artikel 1 Nummer 6).

Zu Nummer 2 (§ 22)

Zu § 22 Abs. 2 Satz 4

Die Begründung zur Abschaffung des Anhörungsverfahrens durch die Aufsichtsbehörde zu § 56 Absatz 2 Kreisordnung gilt sinngemäß auch für das Anhörungsverfahren zur Genehmigung der Landschaftsverbandsumlage

Zu § 22 Abs. 3 Satz 4

Siehe Begründung zu Artikel 3 Nummer 6.

Zu Artikel 5 (Änderung des Gesetzes über den Regionalverband Ruhr)

Zu Nummer 1 (§ 16)

Die Vorschrift wird an die Terminologie des Dienstrechtsmodernisierungsgesetzes vom 14. Juni 2016 (GV. NRW. S. 310, ber. 642) angepasst. Ferner wird aus Anlass dieser redaktionellen Anpassung klargestellt, dass entsprechend der bisherigen Praxis der allgemeine Verwaltungsdienst in der Laufbahngruppe 2, zweites Einstiegsamt, gemeint ist (siehe oben Begründung zu Artikel 1 Nummer 6).

Zu Nummer 2 (§ 19)

Zu § 19 Abs. 2 Satz 4

Die Begründung zur Abschaffung des Anhörungsverfahrens durch die Aufsichtsbehörde zu § 56 Absatz 2 Kreisordnung gilt sinngemäß auch für das Anhörungsverfahren zur Genehmigung der Landschaftsverbandsumlage.

Zu § 19 Abs. 3 Satz 3

Redaktionell wird die Verweisung auf § 9 Satz 2 der Kreisordnung zu einer dynamischen Verweisung umgestellt.

Zu § 19 Abs. 3 Satz 4

Siehe Begründung zu Artikel 3, Nummer 6.

Zu Artikel 6 (Änderung des Gesetzes über den Landesverband Lippe)

Zu Nummer 1 (§ 11)

Die Neufassung des § 11 regelt die Umstellung der haushaltsrechtlichen Vorschriften des Landesverbandes Lippe vom Haushaltsrecht des Landes auf das der Kommunen. Der 8. Teil der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666) regelt die Haushaltswirtschaft.

Satz 1 des neugefassten § 11 ist an § 9 Absatz 1 des Gesetzes über die Gemeindeprüfungsanstalt vom 30. April 2002 (GV. NRW. S. 160), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 15. Dezember 2016 (GV. NRW. S. 1150), angelehnt. Angesichts der Stellung des Landesverbandes sind die Anforderungen zur Auslegung der Haushaltssatzung sowie des Jahresabschlusses auf den Landesverband ebenso wenig übertragbar wie auf die Gemeindeprüfungsanstalt. Deshalb wird deren Anwendbarkeit ausgeschlossen.

Ebenfalls ausgeschlossen wird die Anwendung der § 75 Absatz 2 Satz 3, Absatz 3, Absatz 4 sowie § 76 Absatz 1 GO NRW. Diese Vorschriften setzen den Bestand einer Ausgleichsrücklage voraus und erlauben den sogenannten fiktiven Haushaltsausgleich mit ihrer Hilfe, sofern die Erträge die Aufwendungen ohne Einsatz der Ausgleichsrücklage nicht decken. Diese Regelungen sind für den LVL nicht passend. Der LVL verfügt über ein für Kommunen völlig untypisches Verhältnis zwischen der Summe seiner Vermögenswerte einerseits und dem vergleichsweise geringen Volumen seines operativen Haushaltes andererseits. Deshalb sind die Maßstäbe der Gemeindeordnung für die Höhe der Ausgleichsrücklage nicht auf den LVL übertragbar.

Zudem ist die Aufgabe des LVL, das Vermögen des ehemaligen Landes Lippe zu bewahren und zur Wohlfahrt der Bürgerinnen und Bürger im Bezirk des ehemaligen Landes Lippe zu verwalten, was mit einem gesetzlich geregelten Eigenkapitalverzehr im Rahmen einer Ausgleichsrücklage kaum in Einklang zu bringen wäre. Deshalb wird die in der Vergangenheit schon auf der Grundlage des bisherigen Rechts praktizierte Regelung zur Klarstellung ausdrücklich ins Gesetz aufgenommen:

Die Aufsichtsbehörde kann bei einem nicht ausgeglichenen Haushalt nach pflichtgemäßem Ermessen ein Haushaltssicherungskonzept anordnen. Dies geschieht nicht zwingend bei einem einmaligen und geringfügigen Verfehlen des Haushaltsausgleichs, sondern erst, wenn die Haushaltsentwicklung koordinierte und planmäßige Konsolidierungsanstrengungen erfordert. Für die Erstellung sowie die Genehmigung des Haushaltssicherungskonzeptes gilt § 76 Absatz 2 Gemeindeordnung entsprechend.

Die Prüfung des Landesverbandes obliegt wie bisher dem Landesrechnungshof. Dieser kann sich zur Durchführung der Prüfung der Eröffnungsbilanz sowie der jährlichen Jahresabschlüsse der Gemeindeprüfungsanstalt bedienen, weil dort spezieller Sachverstand und reichhaltige Erfahrung im Umgang mit dem kommunalen Haushaltsrecht vorhanden ist. Die durch die Inanspruchnahme der Gemeindeprüfungsanstalt entstehenden Kosten trägt der Landesverband.

Für die wirtschaftliche Betätigung des LVL gelten weiterhin die Regelungen der Landeshaushaltsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. April 1999 (GV. NRW. S. 158) in der jeweils geltenden Fassung, insbesondere die § 65, § 65a, § 66, § 67 LHO. Diese Regelungen haben sich für den LVL bewährt und es besteht in der Sache kein Änderungsbedarf.

Dem Landesverband entsteht für die Umstellung auf das kommunale Haushaltsrecht ein Aufwand. Da es die Umstellung im Recht der Haushaltsführung des Landes ist, die diesen Aufwand beim LVL notwendig gemacht hat, leistet das Land eine einmalige pauschale Abgeltung an den Landesverband zum Ausgleich des Umstellungsaufwandes. Der Landesverband soll mit ihrer Hilfe die Umstellung der Haushaltsführung vollziehen können. Die Abgeltung beträgt einmalig im Haushaltsjahr 2018 150.000,00 Euro.

Zu Nummer 2 (§ 15)

§ 15 des Gesetzes über den Landesverband Lippe garantiert in seiner bisherigen Fassung dem LVL für die Kassenführung eine unentgeltliche Unterstützung durch das Land Nordrhein-Westfalen, indem die Kassenführung durch die Regierungshauptkasse in Detmold erfolgt. Seit Abschaffung der Regierungshauptkasse Detmold übernimmt tatsächlich das Landesamt für Finanzen die Kassenführung für den LVL. Diese Unterstützung kann bei einem Wechsel auf das Kommunale Haushaltsrecht nicht mehr erfolgen. Für diesen Wegfall der Unterstützung durch das Land wird der Landesverband finanziell entschädigt. Mit Hilfe einer jährlichen Abgeltung in Höhe von jährlich 150.000,00 Euro soll der LVL ab dem Haushaltsjahr 2019 in die Lage versetzt werden, sich der Unterstützung Dritter (Gebietskörperschaften oder private Dritte) bei der Durchführung der Kassen- und Buchungsaufgaben bedienen zu können. Mit dieser jährlichen Zahlung sind auch die Kosten für die Inanspruchnahme der Gemeindeprüfungsanstalt abgegolten.

Die Höhe der Abgeltung soll nach einem Zeitraum von fünf Jahren auf ihre Angemessenheit hin überprüft werden. Durch Verweis auf den jeweiligen Haushaltsplan wird ein gesetzlicher Änderungsbedarf bei Anpassung der Höhe der Abgeltung vermieden.

Ebenso wird in § 15 in bisheriger Fassung der LVL ermächtigt, sich des Staatshochbauamtes in Detmold zur Durchführung baulicher Angelegenheiten zu bedienen. Das Staatshochbauamt Detmold ist im Rahmen der Umorganisation der Hochbauverwaltung im Bau- und Liegenschaftsbetrieb des Landes Nordrhein-Westfalen aufgegangen. Die Möglichkeit der Inanspruchnahme wird daher auf den Bau- und Liegenschaftsbetrieb übertragen.

Zu Nummer 3 (§ 16)

Redaktionelle Anpassung.

Zu Nummer 4 (§ 17)

Die Einführung des Euro als allgemeines Zahlungsmittel wird in § 17 nachvollzogen. Gleichzeitig wird eine Anpassung des Betrages vorgenommen, ab dem eine Genehmigung für den Erwerb und die Veräußerung von Grundstücken erforderlich ist. Dem LVL wird hierdurch mehr Flexibilität verliehen.

Zu Artikel 7 (Änderung des Gemeindeprüfungsanstaltsgesetzes)

Nach der bisherigen Regelung gibt die Gemeindeprüfungsanstalt NRW ihre Satzungen im Ministerialblatt des Landes Nordrhein-Westfalen bekannt. Diese bewährte Form der Bekanntmachung bleibt weiter erhalten. Mit der Änderung wird der Gemeindeprüfungsanstalt zusätzlich die Möglichkeit eingeräumt, Satzungen auch nach den Vorgaben der Verordnung über die öffentliche Bekanntmachung von kommunalen

lem Ortsrecht im Internet bekannt zu machen. Mit der Änderungsverordnung vom 5. November 2015 (GV. NRW. S. 741) ist die Bekanntmachungsverordnung um diese kostengünstige Form der Bekanntmachung ergänzt worden. Abweichend von § 6 Absatz 1 Satz 2 i. V. m. § 4 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 bis 3 BekanntmVO gilt aber für die Gemeindeprüfungsanstalt die Besonderheit, dass auf die Bereitstellung im Internet und die Internetadresse nachrichtlich im Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen hinzuweisen ist. Aufgrund der Zuständigkeit für die überörtliche Prüfung bei allen Gemeinden und Kreisen in Nordrhein-Westfalen wäre ein Hinweis in den Formen des § 4 Absatz 1 Nummer 1 bis 3 BekanntmVO, auch ein Hinweis in einer Zeitung, weniger geeignet, um allen Adressaten die Kenntnisnahme zu ermöglichen.

Zu Artikel 8 (Änderung des Alten- und Pflegegesetzes Nordrhein-Westfalen)

Mit der Änderung des § 27 GO NRW wird in Absatz 1 Satz 1 bis 3 durch die Ergänzung „oder ein Integrationsausschuss“ geregelt, dass die Gemeinden zukünftig entscheiden können, ob sie einen Integrationsausschuss oder Integrationsrat bilden. Daher können ab 2020 auch Vertreterinnen oder Vertreter der Integrationsausschüsse Mitglieder der örtlichen Konferenzen sein.

Zu Artikel 9 (Änderung des Gesetzes über die Zuständigkeit für die Festsetzung und Erhebung der Realsteuern)

Zu § 2 Abs. 1

Die Streichung des bisherigen Absatzes 1 führt zu einer Angleichung der Rechtslage in Nordrhein-Westfalen an die Rechtslage in anderen Bundesländern. Danach liegt die ausschließliche Zuständigkeit für die Bekanntgabe der Gewerbesteuermessbescheide bei den Finanzämtern. Die Übertragung der Festsetzung und Erhebung der Realsteuern auf die heheberechtigten Gemeinden (§ 1) bleibt durch die Änderung unberührt. Unberührt bleibt auch die Zuständigkeit der Finanzämter für die Ermittlung der Besteuerungsgrundlagen, die Festsetzung und ggf. Zerlegung der Steuermessbeträge und die Verlustfeststellung (§§ 22, 184 ff. Abgabenordnung, § 35b Abs. 2 Satz 1 Gewerbesteuergesetz). Die ausschließliche Bekanntgabe der Gewerbesteuermessbescheide durch die Finanzämter führt zu einer Entlastung der bislang für die Wahrnehmung dieser Aufgabe regelmäßig zuständigen Gemeinden. Aus Sicht des Steuerpflichtigen wird die Änderung zu mehr Transparenz führen. Gewerbesteuermessbescheide und Verlustfeststellungsbescheide werden danach ausschließlich durch die Finanzämter bekanntgegeben werden, die künftig insoweit alleinige Ansprechpartner des Steuerpflichtigen sein werden.

Zu § 2 Abs. 2 (§ 2 Abs. 2 – neu -)

Die ausschließliche Zuständigkeit der Finanzämter für die Bekanntgabe der Gewerbesteuerermessbescheide hat zur Folge, dass eine Regelung über die Fertigung der Messbescheide durch die heheberechtigten Gemeinden nicht mehr erforderlich ist. Insoweit handelt es sich um eine Folgeänderung. Die weiteren Änderungen sind ausschließlich redaktioneller Natur.

Zu § 2 Abs. 3 (Absatz 2 – neu -)

Die Streichung des bisherigen Absatzes 1 zur Bekanntgabe von Gewerbesteuerermessbescheiden durch die heheberechtigten Gemeinden wirkt sich auf das Besteuerungsverfahren bei der Grundsteuer nicht aus. Bei der Grundsteuer werden die Grundsteuerermessbescheide schon jetzt ausschließlich durch die Finanzämter bekanntgegeben. Für eine Verordnungsermächtigung, die eine Übertragung dieser Aufgabe auf die Gemeinden vorsieht, besteht kein Bedürfnis. Die Verordnungsermächtigung nach Maßgabe des bisherigen Absatzes 3 bleibt für die Grundsteuer erhalten und rückt aufgrund der erforderlichen redaktionellen Anpassung in den Absatz 2.

Zu Artikel 10 (Änderung der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Zuständigkeit für die Festsetzung und Erhebung der Realsteuern)

Zu Nummern 1 und 2 (§§ 2, 3)

Die Gewerbesteuerermessbescheide werden künftig ausschließlich durch die Finanzämter bekanntgegeben werden. Es besteht daher kein Bedürfnis mehr, die Zulassung einer Gemeinde zur Teilnahme am landeseinheitlichen Datenübermittlungsverfahren für die Gewerbesteuer davon abhängig zu machen, dass die Gemeinde über die für den Druck der Gewerbesteuerermessbescheide erforderlichen technischen Möglichkeiten verfügt (Nummer 1). Einer Bereitstellung von Testdaten zum testweisen Ausdruck von Gewerbesteuerermessbescheiden durch die Gemeinden wird es ebenfalls nicht mehr bedürfen (Nummer 2).

Zu Nummern 3 und 4 (§§ 4, 5)

Die ausschließliche Zuständigkeit der Finanzämter für die Bekanntgabe der Gewerbesteuerermessbescheide hat zur Folge, dass es einer Regelung, die die am Datenübermittlungsverfahren teilnehmenden Gemeinden verpflichtet, die übermittelten Daten innerhalb von zehn Arbeitstagen nach Eingang zu verarbeiten, nicht mehr bedarf. Die Streichung der entsprechenden Regelung in der Durchführungsverordnung (bisher § 4) hat zur Folge, dass § 5 der Verordnung aufrückt.

Zu Artikel 11 (Änderung des Gesetzes zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung)

Zu Nummer 1 (§ 56 GO)

In dem Gesetz zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung vom 15. November 2016 (GV. NRW. S. 966) wurde die 2007 eingeführte und bis heute geltende Fassung dahingehend geändert, dass die Einteilung der Fraktionsgrößen nicht von dem Status kreisfreie Stadt oder kreisangehörige Gemeinde abhängt, sondern unabhängig von dem Status anhand einer Staffelung erfolgt, die ab 2020 gelten sollte. Diese Änderung wird mit dem Gesetz rückgängig gemacht und damit die Regelung von 2007 dauerhaft auch über 2020 hinaus beibehalten. Die Anknüpfung an den Status der Gemeinde stellt weiterhin ein sachgerechtes und bewährtes Kriterium zur Regelung der Fraktionsgrößen dar. Die Höhe der Zuwendungen, die eine Gruppe für Ihre Geschäftsführung aus Haushaltsmitteln erhält, orientiert sich weiter an der in dem genannten Gesetz getroffenen Regelung. Eine Gruppe erhält Zuwendungen in Höhe von mindestens 90 Prozent einer proportionalen Ausstattung. Die proportionale Ausstattung entspricht zwei Dritteln der Ausstattung, die die kleinste Fraktion erhält oder erhalten würde.

Zu Nummer 2 (§ 40 KrO)

Die mit dem Gesetz zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung vom 15. November 2016 (GV. NRW. S. 966) eingeführte Neustaffelung ab 2020 erfolgte vor dem Hintergrund der Änderung des § 56 Absatz 1 Satz 2 GO NRW. Aufgrund der Aufhebung dieser Änderung ist folgerichtig auch die in § 40 vorgesehene Änderung aufzuheben, um weiterhin eine vergleichbare Handhabung in Gemeindeordnung und Kreisordnung sicherzustellen.

Zu Nummern 3 und 4 (§ 16a LVerbO und § 11 Absatz 6 RVRG)

Die Mindestfraktionsstärke bei den Landschaftsverbänden und beim Regionalverband Ruhr orientiert sich an den nunmehr fortbestehenden Regelungen für kreisfreie Städte bzw. Kreistage mit mehr als 59 Kreistagsmitgliedern und wird folglich auf jeweils 3 Mitglieder festgelegt. Die Höhe der Zuwendungen, die eine Gruppe für Ihre Geschäftsführung aus Haushaltsmitteln erhält, folgt den entsprechenden Regelungen für Räte und Kreistage.

Zu Artikel 12 (Inkrafttreten, Übergangsregelungen)

Zu Abs. 1

Artikel 12 Absatz 1 ordnet ein gespaltenes Inkrafttreten an. Nach Satz 1 tritt das Gesetz am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Die Regelung des Inkrafttretens der Artikel 9 und 10 in Satz 2 berücksichtigt die Vorbereitungszeit, die die Finanzverwaltung und die Gemeinden bis zur Anwendung der Neuregelung benötigen. Die Finanzverwaltung erhält dadurch die Möglichkeit, bis

dahin die Voraussetzungen zu schaffen, um die Gewerbesteuermessbescheide eigenständig im Rechenzentrum zu drucken und zu versenden sowie Mitteilungen über den Inhalt der Gewerbesteuermessbescheide an die Gemeinden zu übermitteln. Zugleich erhalten die Gemeinden ausreichend Zeit, die ihnen vorliegenden Gewerbesteuermessbescheide noch vor dem Inkrafttreten der Rechtsänderung bekanntgeben zu können.

Zu Abs. 2

Die Änderungen der haushaltswirtschaftlicher Vorschriften in der Kreisordnung (Artikel 3 Nummer 6) sowie in der Landschaftsverbandsverordnung (Artikel 4 Nummer 2) und im Gesetz über den Regionalverband Ruhr (Artikel 5 Nummer 2) sind nach Absatz 2 Satz 2 erstmals auf das Haushaltsjahr 2019 anzuwenden.

Die Umstellung des Landesverbandes Lippe auf das kommunale Haushaltsrecht (Artikel 6 Nummer 1) ist erstmals auf das Haushaltsjahr 2019 anzuwenden. Die pauschale Abgeltung des Umstellungsaufwandes ist jedoch bereits in 2018 zahlbar.

Zu Abs. 3

Die Übergangsregelung in Absatz 3 bestimmt, dass die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes bestehenden Integrationsräte ihre Tätigkeiten auf der Grundlage der bis dahin geltenden Fassung des § 27 GO NRW bis zum Ablauf der laufenden Kommunalwahlperiode unverändert fortsetzen. In diesen Gemeinden ist die Option zur Bildung eines Integrationsausschusses im Interesse der Kontinuität der Arbeit der bereits existierenden Integrationsräte bis zum Ende der Wahlperiode ausgeschlossen. Für die nächste Wahlperiode können diese Gemeinde sich gemäß § 27 Absatz 1 Satz 4 GO NRW für eines der Modelle – Integrationsrat oder Integrationsausschuss – entscheiden.